

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Urkunden und Akten der Stadt Strassburg**

1531 - 1539

**Straßburg**

**Straßburg, 1887**

1532

[urn:nbn:de:bsz:31-333350](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-333350)

1532.

121. Gutachten der Dreizehn über den auf dem Frankfurter Tage vorgelegten Entwurf einer Bundesverfassung. nr. 120.  
[Anfang Januar].

*Str. St. Arch. AA 429 fol. 150. Conc. von Joh. Meyer.*

Verteilung der Stimmen und der Anlage. Hauptleute. Die beharrliche Hülfe zu bewilligen. — Anhang: Städtetag in Ulm wegen Verteilung der Anlage. Strassburg und Ulm übernehmen je 5000 fl. Einrichtung von 9 Stimmen, wovon die Städte 4 erhalten. Zögernde Haltung der Sächsischen Städte. Correspondenz zwischen Sachsen und Hessen wegen der Stimmen.

1) Was die Zahl der Stimmen anbetrifft, so soll man dem Frankfurter Abschied gemäss die Erklärung der Fürsten abwarten und möglichst die acht Stimmen durchzusetzen suchen. Gelingt dies nicht, so soll man sich mit neun zufrieden geben, wovon die Städte vier erhalten. Auf diese Weise bekäme Strassburg doch wenigstens eine selbständige Stimme.

2) Die Verteilung der Auflage der eilenden Hülfe ist in der letzt verabschiedeten Weise zu bewilligen, wonach die oberländischen Städte den vierten Teil der Gesamtsumme von 70 000 fl., also 17 500 fl., zu zahlen haben. Letztere Summe schlagen die Dreizehn in der Weise zu teilen vor, dass Strassburg und Ulm je ein Viertel, die andern oberländischen Städte zusammen die Hälfte übernehmen. Was die 1000 fl. betrifft, welche von den Beiträgen neu hinzutretender Städte den jetzigen zu gute kommen sollen, so mögen Strassburg und Ulm eventuell auf ihren Anteil zu Gunsten der sieben andern oberländischen Städte verzichten, falls nämlich diese, wie zu erwarten steht, sich über zu grosse Belastung beklagen<sup>1</sup>.

3) Von der Anlage der 7000 fl. zur Unterhaltung der Unterhauptleute etc. soll Strassburg nach Massgabe der Verteilung der Hauptanlage  $\frac{1}{16}$  der Gesamtsumme übernehmen, also 438 fl.

4) Mit der vorgeschlagenen Wahl der beiden Hauptleute sind die Dreizehn einverstanden.

5) Die «beharrliche Hülfe» belangend. «wiewol dieselb hilf und der gwaltig zuzug den fursten und sehestetten (*sic!*), als die einander nahe gelegen, mer furstendig sein wurde dan einer stat Straszburg, als die weit von den fursten gelegen ist, so bedenken aber die herrn die XIII daneben, das der fursten und ander stand wolfart und ir verderben auch einer stat wolfart und verderben,

<sup>1</sup> Dieser Vorschlag über die Verwendung der 1000 fl. ist von Sturms Hand hinzugefügt.

oder, so einer von landen und leuten verjagt, auch einer stat Straszburg zuletzt zu endlichem nachteil reichen wurde. daneben so seind allerlei kundschaften vorhanden, als ob kai. mt. begerte, mit den fursten ein anstand und friden zu machen und die oberlendischen stet, die im in und umb sein erbland gelegen, under dem titel, als ob si zwinglich weren, zu strafen. dieweil dan die fursten je neben der eilenden hilf die beharlich hilf auch haben wollen, ist zu besorgen, so man die beharlich hilf abschlagen wurde, das dadurch der ganz handel hinderstellig wurde gemacht und also die fursten verursacht, einen friden anzunehmen und sich von den stetten als denjenigen, die kein hilf thun wolten, ab[zu]sondern: solichs zufurkomen achten die herrn XIII, das die beharlich hilf einer stat Straszburg halben nit abzuschlagen, sonder die vermog der angestellten notel zu bewilligen sei. und dieweil vermog vorigs anschlags ein stat Straszburg ein XVI teil an der ganzen eilenden hilf zu bezalen bewilligt, wurd si an solicher beharlichen hilf auch ein XVI teil zu bezalen schuldig sein. es ist aber zu verhoffen, das solich beharlich hilf und gwaltiger zuzug nit lang weren, sonder sich fast in einem monat oder zweien uf das lengst enden wurde, dan man mit solichem grossen volk nit lang zu veld ligen sonder bald schaffen [?], eintweders ob oder niderligen müste, und der costen deshalben nit so hoch zu scheuchen sein mocht.»

*Der Strassburger Rat schloss sich diesem Bedenken der Dreizehn an und schrieb dem entsprechend am 13. Januar 1532 an Ulm, indem er namentlich vorschlug<sup>1</sup>, die Verteilung der Anlage der 17500 fl. in obigem Sinne zu regeln. Ulm hatte inzwischen die Botschaften der oberländischen Städte auf den 22. Januar zu einer Zusammenkunft eingeladen, um sich wegen der noch unentschiedenen Artikel des Frankfurter Abschieds schlüssig zu machen; auch Strassburg wurde von Ulm wiederholt aufgefordert, einen Vertreter zu schicken, lehnte das aber ab, indem es einfach auf seine Meinungsäußerung vom 13. Januar verwies<sup>2</sup>. Auf dem Städtetage nun, der in Ulm stattfand, brachten die kleinen Städte den Beschluss durch, dass Strassburg und Ulm zusammen 10000 fl. von der Anlage übernehmen sollten, während ihnen selbst nur der Rest von 7500 fl. zur Last fallen sollte; ausserdem beanspruchten sie auch die 1000 fl., welche den Oberländern beim Eintritt neuer Städte zu gute kommen sollten, für sich allein. Durch ein besonderes Schreiben, in welchem sie diese Verteilung mit dem Hinweis auf ihr geringes Vermögen begründeten, baten sie um Strassburgs Zustimmung<sup>3</sup>. Gleichzeitig schrieb Ulm, dass es bereit sei, dem Verlangen der Städte gemäss mit Strassburg zusammen 10000 fl. zu zahlen, doch müsse Strassburg der Billigkeit entsprechend den grösseren Anteil daran übernehmen<sup>4</sup>. Diese Zumutung wies indessen Strassburg am 5. Februar entschieden zurück<sup>5</sup>. Es heisst in dem Brief: „wiewol wir nun mit dem furschlag der zehentausent gulden zuo unserm teil hochlich beschwert, so wollen wir doch in*

<sup>1</sup> Ulm. Arch. Ref. T. XIII.

<sup>2</sup> Str. St. Arch. AA 433. Ulm. Arch. a. a. O.

<sup>3</sup> Str. St. Arch. AA 432.

<sup>4</sup> Ebenda AA 433.

<sup>5</sup> Ulm. Arch. a. a. O.

ansehen, [dass] es zu handhabung christlicher leer und warheit und, wie wir zuo gott verhoffen, zuo erbreitung götlicher eeren und sins heiligen worts dienstlich sein werde, unsers teils bewilligen, die fünftusent an den zehentusent gulden zuo geben, der ungezweifelten zuversicht, ir werden euch in betrachtung gleicher ursachen, die ubrigen fünftausent gulden an den zehentausenten ze geben, auch nit weigern; denn wir je bei uns kein gegrundte ursachen bedenken könten, derhalben ir euch in disem christenlichen vorhaben und werk, gleiche burden mit uns zu tragen, schweren oder begeren mochten, dass wir hoher dann ir angeslagen sotten werden.“ Ulm fügte sich denn auch, und so war diese Hauptfrage des Frankfurter Abschieds für die Oberländer endlich gelöst.

Der Artikel der „beharrlichen Hülfe“, der ja in Frankfurt auch noch nicht definitiv genehmigt war, wurde von der Ulmer Versammlung anstandslos bewilligt. Strassburg<sup>1</sup> meldete dies auf Grund eines von Ulm übersandten Concepts am 5. Februar dem Landgrafen. Bezüglich der Stimmenverteilung enthielt der Ulmer Abschied den Beschluss, die Erklärungen abzuwarten, welche von den Fürsten bis zum 2. Februar in Aussicht gestellt waren; für den Fall, dass die Fürsten auf den fünf Stimmen beharrten, entschloss man sich zur Nachgiebigkeit; nur sollten den Städten, wie zu Frankfurt vorgeschlagen, noch vier Beisitzer im Ständerat ohne Stimmrecht gewährt werden. Dem entgegen fügte Strassburg ziemlich eigenmächtiger Weise dem Schreiben an den Landgrafen einen Zettel bei<sup>2</sup>, in welchem es sagte, die Städte wollten sich, wenn die in Frankfurt geforderten acht Stimmen nicht durchzusetzen seien, an der Einrichtung von neun Stimmen genügen lassen, von denen die Fürsten fünf, und die Städte vier haben sollten<sup>3</sup>. Der Landgraf antwortete hierauf zunächst am 11. Februar für seine Person zustimmend<sup>4</sup>; am 1. März folgte sodann in einem officiellen Schreiben an die oberländischen Städte seine und des Kurfürsten definitive Einwilligung. Damit war indessen noch keineswegs eine völlige Einigung der Verbündeten erzielt; denn noch machten die Städte des Sächsischen Kreises in den Hauptpunkten des Frankfurter Abschieds allerlei Schwierigkeiten. Aufschluss darüber giebt die zwischen dem Kurfürsten und den Städten geführte Correspondenz, welche der Landgraf den Oberländern in Abschriften übersandte<sup>5</sup>. Danach hielten die Städte Anfang Februar in Braunschweig eine Zusammenkunft, auf welcher sich sehr wenig Neigung zeigte, die fürstlichen Vorschläge bezüglich Verteilung der Stimmen und der Anlage anzunehmen. Als dann der Kurfürst ihnen die Ulmer Erklärung der Oberländer zustellte mit der Bitte, sich derselben anzuschliessen, erhielt er am 18. Februar die ausweichende Antwort, man werde die Sache weiter in Erwägung ziehen<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Allerdings verständigte es durch Brief vom selben Tage die Ulmer von diesem Zusatz.  
Ulm. Arch. Ref. T. XIII.

<sup>2</sup> Marb. Arch. — Ulm. Arch. a. a. O.

<sup>3</sup> Str. St. Arch. AA 434.

<sup>4</sup> Ebenda AA 430.

<sup>5</sup> Vgl. unten p. 134.

Interessant ist auch der Briefwechsel zwischen Hessen und Sachsen, den wir aus den Copien kennen lernen, welche der Landgraf vertraulicher Weise an Jacob Sturm übersandte<sup>1</sup>, um zu zeigen, „was die sach bisher ufgehalten hat.“ Daraus ersehen wir, dass der Kurfürst sowohl wie der Landgraf nach dem Frankfurter Tage eine überraschende Bereitwilligkeit zeigten, die von den Städten geforderten acht Stimmen zu bewilligen. Was sie entzweite, war nur die Frage, wer bei Stimmengleichheit den „zufall haben“, d. h. den Ausschlag geben sollte. Der Landgraf verlangte denselben für den Hauptmann, der Kurfürst dagegen für seinen Sohn Johann Friedrich. Beides hatten die Städte in Frankfurt als ihnen genehm bezeichnet. Als der Landgraf gegen die Einmischung des Kurprinzen opponierte, suchte Sachsen den Ausweg, dass bei Beratungen der Kriegsräte der Hauptmann, bei Beratungen der Stände aber Johann Friedrich den Ausschlag geben sollte. Allein der Landgraf wollte auch hiervon nichts wissen, sondern schlug vor, den Streit durch die nächste Bundesversammlung schlichten zu lassen. Der Kurfürst war schon dazu geneigt, als zur rechten Stunde die Erklärung der Oberländer, dass sie mit der Einrichtung von neun Stimmen einverstanden wären, den ganzen Streit über den Ausschlag überflüssig machte.

Trotz der noch fehlenden Zustimmung der Sächsischen Städte dachte man nun alsbald an die Ausführung der vereinbarten Bestimmungen. Auf des Landgrafen Aufforderung vom 1. März einigte sich Strassburg mit Ulm dahin, das Geld der grossen Anlage, wie schon in Frankfurt beschlossen, in Ulm zu deponieren. Die kleine Anlage der 7000 fl. sollte da erlegt werden, wo es der Landgraf bestimmte, und beide Städte sollten je einen Kriegsrat ernennen<sup>2</sup>.

## 122. Bern an Strassburg.

Januar 14.

*Strickler IV 459. (Bernener Archiv).*

Berichtet über die von Capito durch Leitung der Synode geleisteten Dienste und erbietet sich zu brüderlicher Vergeltung<sup>3</sup>. Dat. 14. Januar a. 32.

## 123. Landgraf Philipp an Conrad Joham in Strassburg.

Januar 24.  
Cassel.*Str. St. Arch. AA 434 Ausf.*

Bittet, in seinem Namen dem Grafen Wilhelm von Fürstenberg 360 fl. vorzustrecken, und verspricht, das Geld in der Frankfurter Fastenmesse zurückzuzahlen. Dat. Cassel Mi. n. Sebastiani a. 32.

<sup>1</sup> Ebenda AA 433. Sturm sollte diese Copien einigen Vertrauten, namentlich auch den beiden Besserern zeigen, dann aber vernichten. (Marb. Arch. Conc.) Vgl. Concept eines Briefes von Bernhard Besserer an Sturm, d. d. 17. März, im Ulm. Arch. Ref. T. XIV, worin für Sendung eines landgräflichen Briefes gedankt wird.

<sup>2</sup> Str. St. Arch. AA 429 u. 433. Vgl. unten p. 134.

<sup>3</sup> Capito war Ende December 1531 nach Bern gekommen, wo damals durch die Hetzereien des Predigers Megander und in Folge der Kappler Niederlage die grösste Verwirrung sowohl unter den Theologen als auch im Rat und in der Bürgerschaft herrschte. Hier erwarb er sich nun durch Leitung der grossen Synode vom 9.-14. Januar grosse Verdienste um die Wiederherstellung der Ordnung und des kirchlichen Friedens. Vgl. Baum, Capito und Butzer 484 ff.

124. Ein Unbekannter an einige Strassburger Ratsherren. Januar 26.

*Ulm. Arch. Ref. T. XIII. Copie von Joh. Meyer. (am 6. Febr. an Ulm geschickt).*

Der Kaiser will durch Pfalzgraf Friedrich den Kurfürsten von Sachsen zur Preisgebung der (angeblich) zwinglischen Städte bestimmen, wahrscheinlich um erst diese und dann die Lutheraner zu vernichten. Notwendigkeit offener Betonung der Einigkeit in der Confession, etwa durch Schreiben der Fürsten an den Kaiser.

« Und darumb ich jetzund fürnemblich schreib, so seind mir heut gewisse neue zeitungen von einem gewissen ort zukomen, nemblich, das pfalzgrave herzog Friderich, als er jungst eilend zu kai. mt. hinab postiert, <hat er> irer mat. anzeugt, wie die fursten oder ire ret, auch etlich stett, so man luterisch, zum teil zwinglisch nent, ein conspirat[ion] sollen angericht haben, die wal des Romischen konigs, auch den fürgenommen reichstag zu widerfechten etc. und zu verhindern, darauf dan kai. mat. die sachen vleissig beratschlagen lassen und beschlieszlich herzogen Friderichen mit einer instruction, verfassung und werbung, eilend zu herzog Hansen churfürsten und andern luterischen fursten abgefertigt<sup>1</sup>, der gestalt und genzlicher vermuetung, das si den reichstag nit hindern noch auch die Romisch koniglich wale zu widertreiben ferer understeen werden, dan die furschleg dermassen gestalt, das si die anzunemen nit widersagen mogen, si wolten dan allen unglimpf und unpilleit [*sic*] uf sich laden, — und soll noch der erst stein sein, den man lang zu welzen understanden, aber noch bisher nit erheben mogen —, nemblich das man die luterischen fursten in iren gepieten im glauben irs gefallens handeln und walten lassen, aber die zwinglisch genanten, — darmit man dan die meisten stet dem evangelio anhengig gemeint haben — von den andern teilen und den zum — wie die sachen jetz gestalt — am nidersten steigen<sup>2</sup>, also das die andern sich der zwinglischen nit anemen sollen, dan kai. mat. ernstlich und endlich entschlossen, die zwinglisch genanten anzugreifen und uszureiten und derselben halber nichtz schidlichs oder das zum friden dient, zu horen, welchs <dem> [der] darvor geschickten potschaft zu etlichen welschen potentaten und den V Orten als ein fürnemen der volnstreckung irer ma. gemüt und willen gegen den zwinglischen genanten nit ungleich oder ungemesz. nun ist vil oder alles an dem gelegen, das man die luterischen fursten und die steet, so ire anhenger seind, mocht von einander trennen, und so das beschehe, so wer die sach halb hinüber. es meinen aber etlich, man verstehe die anschleg also: so die man zwinglisch nent und zwinglisch sein müssen, gedempt und undertruckt weren, das es darnoch den nechsten uber die luterischen geen und mit so geringer müe, so die andern erlegt weren; dan der papistisch huf würde nit feieren, den kaiser understehn, uber die andern zu hetzen, bis so lang teutsch nation sich gar an einander verwüste und zu nicht machte. so meinen auch etlich, es sei ein solcher unverständ oder auch bei etlichen ein bitterkeit under den evangelischen, die man luterisch und zwinglisch

<sup>1</sup> Ueber die Rolle, welche Pfalzgraf Friedrich thatsächlich in dieser Angelegenheit spielte, vgl. unten p. 104 A. 1.

<sup>2</sup> Sinn? Es scheint hier irgendwelche Flüchtigkeit des Copisten vorzuliegen; die Worte im Text sind deutlich geschrieben und können kaum anders gelesen werden.

nent, das die fürgenomene trennung stat erlangen mocht etc., welchs alles zu got steet. es sind auch vil, so dem handel nachtrachten, die do ganz für not achten, dieweil doch beide teil, die fursten, so man luterisch, und etlich steet, so [man] zwinglisch nent, des sacramentz halber einig und also das si sich zusammen verpinden, das doch zuletzt mit der kurz ein verfassung ausgieng, darus mit den kürzsten notturfzigsten worten usgetruckt und anzeugt wurde, das niemantz von den evangelischen were, der — als in die kai. mat. gebildet und sonst usgepreitt würde — nichtz vom heiligen sacrament hielte, sonder hielt man davon, wie dan die confession vormals ubergeben mit der kurz inhielt, und das die luterischen solcher irer der zwinglisch genanten bekantnis zufriden, und also kein spaltung oder uneinigkeit zwischen beiden teilen etc. were, wie dan solichs mit der kurz schicklich in truck pracht und furderlich hin und wider angeschickt werden mag, das dan bei vilen ein grosz ansehen und der oberürten usbreitung ein merklich ableinen geperen mocht.» Vor allem wäre es sehr ratsam, dass die lutherischen Fürsten durch besondres Schreiben oder Botschaft dem Kaiser ausdrücklich zu erkennen gäben, dass alle Evangelischen in der Lehre des Sacraments einig wären und dringend darum ersuchten, sich nicht zum Krieg gegen sie bewegen zu lassen. «Dat. in il 25. januarii 1532<sup>1</sup>.»

## 125. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Februar 11.  
Cassel.*Ulm. Arch. Ref. T. XIII. Copie (am 14. Febr. an Ulm geschickt). Marb. Arch. Conc.*

Antwortet auf Uebersendung der Zeitungen vom 26. Januar<sup>2</sup>. «Geben euch gnediglich zuo erkennen, das nicht one, es ist vor wenig tagen Wilhelm von Habern zuo dem churfürsten zuo Sachsen und uns geschickt worden und hat sachen halb an sein lieb und uns werbung gethan, darauf wir ime neben anderm der evangelischen sachen halb antwort geben haben, wie wir euch derselben copien hieneben zuosenden und ir daraus vernemen werden<sup>3</sup>.» Auch wegen der Wahlsache König Ferdinands habe man dem Gesandten geantwortet, und zwar habe sich der Kurfürst darüber «weitleufiger herausgethan und vernemen lassen,» als es ihm, dem Landgrafen, lieb gewesen. Er könne jedoch die Antwort des Kurfürsten ohne Vorwissen desselben nicht mitteilen, da Strassburg der Wahlsache nicht anhängig sei. Dat. Cassel So. esto mihi a. 32.

<sup>1</sup> Ebenda befinden sich ausserdem noch zwei Blätter mit ähnlichen Zeitungen, die der Schrift nach auch aus der Strassburger Kanzlei stammen. Ihnen zufolge sollen Sachsen und seine mitverwandten Fürsten wirklich schon dem Kaiser gegenüber ihre Verbindung mit den «zwinglischen» Städten leugnen.

<sup>2</sup> S. vorige Nummer. Sie waren ihm am 4. Febr. zugeschickt mit der Bitte, den Gefahren einer Trennung der Evangelischen möglichst vorzubeugen. Marb. Arch.

<sup>3</sup> Ebenda. Die Antwort des Kurfürsten d. d. Jan. 10, die des Landgrafen d. d. Jan. 20. Beide beharren gegenüber den Versuchen Wilhelms, «mildere Mittel» zu erlangen, auf den zu Schmalkalden ausgesprochenen Forderungen eines wirklichen Friedstands und christlichen Concils. Ueber die thatsächlich beabsichtigte Trennung der Lutherischen von den Zwinglischen, von welcher hier nichts erwähnt wird, vgl. Rommel I 302 u. Lanz Staatspapiere p. 81. Vgl. auch nr. 130.

126. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn. Februar 20.

*Ulm. Arch. Ref. T. XIII. Conc.*

Danken für Uebersendung der Mitteilungen des Landgrafen vom 11. Februar. Haben gute Hoffnung, dass eine Trennung der Evangelischen nicht erfolgen werde, und dass man allen Widerwärtigen zum Trotz beim Gotteswort beharren werde. Von Neuigkeiten melden sie, dass der Kaiser am 29. Februar in Neuenmarkt erwartet werde. Der Türke sei in grosser Rüstung « und entlich des fürnemens, unverlengt in aigner person in dem land Hungern anzukomen.» Von Regensburg sei ihnen geschrieben, dass man dort den Kaiser in 8 Tagen erwarte. Sie hätten auch schon einen der Ihrigen nach Regensburg abgefertigt, mit Befehl, über alles, was dort vorgehe, Bericht zu erstatten. «Dat. aftermontag nach dem sonntag invocavit a. etc. 32.»

nr. 131.

127. Quittung des landgräflichen Rentmeisters Georg Buon, dem Strassburger Rat ausgestellt. Februar 19.

*Str. St. Arch. AA 454. Conc. von Joh. Meyer (2 Exemplare).*

Georg Buon, landgräflicher Rentmeister zu Gudensberg, bekennt, dass er auf schriftliches Ansuchen des Landgrafen heute vom Strassburger Rat 1298 fl. 7 Schilling 8 Pfennige in Goldwährung bar erhalten habe. Der Landgraf werde diese Summe durch seinen Kammermeister oder Kammer-schreiber zur nächsten Frankfurter Fastenmesse zurückzahlen « gegen lieve-rung der tussend gulden an weiszphenningen, so si herr maister und rat zu Straszburg von mir an deren munz endphangen.» — Dat. 19. Februar a. 32.

128. Kurfürst Ludwig v. d. Pfalz an den Rat. Februar 24.  
Heidelberg.

*Str. St. Arch. AA 568 Ausf.*

Nachdem sich die Bezahlung der fälligen Zinsen an seine in Strassburg wohnenden Gläubiger nunmehr über zwei Jahr verzogen, sei er Willens gewesen, nächstkünftige Ostern die Zinsen für beide Jahre auf einmal auszu-zahlen. Wegen des bevorstehenden Reichstags, der viele Kosten verursache, sei er nun doch dazu ausser stande und bitte, seine Gläubiger um Bewil-ligung eines kleinen Aufschubs zu ersuchen<sup>1</sup>. Dat. Heidelberg Sa. n. invo-cavit a. 31.

129. Landgraf Philipp an den Rat. März 1.  
Cassel.

*Str. St. Arch. AA 454 Ausf.*

Beglaubigt den Grafen Wilhelm von Fürstenberg zu einer Wer-bung<sup>2</sup> an den Rat. Dat. Cassel 1. März a. 32.

<sup>1</sup> Ein Namensverzeichnis der Gläubiger liegt bei; es weist nicht weniger als 31 auf, wobei der Rat selbst nicht mitgezählt ist. Aus einem Dankschreiben des Kurfürsten an den Rat vom 5. März geht übrigens hervor, dass die meisten der Gläubiger den Aufschub bewilligten. Ebenda.

<sup>2</sup> Ueber den Gegenstand derselben ist nichts ersichtlich. Vielleicht handelte es sich um Bestellung von Unterhauptleuten für den Bund. Vgl. unten nr. 143.



130. Landgraf Philipp an den Rat von Strassburg und Ulm. März 5.  
Cassel.*Str. St. Arch. AA 458,1 Copie.*

nr. 71, 78. Bekanntlich hätten die Protestierenden bei den früheren Vermittlungsversuchen der Kurfürsten von Mainz und von der Pfalz die Forderung eines friedlichen Anstands bis zum Concil aufgestellt. Nunmehr hätten sich Mainz und Pfalz mit kaiserlicher Bewilligung bereit erklärt, Verhandlungen hierüber einzugehen und einen Tag zu Nürnberg Anfang März vorgeschlagen<sup>1</sup>. Der Kurfürst von Sachsen und er, der Landgraf, hätten diesen Vorschlag angenommen, jedoch als Ort der Zusammenkunft Schweinfurt und als Zeitpunkt den 30. März angesetzt. Bittet, dies den andern oberländischen Städten mitzuteilen und den Tag durch bevollmächtigte Gesandte zu beschicken. Dat. Cassel Di. n. oculi a. 32.

## 131. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg. März 9.

*Str. St. Arch. AA 453 Ausf.*

Schickt auf Verlangen Strassburgs einen Bericht aus Regensburg über die daselbst zum Besuch des Reichstags angelangten Stände<sup>2</sup>. Bittet um Entschuldigung wegen der Verzögerung dieser Nachricht, die heute erst nach Ulm gelangt sei. Hält für gut, dass Strassburg seine Gesandten zum Reichstage baldmöglichst nach Ulm schicke, um von da «zu gelegner zeit» mit der Ulmer Botschaft weiter nach Regensburg zu reisen. Die Ulmer Gesandten hätten übrigens vor, «irn weg uf dem wasser — wie jetzo ganz wol beschehen mag — gen Regensburg zu nemen». — Dat. Sa. n. oculi a. 32.

## 132. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg. März 13.

*Ulm. Arch. Ref. T. XIII. Conc.*

Nürnberg habe geschrieben, dass zwischen den evangelischen Fürsten und den Kurfürsten von Mainz und von der Pfalz ein Tag zu Schweinfurt auf Ostern [März 31] verabredet sei. Bei der grossen Wichtigkeit dieser

<sup>1</sup> Die Instruction der beiden Kurfürsten für Wilhelm von Habern an Sachsen und Hessen liegt bei, d. d. Febr. 7. Es wird darin auch der Sendung des Pfalzgrafen Friedrich gedacht, welcher im Auftrage der Kurfürsten persönliche Rücksprache mit dem Kaiser genommen und seine Zustimmung zu Verhandlungen wegen eines friedlichen Anstands erlangt hatte. (Vgl. nr. 124.) Die nähere Instruction hatte dann der Kaiser den Kurfürsten am 7. Febr. bei seiner Durchreise in Mainz erteilt. Gedr. bei Bucholtz König Ferdinand IX 28. Copie im Str. St. Arch. ebenda. Vgl. auch Lanz Staatspapiere p. 85 ff.

<sup>2</sup> Liegt bei (Copie ohne Datum): Angekommen seien in Regensburg ausser dem Kaiser und König nur der Cardinal von Trient und der von Salzburg; «der andern gaistlichen fursten sampt Pfalz, Brandenburg, herzog Jörgen von Sachsen und der fursten von Bairn wer man täglich und gewiss gewertig.» Von evangelischen Ständen sei noch niemand da, und ausser dem Herzog von Mecklenburg werde auch niemand persönlich erwartet. Ein zweiter Brief aus Regensburg vom 11. März (ebenda Copie) meldet die Ankunft der Sächsischen und Hessischen Räte, der Nürnberger Gesandten und des Bischofs von Bamberg. Gerücht vom Anzug der Türken. Paul Ricius, ein getaufter Jude, Leibarzt des Königs, habe ein Büchlein im evangelischen Sinne drucken lassen, das trotz des Verbots grosse Verbreitung finde.

Sache, namentlich wegen der Gefahr einer Trennung der Fürsten von den Städten, habe Ulm einen Städtetag auf den 24. März ausgeschrieben, den auch Strassburg besuchen möge. Dat. Mi. n. laetare a. 32.

Zettel: Jedenfalls solle Strassburg nicht versäumen, Bucer nach Schweinfurt zu senden.

## 133. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

März 27.

Cassel.

*Str. St. Arch. AA 434 Ausf.*

Es sei ein Gerücht von Werbungen des Kaisers vorhanden. Man möge doch Erkundigungen einziehen, «ob soliche bewerbung weitleuffig und uf vil volks sich strecke, oder ob es etwo drei oder viertausent knecht antreffe, die ir mt. villeicht gedenkt mit in Italien zu nemen». — Dat. Cassel Mi. n. palmarum a. 32. — Empf. April 7<sup>1</sup>.

134. Entwurf [Jacob Sturms] zu einer Instruction für den Reichstag zu Regensburg<sup>2</sup>.

[März].

*Str. St. Arch. AA 456. Conc. von der Hand Sturms.*

Trennung der Fürsten von den Städten zu verhüten durch Darlegung der Strassburger Sacramentslehre; wenn das nicht hilft, durch Annahme der Fürsten-Confession. Türkenhülfe nur gegen Zusicherung des Friedens zu bewilligen. Schuldforderung an den König.

Da in Sachen der Religion ein besondrer Tag zu Schweinfurt angesetzt ist, so ist zu vermuten, «das uf jetzigem richstag der religion halb nichts sonders furgenomen, sonder uf die handlung zu Schwinfurt, was die bringen wolle, gewartet werde». Darauf sollen sich auch die Gesandten nötigen Falls berufen; wenn dann trotzdem die religiöse Frage berührt wird, so sollen sie den letzten Frankfurter Beschlüssen gemäss handeln und «sovil möglich in alle weg verhüten, domit kein trennung zwisten den stenden entstende oder vermerkt werde». Für den Fall, dass versucht würde, die evangelischen Fürsten von den Städten zu trennen «under dem schine, als ob etliche(n) von stetten zuinglich in der opinion des sacraments weren», «sollen unser gesanten unser confession und verantwortung in dem artikel, das sacrament belangen, anzeigen und dobi melden, das dermossen hie gepredigt und gelert und in den kirchen gehalten werde, us welchem clerlich abzunämen, das man in dem mit der chur. und f[ursten] bekantnüs im grund einhellig, wie

nr. 130.

p. 95.

<sup>1</sup> Die Antwort der Dreizehn ist nicht vorhanden, wird jedoch erwähnt in einem weiteren Schreiben des Landgrafen vom 27. April, in welchem er sich für übersandte Kundschaft «wivil tausent Spanier bei einander versamlet sein sollen», bedankt und um weiteres Aufmerken auf die Werbungen bittet. Ebenda.

<sup>2</sup> Es liegen eigentlich zwei Entwürfe vor, von denen der eine vor, der andere nach dem Ausschreiben des Schweinfurter Tages (nr. 130) verfasst ist. Der erste geht noch von der Voraussetzung aus, dass in Regensburg insbesondere die religiöse Frage verhandelt werden sollte, während der zweite, den wir oben wiedergeben, schon die Thatsache berücksichtigt, dass die Erörterung des Glaubensstreits dem Schweinfurter Tage vorbehalten ist; indessen nimmt er für den Fall, dass trotzdem in Regensburg von Glaubenssachen geredet werden sollte, die im ersten Entwurf dafür aufgestellten Verhaltensmassregeln in sich auf. Eine Ausfertigung der Instruction für den Reichstag ist nicht vorhanden.

solichs auch von chur. und [Fürsten] zu Schmalkalden glich noch endung des richstags zu Augspurg für einhellig angenommen, doruf auch die vereinigung gemacht. nun bedenk ein rat hie bei solicher ir bekantnus, als die christlich, der schrift und der alten heiligen lere meining glichformig, zu bleiben. es sollen auch unsere gesanten bi den von Ulme und andern der oberlendischen stetten gesanten handeln, domit si in demselben artikel sich glichformig halten und erzeigen, trennung und andern unrath zu furhüten. und nachdem sich unser predicanten etlich vernämen lossen, das si des churf. bekantnus in dem artikel des sacraments, wie die zu Augspurg ubergeben und nachmols im truck usgangen, irem glauben und leeren nit zuwider achten, so mogen unser gesanten mit rat der andern von stetten, wo es die notturft zu verhütung der trennung je erfordern wolt, sich vernämen und und hören lossen, das wir des churfürsten bekantnus in dem art[ikel] anzunämen auch unbeschwert seien.»

Die eilende Hülfe gegen den Türken sollen die Gesandten, wenn der Friede für die Protestierenden nicht gewährt wird, verweigern; «wo aber der fride erlangt, sich in dem auch — wiewol wir ungleichmessig und uber unser vermegen angeleit und beschwert — glich andern stenden gutwillig erzeigen und halten.» Desgleichen sollen sich die Gesandten in den übrigen Punkten des Reichstagsausschreibens entgegenkommend erzeigen, sofern der Friede bewilligt wird.

Die Gesandten sollen die 1000 fl., welche König Ferdinand der Stadt noch für 100 Centner Pulver schuldig ist, einfordern. Dat. fehlt.

135. Instruction für die Strassburger Gesandten<sup>1</sup> auf dem Tage zu Schweinfurt (März 30). [Mitte März].

*Str. St. Arch. AA 459 Ausf.*

Frieden bis zum Concil zu verlangen. Trennung der Fürsten von den Städten zu verhüten. Eventuell Nachgiebigkeit in den Ceremonien. Der Bund ist keinesfalls aufzulösen.

Die Gesandten sollen gemeinsam mit den andern evangelischen Ständen bei den kaiserlichen Unterhändlern Mainz und Pfalz zu erlangen suchen, dass «mitler zeit eins christlichen concilii» ein «gemeiner friden im heiligen Rö. reich teutscher nation» gehalten werde, und dass «in sachen der religion die vereinigten stende bi irer allerseits confessionen — dweil doch dieselben in der soma des glaubens und desselbigen leer alle einhellig sind —» gelassen werden, so wie das auch schon in der zu Nordhausen aufgestellten Instruction verlangt worden sei. Wenn dann Mainz und Pfalz erwiedern, dass sie nur Befehl und Gewalt hätten, «auf der Sechsischen und derselben anhengenden stende und nit der andern stette confession zu handeln», und auf diese Weise versuchen, die Fürsten von den oberländischen Städten zu trennen, so sollen die Gesandten mit Unterstützung des Landgrafen die Fürsten daran erinnern, wie die Städte in der Angelegenheit der Römischen Königswahl, die sie doch eigentlich nichts anginge, sich nicht hätten bewegen lassen, «wider ir chf. und furstlich gnad zuo handeln oder wider dieselben

<sup>1</sup> Jacob Sturm und Jacob Meyer. Vgl. unten nr. 138.

furschub ze thun»; deshalb sollten die Fürsten sich auch «in disem gotlichen handel, in dem wir uns in der som und leer des glaubens mit inen zu bekennen nit beschwerten», nicht von den Städten absondern lassen.

Wenn aber die Fürsten der Meinung sind, dass noch eine nähere Vergleichung der Sächsischen und städtischen Confession nötig sei, «so mögen und sollen unser gesandten den gwalt haben, uf nachfolgende mittel in sachen des glaubens und die religion belangen zuo handeln, zuo vergleichen und nachgeben<sup>1</sup>.»

Wenn die Unterhändler im Namen des Kaisers die freie Predigt des reinen Evangeliums im Reich zugestehen, dagegen auf Beibehaltung gewisser äusserlicher Ceremonien bestehen, «daran dann die soma und leer christlichs glaubens nit hangt noch ruwet,» so sollen die Gesandten unbeschwert sein, sich hierüber mit ihnen zu vergleichen.

nr. 136.

Bezüglich der Römischen Königswahl sollen die Gesandten sich wie auf früheren Tagen verhalten.

Wenn der Friede gewährt werden sollte, so ist deshalb doch nicht in eine Auflösung des Schmalkaldischen Bündnisses zu willigen; denn dasselbe ist «weder Ro. kai. mt. noch niemands im h. Ro. reich zuwider, sonder allein im fall der gegenwehr uferichtet,» und für diesen Fall, der ja wider Willen und Befehl des Kaisers eintreten kann, muss es beibehalten werden.

Vorstehender Instruction gemäss sollen die Gesandten auch auf dem Tage zu Ulm am 23. März mit den oberländischen Städten handeln.

nr. 132.

**136. Ratschlag der Strassburger Prediger für den Tag zu Schweinfurt.**  
[März].

*Str. St. Arch. AA 459. Ausf. mit Zusätzen u. Verbesserungen von Bucers Hand.  
Erwähnt von Röhrich II 440.*

Billigung der Fürsten-Confession. Erörterung der Sacramentslehre. Unterschiede der evangelischen Ceremonien ohne Bedeutung, dagegen Herstellung der papistischen Kirchenbräuche gefährlich, weil zur Aufrichtung der päpstlichen Herrschaft dienlich.

«Wo allein uf der fürsten confession handlung des fridlichen anstands wolte fürgenomen werden, möchte man unsers verstands und glaubens sich mit gott und guotem gewissen dermasz in die sachen schicken:

Erstlich hat der fürsten confession zwen teil; im ersten bekennen sie, was bi inen geleret, im anderen, was in ceremonien und kirchenpreuchen gehalten würd. an der leer, wie die in der confession und derselbigen apologi verfasset und wir si auch aus anderen D. Luthers büchern erkennen, befinden wir nichts, an dem verstendige christen scheuhen solten. Wol im IX artikel würd gesetzt, das der tauf nötig sie, aber im XIII artikel und desselbigen, auch dieses neunden, apologi würd der brauch des taufs und der anderen sacramente also erklärt, das man wol sieht, das die, so die confession gestellet, haben in sölcher red uf die ordnung gottes, der durch das wort und

<sup>1</sup> Die «Mittel» finden sich hier nicht angegeben; gemeint ist augenscheinlich der «Ratschlag der Prediger» (folg. Nummer), den wir uns hier eingeschaltet zu denken haben.

die sacrament sein gnad anbeutet, gesehen und derselbigen hiemit ir ansehen und würdi befestigen wöllen, welches dan auch der h. Augustin gleich mit disen worten an vilen orten seiner schriften gethon hat, und ist ire meinung gar nit, das heil an etwas eusserlichs zu binden<sup>1</sup>.

Im X artikel vom abentmal Christi stohet: under gestalt brots und weins, aber in der apologi würt frei brot und wein gesetzt; aus dem wol zu sehen, das sie gestalt brots und weins für brot und wein nach weis etlicher alten leerer genomen haben, wie auch brot und wein species et formae, das ist leipliche gestalten und fürbildungen seind deren ding, die der herr im abentmal zusagt und darbeutet, nemlich seins heiligen leibs und bluts, die ein speis und drank sein der gleubigen seelen. dieser artikel würt in der apologi mit eim spruch Cyrilli erkläret und befestiget, der in unser apologi auch einbracht und der warheit, die wir in unser confession dieses artikels halb nach inhalt und vermöge götlicher schrift bekennet haben, gleich und gemesz.

Weiters haben wir in dem teil der fürsten confession, in dem die lehre erzelet würt, nicks mögen finden, das auch der worten halb eim christen zu bekennen, könde beschwerlich sein, sonder alles ist unsers glaubens und verstendnüs der götlichen schrift eben und gemesz, stimmet auch aller ding mit unser confession.»

Hinsichtlich der Ceremonien und Kirchenbräuche sei allerdings mancherlei Verschiedenheit bei Fürsten und Städten, jedoch komme darauf nichts an; denn die Confession der Fürsten betone im 7. Artikel ausdrücklich, «das zu warer einikeit der kirchen genuog sei, der lehre und sacramenten halb einhellig sein, und sie nit von nöten, allenthalb gleichförmig ceremonien, von menschen eingesetzt, zu halten»<sup>2</sup>. Deshalb würden die Fürsten keineswegs verlangen, dass die Städte sich unbedingt mit ihnen wegen einer gleichen Haltung der Ceremonien vereinigen müssten. Nun sei aber zu befürchten, dass bei den jetzigen Verhandlungen in Schweinfurt die Papisten mehr Gewicht auf die Ceremonien und äusserlichen Kirchenbräuche als auf die Lehre legen und vor Allem Herstellung der Messe, Bilder und der bischöflichen Gewalt verlangen würden. Dem müssten sich die Städte natürlich widersetzen, indem sie ihre Stellung diesen Dingen gegenüber aus der Schrift rechtfertigten<sup>3</sup>. Die Fürsten würden trotz mancher Meinungsdivergenz die Städte hierbei nicht im Stich lassen. Wenn dann von papistischer Seite eingewendet würde, «die ceremonien sien eusserlich ding, in welchen der oberkeit solle gedienet werden», so sollte man antworten: wenn es wahr wäre, dass der Kaiser jene Ceremonien wirklich nur als äusserliche Dinge «oder umb mehr fridens willen» verlangte, so wäre man wohl bereit, «in allen denen ceremonien, so für sich selb dem wort gottes nit zuwider seind, etwas nachzugeben, dan das geschehe zu erbreiterung des reichs Christi, were ein dienst christlicher liebe, als do Paulus oft der Juden ceremonien, sie zu gewinnen, brauchet»: Da aber der Kaiser offen bekenne, dass er «solche ceremonien darumb erfordere, das dieselbigen zum gotsdienst von nöten sien, — wil damit dem babst

<sup>1</sup> Die gesperrten Worte von Bucers Hand am Rande hinzugefügt.

<sup>2</sup> Dieser Satz wird durch Anführung weiterer Stellen aus der Augsburger Confession und den Schriften Luthers noch mehr bekräftigt.

<sup>3</sup> In welcher Weise dies geschehen solle, wird des näheren auseinandergesetzt.

dienen und helfen algemach desselbigen reich wider uffbringen wider Christum» —, so könne man nicht nachgeben; denn die alte Herrschaft des Papstes wieder herzustellen, könne nicht in der Absicht der Evangelischen liegen. Dat. fehlt.

137. Der Rat von Zürich an den Rat von Strassburg. April 13.

*Str. St. Arch. AA 1815 Ausf.*

Bittet den Verleumdungen, als ob Zürich vom Evangelium abzufallen und die Messe wieder einzuführen gedenke, keinen Glauben zu schenken. Strassburg möge auch den andern evangelischen Ständen anzeigen, dass an solchen Gerüchten nichts Wahres sei. Dat. Sa. n. quasimodo a. 32. — Pr. April 23.

138. Jacob Sturm und Jacob Meyer, Gesandte Strassburgs auf dem Tage zu Schweinfurt, an den Rat<sup>1</sup>. April 26. Schweinfurt.

*Str. St. Arch. AA 439 f. 69 Ausf. von Sturm.*

Verschleppung der Verhandlungen. Anwesende Fürsten. Erste Friedensvorschläge von Mainz und Pfalz. Es werden den Unterhändlern alle evangelischen Stände benannt. Annahme der lutherischen Confession. Weitere Vorschläge der Kurfürsten und Gegenvorschläge der Evangelischen. Fassung des Artikels über die Sacramentierer. Behufs besserer Verständigung ein Ausschuss gewählt. Bis jetzt wenig Aussicht auf Einigung, auch hinsichtlich der Römischen Königswahl. Beginn des Reichstags in Regensburg. Absichten der Türken. Schriften des Weida. Mainz und Pfalz entschuldigen den Verzug. Wegen der »Gegenwehr« ist den Sächsischen Städten ein Tag zu Braunschweig angesetzt.

«Wir haben kein zweivel, dweil sich diser tag alhie uber uwer und unser versehen so lang verzihet, ir seien der handlung, so sich hie zutragen, wissens zu haben begirig. nun hetten wir uch unsern hern vor der zeit solichs zu wissen gethon, wo sich der handel, woruf er berugen wolt, anschicken hett wollen. dweil wir aber noch heutigs tags nit wissen mogen, wo hinaus er laufen wöll, und sich dise botschaft on das zugetragen, haben wir uch, woruf der handel dis tags stet, nit verhalten wollen.

Uf samstag den osterobent [März 30] sind hie ankumen beide churfursten Meinz und Pfalz als underhandler, dergleichen Herzog Hans Fridrich, des churfursten sone, und mit ime Herzog Franciscus, ein junger von Lunenburg, furst Wolf von Anhalt, grave Albrecht von Mansfeld, von wegen Herzog Ernsten von Lunenburg und lantgraf Philipsen von Hessen ir beiden canzler, marschalk und ander rät, dergleichen der stett botschaften.

Uf den ostermentag [April 1] nach imbisz haben die beiden churfursten uns all uf das rathus berufen und herkumen des tags, darzu etlich mittel furhalten lassen, die si vermeinten zu fridlichem anstand unz zu kun'tigem concilio dinstlich sin, welche mittel nochgond etwas, doch wenig geendert worden, wie hernach gemeldet. als nun dis teils man abschriften und bedacht der mittel erlangt und man die in etwas worten dunkel befunden, hat man declaration derselben begert, und nachdem die underhandler im ersten mittel

p. 120.

p. 121.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu die Aufzeichnung über die Schweinfurter Verhandlungen unten nr. 140.

allein die stend gemeldet, so zu Augspurg der chur- und fursten confession sich unterschriben, hat man inen namhaftig gemacht alle stende, so jetzt alhie erscheinen fur sich selbs und von anderer wegen, die inen gewalt geben, und das die alle in disen friden, wo der ufericht, begriffen solten werden. und wiewol wir vermoge unser instruction doruf gearbeit, das man den friden also begert, das man bi beiden der Sachsischen und unser confession zu Augspurg ubergeben bleiben möchte, dweil die im grund einhellig, so hat es doch die fursten und botschaften dises teils fur besser angesehen, auch doruf getrungen, das wir bi ir confession bliben. das haben wir, domit nit trennung under uns enstunde, vermog unser instruction dermossen bewilligt, das wir ir confession neben der unsern auch bekennen, aber dodurch von der unsern nit abtreten wolten<sup>1</sup>.

- p. 124. Als man nun die declaration von den underhandlern begert, haben si uns dieselb noch genumen bedacht ubergeben; doruf man wider bedacht etlich tag gehebt nnd den beiden underhandlern andere mittel, die disem teil annemlich sin wolten, in schriften ubergeben. uf solichs haben die beiden
- p. 126. churfursten nach verschinung etlicher tag uns zwo schriften ubergeben; in der einen angezeigt, wie und us was ursachen unser mittel weitlenfig, dem friden nit dinstlich und bi der kai. mt. unerheblich seien, und derhalben in der andern schrift uns ander mittel furgeschlagen, die den ersten mitteln sampt der ubergebnen declaration vast gleichförmig, mit anzeig, das si nit weiter zulassung oder bevelch von kai. mt. hetten; wolcher mittel, dweil si
- p. 127. noch bishar vast doruf beharret, wir uch unsern hern hiemit abschriften zuschicken, domit ir wissens mogen haben, woruf die underhandlung stande. also hat man uf disem teil uber etlich tag den underhandlern wider ein
- p. 128. schrift ubergeben, dorin man us vil ursachen inen angezeigt, worumb ir mittel uns anzunämen beschwerlich und mir die nit bewilligen mögen, zum teil der gewissen halber, zum teil das si dem friden nit dinstlich, mit entlicher beger, das man alle stende des richs bi dem abschid des richstags zu Spier, anno XXVI gehalten, bliben wolt lassen, also das sich ein jede oberkeit mocht halten in sachen der religion unz zu kunftigem concilio, wie si das gegen gott, ko. und kai. mt. vertraute zu verantworten, oder wo solichs nit sin möchte, das si ander mittel, die uns der gewissen halb unbeschwerlich, furschliengen. und ist namlich der artikel die zwinglischen und widerteufer belangen durch dis teil also bewilligt worden: wo jemants von beiden sacramenten des taufs und nachtmols anders dan die confession in sich hielt, offentlich predigen, leren oder halten wurde gestatten, demselben wolt man in solcher lere nit anhengig oder bistendig sin; sonst sovil eusserlich bundnussen belangt, hat man sich nichts begeben wöllen.

Uf dise ubergebne schrift haben die underhandler noch etlichen tagen uns furgeschlagen, wiewol si kein witem bevelch von kai. mt. hetten, dan wie gehört, so sehe si doch fur gut ane, das man von inen und uns etlich vertraute dapfer räte zusammen nidersetzte, die von den mittlen und unsern ursachen, worumb wir die nit annämen kunten, gesellischer wis mit einander redten, einander hörten. so dan ir churf. gn. us disem gesprech mochten vernämen, das wege zum friden zu finden, die si bi der kai. mt. zu verant-

<sup>1</sup> Das Nähere hierüber enthält Sturms Brief an Kniebis, s. folgende Nummer.

worten und zu erheben wisten, wolten si allen muglichen vleisz furwenden. also ist von disem teil solcher usschutz bewilligt worden, domit man uns nit uflegen möcht, wir hetten kein lust zum friden, doch dergestalt, das der churfursten räte uns zum ersten anzeigten, wes mangel und gebresten si an unser letst ubergebnen antwort hetten; doruf wolt man inen, doch nummen<sup>1</sup> durch einen mund unser gemüt wider anzeigen; und ward dis darumb fur gut angesehen, domit nit in dem gesellichen gesprech under uns teilung vermirt wurde, dan iergen ein artikel einem gelegen, der dem andern beschwerlich sin möchte etc.

Nun hat diser usschutz dri tag das muntlich gesprech mit einander gehebt, und sind dodurch wol etwas milterung der furgeschlagenen mittel vermirt worden; es haben aber die churfurstischen rät solichs an ir hern zu bringen angenommen, und stot die sach also noch uf datum dis brieves bi inen in bedacht. wes si uns doruf furschlagen werden, mogen wir nit wissen, dan das wir achten, si werden uns die vorigen mittel mit etwas milterung furschlagen, und so wir der sachen hie einhellig wurden, dasselbig erst an kai. mt. zu Regenspurg gelangen lassen oder aber villicht selbst personlich dohin verrucken mit beger, das wir neher volgen oder jemants von den unsern bevelch geben, der antwort zu Regenspurg zu gewarten.

Neben diser handlung haben die beiden churf[ursten] die sach der spennigen<sup>2</sup> wale des Romischen konigs mit den fursten und deren botschaften dises teils, so der sachen verwant, in unserm abwesen fur hand genomen und begert, den Ro. kunig anzunämen und zu erkennen, aber, wie wir vernämen, noch nichts der sachen dinstlich erlangt. nun stond aber die sachen also, das man on disen artikel die religionsach auch nit vertragen wurd, dan kai. mt. an dem, das man sinen bruder fur konig erkenne, nit weniger dan an der religion gelegen.

Zu Regenspurg hat kai. mt. den richstag angefangen und den artikel, die Turkenhilf belangen, den stenden zu beratschlagen furgeschlagen, und sind wenig fursten personlich do, aber vil botschaften. es ist kein weltlicher fürst in der ersten versamblung personlich gewesen, dan herzog Fridrich pfalzgrave und herzog Jerg von Sachsen. so ist kai. mt. libs halben nit wol fertig, also das si den ersten furtrag nit uf dem rathus, sonder in ir mt. herberg den stenden thun lassen. sonst ist von des Turken rustung die meer noch vorhanden, allein das man zweivelt, ob er uf Napels oder Hungern oder uf beide teil ziehen wölle. Der Weida<sup>3</sup> lost schriften an die chur. und fursten usgon, wo man sich des Ro. kunigs nit wider in beladen und in ruwig bi dem kunigreich Hungern bliben lassen [wolle], wolt er dem reich ein zehen- oder zwenzigjeren friden bi dem Turken erlangen.

Uf heut dato vor imbis haben die beiden churfursten bi disem teil anzeigen [lassen], wie si willens gewesen, uf heut zu zwolf uren nachmittag in der handlung furtzufaren; so seien in doch geschefde furgesfallen, das es nit sin möge, mit beger, ein tag oder zween gedult zu tragen, dan der verzug

<sup>1</sup> = nur.

<sup>2</sup> spänig = streitig.

<sup>3</sup> Die landläufige Bezeichnung für den Woiwoden Johann Zapolya, Ferdinands Gegenkönig in Ungarn.



geschehe nit geferlicher weis sonder dem handel zu gut. ist inen solichs gewilligt.

p. 134.

Sonst hat man auch zu beschlusz der eilenden und beharlichen hilf zu der gegenwere gehandelt, und dweil die Sachsischen und seestett nit bevelch haben, ist ein tag gen Brunschwig uf den pfingstmontag [Mai 20] ernant; do sollen herzog Ernst von Lunenburg persönlich und der andern fursten botschaften zu in komen, mit denselben stetten zu beschliessen. so wollen si auch, das die kriegsrät mit namen benempt werden, wie ir unser hern zu unser ankunft, will gott, verner vernämen werden». — «Dat. Schweinfurt uf fritag nach Marci den XXVI aprilis a. etc. 32».

139. [Jacob Sturm aus Schweinfurt an Claus Kniebis]<sup>1</sup>.

[April].

*Str. St. Arch. AA 458 f. 429 Orig. Benutzt von Röhrich II 140 ff.*

Erzählung, was über den Artikel vom Sacrament gehandelt. Wahl eines dreiteiligen Ausschusses. Die Städte beantragen Vermeidung der Ausdrücke «Sacramentierer und Wiedertäufer». Brandenburg und Nürnberg verlangen nähere Rechenschaft über den Glauben der Oberländer. Letztere antworten befriedigend. Volle Einigung in der Abendmahlslehre auf später verschoben. Die Städte bekämpfen die von den Fürsten vorgeschlagene Fassung des Artikels. In Folge einer Unterredung Besserers und Sturms mit Dr. Brück wird der Artikel im Sinne der Städte geändert.

Lieber her Claus! dweil unser hern zum hochsten besorgt, das durch unser widerwertige trennung under den evangelischen stenden gesucht wurde in dem artikel, das h. sacrament belangen, will von nöten sin, uch gruntlich zu berichten, was in demselben artikel hie gehandelt, domit ir uch des orts auch darnoch zu richten wissen, und hat die gestalt: erstlich haben die underthedinge ein artikel under iren furgeschlagenen mitteln fürgeben, das man den widertäufern und zuinglichen nit anhengig sin oder gunst erzeigen wölle etc, wie ir den in ir verzeichnus finden. nun ist die sach hie zu beratschlagen ein usschutz verordnet worden, der hat sich in drei geteilt, namlich der fursten und graven rät, so der kon. walsachen verwant, in den einen, in den andern Brandenburg und Nürnberg sampt den stetten, so nit in die verstentnus komen, in den dritten mir (*sic!*) sampt andern oberlendischen und Sachsischen stetten, die in die verstentnusz mit den fursten kumen. darauf haben wir von stetten der verstentnus verwandt bi uns bedacht, das der nam zwinglich witleufig und in vil wege möcht gedeuet werden, darzu etlicher leut als unser nachbauren der Eidgnossen verletzlich; zudem wer es pfendlich<sup>2</sup> und wider bruderlich liebe, sich dohin zu verpflichten, jemants, der den gemeinen Christum mit uns bekennet, ob er schon in einem artikel meer in Worten dan im grund mit uns nit einbellig were, kain gunst zu erzeigen; derhalben haben wir den artikel, die widertäufer und zuinglichen belangen, dohin gestalt, das die namen usgelossen und von uns bewilligt würde, dweil

<sup>1</sup> Der Brief ist von Sturms Hand, aber ohne Adresse, Unterschrift und Datum. Dass er in den April 1532 zu setzen ist, ergibt sich aus dem Inhalt (vgl. vorige Nummer). Als Adressat kann nach der Anrede kaum ein anderer gelten als Claus Kniebis, der Ammeister des Jahres 1531. Derselbe war zur Zeit Gesandter auf dem Reichstag zu Regensburg. Vgl. unten nr. 146.

<sup>2</sup> Bedeutung? = feindlich?

in der Sächsischen confession unser glaub von beiden sacramenten usgetruckt und die gegenleer verworfen, wer dan anders leret, dan die confession inhielt, von beiden sacramenten des taufs und nachtmols, dem wolten wir in solicher leer weder bistendig noch anhengig sein, wie dan das unser der stett ratschlag, so wir der fursten usschutz ubergeben, in sich helt.

p. 122.

Uf solich unsern ubergeben ratschlag und bedenken haben der fursten und graven rät der Brandenburgischen und Nurnbergischen bedenken auch gehort und noch langen bedacht zween zu uns, den von Costenz und Ulme, so von wegen der oberlendischen stett in usschutz verordnet gewesen, geschickt, namlich den Lunenburgischen und Hessischen canzler und uns lossen anzeigen, wie die Brandenburgischen und Nurnbergischen inen angezeit, si wusten wol, wes man sich alwegen der zuinglischen und sacramentier halb vernämen lassen, sich deren nit zu beladen, deshalb inen zu wissen von nöten, wie wir es des sacraments halber hielten; zum andern begerten si, wir wolten uns erkleren, was wir mit den worten in unsern ratschlag verstünden, das wir die gegenleer verwerfen etc. doruf wir inen geantwort, wir trügen beschwerden ob der Brand. und Nurnbergischen anzeig, dan wir hetten wol inen kein rechenschaft oder antwort des orts zu geben, als die mit uns nit in verstentnüs weren, aber inen den beiden canzlern zu bericht, so wüsten si, das wir zu Schmalkalden ein art[ikel] ubergeben, wie wir des sacraments halb vor kai. mt. zu Augspurg bekennet; des weren die chur. und fursten dozumol zufriden gewesen, hetten auch den art. mit ir confession fur einhellig erkant und doruf die verstentnüs mit uns ingangen. desselben glaubens weren wir noch, also leret, prediget und halt man es auch bei uns, und nochedem ir confession in dem art. das h. sacrament belangen mit der unsern einhellig, so weren wir willig, ir confession neben der unsern auch anzunämen und zu bekennen; derhalben wir achten, man were billich mit uns zufriden und bedorft der Brand. und Nurnb. erfragens gar nicht, man hette dan sonst lust, trennung anzurichten. sovil aber die wort betreff, das man die gegenlere verworfen, die stunden also in ir der Sächsischen confession, derhalben si von uns in ratschlag gesetzt. nun verstunden aber wir durch die gegenlere diejenen, so in dem nachtmol des hern hielten, das nichts dan schlecht brot und wein und nit der leib und blut des hern empfangen würd; die verwurfen wir, wolten auch denselben in solcher leer nit anhengig noch bistendig sein.

Solichs haben die beiden canzler wider anzuzeigen uf sich genomen und nochemols wider zu uns heruskommen und angezeit, wiewol die Nurnberger anzeigen, si haben bericht, das es anders bi uns gehalten werde, so hab man sich doch daran nit keren wöllen, sonder si unsers berichts zufriden; allein dweil noch in zweien puncten miszverstand sei, wie wir wol wüsten, so wer ir beger, das man sich deren zu andern tagen auch verglichen wolte. doruf wir geantwort, wie wir es angezeit, also hielt man es bi uns; der andern zweier puncten halb trügen wir kein wissens; so uns die angezeit, wolten wir bericht geben. doruf si uns allein disen angezeit: ob der ungleubig als wol den leib und blut des hern empfieng als der gleubig, mit dem anhang, es were von unnöten, jetz dovon zu reden. uf solichs zeigten wir in an, es wer wol noch zwisten den gelerten des orts disputation, es hett aber doctor Luter sich zu Marpurg uf dem gesprech sovil vernämen lossen: wo man

hette bekennen wollen die ware gegenwertigkeit des leibs und bluts Christi im nachtmol, so wolt er dises punctens halb inen bruderschaft zu beweisen nit abschlagen; aber nit destweniger wusten wir unsere hern dozu geneigt, wo des orts auch möchte einigkeit zwisten den gelerten funden werden, si wurden an irem vleisz nichts erwinden lossen etc. des woren die beiden canzler also dazumol wol zufriden.

Uf solichs haben der fursten und graven rät etlich mittel stöllen lassen, welche si bi inen in irem usschutz bedacht, die den beiden churfursten als underhandlern uf ire ubergebene mittel weren in antwortswise zu ubergaben, und namlich so haben si disen artikel die zuinglischen und widertoufer belangen dermassen gestellt, das niemants kein newerung der confession und apologie zuwider anfahren oder furnämen solte, und in sonderheit der sacrament halben des leibs und bluts Christi und der taufe anders dan das die taufe nötig sei und das dodurch gnad angeboten würdet, das man auch die kinder taufen soll, welche durch solche tauf gott uberantwort und gefellig werden, und das warer leib und blut Christi wahrhaftiglich unter gestalt des brots uud weins im abentmal substantialiter gegenwertig sei und dergestalt usgeteilt würt, ob es wol die unwürdigen auch brauchen und niessen; und welche under uns oder berurten stenden obern und andere das anders zu halten befunden und dem zuwider öffentlich leren, halten oder predigen wurden lassen, dem oder denselbigen wollen wir in solcher lere weder anhengig noch beistendig sein.

Als nun solche mittel durch der fursten usschutz der stett usschutz ubergaben worden, haben wir ab dem obgemelten artikel etwas beschwerung gehabt und doruf retig worden, das der burgermeister von Ulme<sup>1</sup> und ich, Jacob Sturm, zu doctor J o h a n B r ü c k e n, Sachsischem alten canzler, in die canzlei gangen und ime ongeverlich nochfolgende meinong angezeigt: wir hetten ir angestellt bedenken verlesen und dorauf uns getreuer und guter meinong zu ime verfügt, ime unser beschwerung in dem vorgemelten art. anzuzeigen. namlich so were ime unverborgen, wes sich fur ein zank und miszverstand unz hiehar zwisten den gelerten über den worten des nachtmals Christi gehalten, welchen unser hern und freund alweg ungerne gesehen und jeder zeit die sach gern dohin gerichtet hetten, damit derselb hingelegt und man zu einhelligem verstand komen hett mogen. nun hett gott die gnad geben, das derselbig bi uns hingelegt und die sach dohin komen, das wir bei unsern predicanten sovil erlangt, das si bi den einfaltigen worten der geschrift zu bliben gedachten, namlich das man den woren leib und wores blut Christi im nachtmol entpieng, welches und nit weiter die geschrift ustrucket; und nachdem die anderen hinzugesetzten wortlin, dodurch ein jeder sin verstand hett wollen erkleren, als namlich das bedeutlich, figurlich, leiplich, wesenlich, geistlich und andere dergleichen wort vil zanks gebrocht, hetten unser hern bi inen gedacht, das solich wort zu meiden weren, zank zu verhüten, hetten auch des orts kein fuglichern wege gewüst, die kirchen zu stillen und zu ruge zu bringen, dan disen, und deshalb iren predicanten bevolen, alles was zank bringen mocht, zu verhüten. dweil nun in den angestöllen artikeln das wort substantialiter hinzugesetzt, darzu, das es die

<sup>1</sup> Georg Besserer.

unwürdigen niessen, [und dweil dies] vil weiters zanks geberen möcht, und dan die wort in der schrift darzu auch der confession nit ustrugklich gemeldet, so were unser dinstlich und freuntlich bitt, man wolte zu vermeidung weiters zanks dieselben wort heraus und es bi den worten der geschrift und confession bliiben lossen, also das wer anders von obgemelten sacramenten leret oder prediget, dan die confession in sich heltet, dem wolt man in solcher lere weder anhengig noch beistendig sein. wir baten auch den canzler, er wolte dise unser rede nit verston, als ob wir etwas verneinen wolten, das die schrift oder confession in sich hielte, sonder man lerete bi uns die wore gegenwertigkeit und niessong des libs und bluts Christi im nachtmol und wie sich ein jeder beiveren<sup>1</sup> solte, damit er das würdiglich niese, und das ander, was zu zank dienen möchte, underliesse man. mir zeigten aber solichs allein dorumb ane, weiter trennung der kirchen zu verhüten, mit meer (meer) andern derglichen und dozu dinstlichen worten. also gab er uns doruf zu antwort, er hette unser anzeig gern gehört und wolte hoffen, es wer dermossen, wie wir anzeigten. derhalben so liesz er ime gefallen, das die wort heraus bliiben und der artikel allein uf die confession gestölt würde; und dweil es am sonntag quasimodo [April 7] zu morgen was, zeigt er an, wir wolten an die predig gone, do mochten wir den artikel noch der predig selbs anstölln, wie wir dovon geredt, und im zuschicken; wolt er in den andern hern furhalten. also stöllten wir im den artikel uf die mosz, wie er erstmols von uns beratschlagt was worden, überschickten ime den.

Doruf wurde der artikel von inen im fursten- und gravenusschutz gestöllt mit etlich anhangenden worten, namlich der notigen sequelen<sup>2</sup> halb, wie der in der notel, so nochmols den beiden churfursten als underhandlern ubergeben worden ist, begriffen stöt, welchen wir von stetten also umb fridens und minder zanks willens unsers teils auch bewilligt haben.» — Dat. fehlt.

p. 125.

140. Bericht [Jacob Meyers] über die Tage zu Ulm [März 23-25] und Schweinfurt [April 1 — Mai 9]<sup>3</sup>. [März 23 — Mai 9].

*Str. St. Arch. AA 439 f. 40-46. Orig. von Jacob Meyer. Beilagen ebenda AA 438 fol. 57 ff. Copien von demselben.*

Gutachten des Ulmer Tags. Ankunft in Schweinfurt. Vortrag Dr. Türks. Ausschusswahl. Bedenken der Fürsten und der Städte über die vorgeschlagenen Mittel. Weitere Vorschläge und Erwiederungen. Erklärung wegen der Königswahl. Ausschuss zu näherer Verständigung. Vortrag Türks, Antwort Brücks. Die Unterhändler setzen die Beratungen bis zum Eintreffen weiterer kaiserlicher Instructionen aus. Unterredung des Kurfürsten von Mainz mit Sturm über Strassburger Angelegenheiten (Servet, Franck etc.). Die Stände beschwerten sich über Verschleppung. Nach Eintreffen der kaiserlichen Antwort Fortsetzung der Verhandlungen, aber ohne Erfolg. Vertagung nach Nürnberg.

Ankunft in Ulm am 23. März. Ausser Strassburg sind daselbst vertreten die Städte Ulm, Esslingen, Constanz, Reutlingen, Lindau, Biberach, Mem-

<sup>1</sup> = beeifern.

<sup>2</sup> Vom französischen séquelle = Anhang, Folge.

<sup>3</sup> Für die Verhandlungen bis zum 26. April giebt Sturms Brief von diesem Tage das Nähere. S. oben nr. 138.

mingen, Kempten, Isny. Nachdem die Ulmer am 24. März die Gründe dargelegt haben, «worumb sie die stet vor dem tag zuo Schwinfurt zuo inen beschriben hab[en], namblich wes sich in sachen des glouben zuo halten», wird ein Ausschuss verordnet, der am 25. März ein Gutachten vorlegt, welches mit den Instructionen der Einzelnen «vast» übereinstimmt. Es wird für gut bedacht, dass jede Stadt sich durch eigne Gesandte in Schweinfurt vertreten lasse; trotzdem bleiben Biberach und Isny ohne eigne Vertretung.

Ankunft in Schweinfurt am 30. März. Anwesende Fürsten und Botschaften. Mit den Kurfürsten v. d. Pfalz und Mainz sind auch ihre Räte Wilhelm von Habern und Dr. Türk gekommen. Ausser den oberländischen Städten haben Gesandte geschickt Lübeck, Braunschweig, Magdeburg und Nürnberg.

- Am 1. April Vortrag des Dr. Türk in Gegenwart der versammelten Botschaften; derselbe wird den Evangelischen auf Wunsch schriftlich übergeben. «und ist denselben oben verrer beredt, das durch ein usschutz gehandelt werd, und den von stetten 4 in usschutz zuogelassen; so sie aber wellen, mogen sie mer, als 6 oder 8, nennen, doch das nit mer dan 4 stimmen seien. sind doruf geordent her Jacob Sturm, Conrat Zwick, Jerg Besserer, Bernhart Baumgarter<sup>1</sup>, secretarius von Lubeck und doctor von Meidburg. die sind am zinstag [April 2] morgen zuo 6 uren zuosamenkommen und erstlich bedacht, guot sein, das diejenigen, so allein die wal belangt, zuosamen, sodan die, so die wal nit belangt und ouch in der verstentnusz nit seind, ouch sonder, und die so in der verstentnüs und die religion belangt, ouch sonder zuosamenkemend. ist also geschehen, und haben jeder teil ein bedocht gestellt und den am mitwoch [April 3] morgen zusammenbrocht, und ist der bedocht, so von den fursten u. f. reten dis teils gestellt, den churfursten Menz und Pfalz ubergeben lut der copien mit B bezeicht, und der bedocht, so von Straszburg, Costens, Ulm, Lubeck und Meidburg usschutz gestellt, behalten, welchs copi mit C bezeigt, desglichen der bedocht, so margrof Jergen rete, die von Nurenberg und Kempten [gestellt haben], ouch behalten, welches copi mit D bezeicht<sup>2</sup>.
- Beil. I.
- Beil. II.
- Beil. III.

- Am 5. April übergeben Mainz und Pfalz ihre schriftliche Erwiderung. B. IV-VII. Darauf antworten die Evangelischen am 9. April; Replik von Mainz und Pfalz am 11. April, Duplik der Stände am 17. April; «und sind noch verlesner notel die, so der wal halb nit zuo thun, usgetreten, die so die wal belangt, bei den churfursten pliben, und die churf. dis teils halb ein bedocht genomen, und als wier bericht, die antwort die wal betreffen von den Sachsischen und ieren verwanten den churf. etwas scharf gegeben, als ob sie der bull nit gelept etc.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Zwick war Gesandter von Constanx, Besserer von Ulm, Baumgarter von Nürnberg.

<sup>2</sup> Str. St. Arch. AA 438 fol. 51. Entsprechend der ausserordentlich vorsichtigen und gemässigten Haltung, welche Brandenburg und Nürnberg überhaupt in der religiösen Frage einnehmen, ist auch dieses Bedenken abgefasst. In schroffem Gegensatz zu dem Gutachten der andern Städte (Beilage III) stellt es sich den Vorschlägen der Unterhändler im Ganzen wohlwollend gegenüber.

<sup>3</sup> Die Acten über die Schweinfurter Verhandlungen wegen der Römischen Königswahl sind zum grossen Teil publiciert von Goldast Politische Reichshändel p. 142 ff. Vgl. auch Sleidan I 476 ff.

es ist ouch mitler zeit zuo etlichen molen der ilenden und beharlichen hilf halb gehandelt lut derselben notel.»

Am 20. April schlugen die Kurfürsten vor, «das von beiden teilen usschutz geordent wurden, die einander bericht gebend, wo miszverstand in den articulen werend. das ist noch langer handlung doch des tags dohien bewilgt, das von jedem teil verordent werden sollen, doch soll nit mer dan uf jedem teil ein stim sein. solcher usschutz ist uf sondag jubilate [April 21] nochmittag zuosamenkomen und angefangen, von dem ersten articul reden etc., in welcher underred fur unfruchtpar geacht, also von einem articul uf den anderen zu procediern, und ist von disem teil an der churf. rete begert, das sie die beschwerden oder miszverstand, so sie hetten, noch einander darthuon wolten, welches bewilliget, und also uf mendag [April 22] durch doctor Durken fiergetragen, welcher fiertrag in die feder verfast.» Darauf antwortet Dr. Brück am 23. April<sup>1</sup>. Am 26. April lassen die Kurfürsten sagen, «es seien geschafft fiergefallen, derhalb man nit verdruz welle haben zu warten; sie wellen ongevor in zweien tagen antwort geben. so hat doneben erlutet, das die churf. den handel kei. mt. zugeschickt, der soll mit vorwissen der versamleten stend zu Regenspurg wellen handeln. und noch verschinung der zweier tag haben die churf., namlich uf mendag noch cantate [April 29], lossen ansagen, das sie all tag von kei. mt. uf der post antwort wertig seien, deshalb beten, kein verdruz zuo haben; sobald die kom, well man zuom handel grifen. doruf von disem teil der klein usschutz zuosamenkomen und mit dem mereren teil beroten, — dan der Hessische kanzler ei[n]e[r] kurzeren meinung war —, das man zuo jedem churf. zwen verordnen soll, die ieren gn[aden], ansagen, das man ieren churf. gn. zuo gefallen, dwil iere gn. der post all stund gewertig, zuo verharren unbeschwert; so aber solichs sich verlengere und nit wipers kome, werd man ieren gn. dis teils gelegenheit anzeigen. und ist her Hans Delzgen und her Jacob Sturm zuo dem bischof von Menz verordnet, die haben sinen gn. solichs anzeigt.

Und noch end diser werbung hat der bischof gesagt: ich muosz etwas mit euch gesellicher wis reden und namlich mit euch von Straszburg, her Jacoben meinent: wiewol ich euer nit kuntschaft hab, wie wil das uger confession glich sehen, mier ist us Regenspurg geschriben, das ier einen Hispanier bei uch haben, der hat ein biechlin gemacht, das ist ouch zuo Straszburg gedruckt, das die h. drivaltikeit verneint, mit anderen mer ketze-reien, welchs kei. mt. furbrocht<sup>2</sup>. dor her Jacob geantwort: gn. her, ich will e. g. nit bergen sonder die worheit anzeigen: es ist wor, das ein Hispanier zu Straszburg gesein, der ein biechlin von der h. drivaltikeit gemacht, welches nit zu Straszburg sonder zu Hagnow gedruckt durch Seccerus<sup>3</sup> genannt, welche von Hagnow nit unsers sonder uger gn. gloubens sind; da solche biechle gon Straszburg veil brocht und ein e. rat

Beil. XIII  
u. XIV.

<sup>1</sup> Beide Vorträge liegen bei (AA 438 fol. 87-104); es sind Versuche, eine Verständigung zwischen den in ihren Forderungen noch weit aus einander gehenden Parteien anzubahnen; inwieweit dies glückte, zeigen die weiter unten formulierten Friedensvorschläge (Beil. IX u. X).

<sup>2</sup> Der Verfasser ist Michael Servet, ein junger spanischer Arzt; das Nähere über ihn s. bei Röhrich II 80 ff.

<sup>3</sup> Deutsch: Setzer, s. Röhrich a. a. O.

solichs durch Martinum Butzerum vernomen, dan die biechle latinisch gedruckt, haben sie solche veil zu haben verboten. doruf der Hispanus begert, mit Butzero gesprech zuo haben, das Butzerus anderer gescheft halb abgeschlagen; welchs sich gedochter Hispanus beclagt, das unsere predicanten andere leren verdampfen und sie niemans woltend heren. doruf Butzer mit im gesprech gehalten, aber kein frucht bi im brocht, doruf er der stat gietlich verweisen. verrer hat her Jacob gesagt, er wolt gern, das er wust, von wem solichs an kei. mt. getragen, so wolt er mit ein eignen boten unser herren gesanten zuoschriben, dan es on beistand der worheit were beschehen, solichs haben abzuolenen. er bete ouch sin gn[aden], sie welle ein stat Straszburg versprechen, doruf er geantwort, er het es gern gehert, welle ouch an den orten, do es sich gepur, solichs versprechen. verrer hat er gesagt, wie wellen es ugere prediger verantworten, das ier jetzt bei der Sachsischen confession pliben, und sie vor anders gelert. doruf her Jacob gesagt: so unsere predicanten zuogegen, wurden sie haruf wol wissen zuo antworten; wo sie aber schon geirt und dovon abgestanden, was sie bitzhar gelert, — dan man hat in vil zuogelegt, das sie nit gepredigt oder gelert, — were inen mer zuo lob dan zuo nachteil zuo rechen, und acht, wo wier unseren glouben abstünden und uf uger gn. glouben kemen, uger gn. wurd uns solichs zuo guotem haben; doruf er gesagt, das wellen wier lossen pliben. mer gesagt, wie von der kronik, so bei uch gedruckt, die hab ich durchlesen, und ist ein vast schedlich und bes buoch; doruf her Jacob gesagt, ich weisz ouch dovon und ist bi uns gedruckt, aber durch den bevelchhaber ubersehen worden; es ist ouch der croniksreiber doruber gestroft und der stat deshalb verweisen<sup>1</sup>. witer gesagt: wist ier von der nuen sect? hat her Jacob gesagt: nein, was ist das für ein sect? hat der bischof gesagt: sie lot sich nit wol nennen, mit den knaben. es ist zuo Ougspurg herzog Jergen von Sachsen wirt, der Welser gefangen und etlich andere mer, das kompt von dem ding. hat her Jacob geantwort: gn. her, ich acht nit, das es von diser leer kom; es mocht aber wol doher komen, das die kouflut von Ougspurg in Italia gon Venedig und andere ort [kommen], do solich laster ungestroft geubt wurd; doher mocht es ee komen dan von diser leer. und sind also abgescheiden.»

Beil. VIII.

Da die kaiserliche Antwort auf die Anfrage der Unterhändler am 30. April noch nicht eingetroffen ist, lassen die Stände den Kurfürsten am 1. Mai eine neue Schrift überreichen. Darauf lassen Mainz und Pfalz am 2. Mai erwiedern, es «sei die sumnis inen nit lieb, seien ouch all stund der post wertig und wellen allgerit ein post gegen Regenspurg schicken, aldo zuo sollicitieren, doch hoffend, es soll die post von Regenspurg vorkomen etc.; doruf in noch gehaptem bedocht glich geantwort, man well noch zwen tag warten; wo nit witer kom, werd man dis teils beschwerd und ungelegenheit anzeigen. so ouch von kai. mt. nit zuleszlich sonder unser conciens beschwerlich antwort gefielen, were hoch beschwerlich allhie zuo verharren, sondern achten fuoglicher, zuo Regenspurg, do dan der fursten und ander stend botschaften seien,

<sup>1</sup> Der Verfasser der Chronik war Sebastian Franck, der 1531 nach Strassburg gekommen war. Sein Buch, eine Tendenzschrift zu Gunsten der Sectierer, wurde gleich nach dem Erscheinen vom Rat unterdrückt. Franck selbst wurde erst eingesperrt und dann ausgewiesen. Röhrich II 75.

ferrer zuo handeln etc. und dwil am fritag [Mai 3] noch nit erofnet, ist der kleiner usschutz zuosamenkomen und berotschlagt, den churf. in schriften anzuzeigen die beschwerden und ein gnedigen abscheid zuo begeren. in dem ist in der nacht post komen und also die vorgefast meinung beruend bliiben, und haben die churf. iere rete uf samstag [Mai 4] dem kleinen usschutz fierlossen halten, wie das sie kai. mt. haben zuogeschriben, in welchem schreiben sie doch dis teils anzeig nit erofnet, dan sie solichs bei kai. mt. zuo ruhe<sup>1</sup> achten anzupringen; haben aber witeren bevelch von ier mt., den wellen sie erofnen und uf meinung dem friden enlich handeln, doch nüt alhie beschlieszlich sonder zuovor kai. mt. erofnen, und wie deshalb us kai. mt. befel die molstat fur fuglich zuo Nurenberg angesehen etc. und hat doctor Dürk muntlich den handel wider erzelt, doch beileifig uf mossen wie vor in dem gesellichen gesprech, derhalb nit not, copien zuo schriben etc., und dobei gesagt, das uf morn sondag vocem [Mai 5] die notel der jetzt fiergefasten mittel disem teil sollen behandigt werden. Das aber uf sondag nit geschehen, aber ein entschuldigung, die kanzlei hab nit mogen fertig werden, und angesagt uf mendag [Mai 6] zuo 7 uren allen stenden, bei den fursten uf dem hus zuo erschinen; welches ouch beschehen und durch doctor Durken mit einer zierlichen vorred [eröffnet], uf welche die gesatzten mittel verlesen, lut derselben copien mit M bezeichnet, und doruf mit beschluszred, dorin vermeldt, das dwil anzeigt in verlesner notel die gehorsame kei. und ko. mt. belangen, sei uf diejenen, so die wal nit widersprechen, zuo verston. es seien aber ier kurf. gn. des geneigt, das merer als so die sel und gewiszne belang als das fiernemest an die hand zuo nemen und die sach die ko. wal belangen gegen denen, so die belangt, diser zeit sten zuo lossen und in der sach die religion betreffend fierzuofarend, und so die jetzt fiergeschlagenen mittel disem teil gefällig, sei ier g(nedig)s begerend, zuo furderung der sach gon Nurenberg zuo verrucken, welches ouch kei. mt. begeren sei etc. doruf ein bedocht begert, der zuogeben, und noch gehapten kurzem bedocht durch doctor Brücken anzeigt: nachdem die sach wichtig, beger man ein bedocht, und [werde] sovil müglich dis tags antwort geben, das ouch zuogelossen. doruf der grosz usschutz noch essens zuo XI uren zuosamenkomen, und aber den tag nit mogen vertig werden, sonder ein gegenantwort gestelt und uf zinstag [Mai 7] ubergeben, noch inhalt derselben copien mit N bezeich. daruf die fursten wider antwort geben lut der copien mit O bezeich, namlich uf den mitwoch den nonoben<sup>2</sup> [Mai 8], und daruf wider beschlüzlich fur dis mal antwort von disem teil gestelt und uf den nontag [Mai 9] am morgen zuo 6 uren uf dem hus im beisein aller stend und gesanten [ubergeben], mit einer vorred durch doctor Bricken, das die artikel nit dermosz gestelt, das dodurch sie oder iere obern dasjen, so mit gott und gewissen zuogeben mocht werden, wolten abschlagen, sonder sich zuo Nurenberg mochten verglichen. doruf die schriflich antwort verlesen und in geben, mit P verzeicht; uf welche doctor Dürk muntlich generalia g[eantwortet] und witer, das ier kurf. gn. des erbietens des nachgebens sonders gefallens tragen, aber lieber gesehen, die nachlossung [wäre] hie geschehen; wolten die ieren und unsere artikel

Beil. IX.

Beil. X.  
Beil. XI.

Beil. XII.

<sup>1</sup> = zu rauh.

<sup>2</sup> Nontag = Himmelfahrtstag, Nonabend = der Tag vor Himmelfahrt.



der kei. mt. ubergeben und flisz ankeren etc., item den tag zu Nurenberg selbs besuochen und begert, das jeder gesanter mit volkomener gewalt erschein. doruf noch gehaptem bedocht doctor Brick cum generalibus wider geantwort, wo die unseren sich witer hetten konden inlossen, [würden sie es] gethon haben. des titels halb wurd man zuo ieren churf. gnaden stellen. item bedanken des ankomens gon Nurenberg und seind willig ouch zuo erschinen, aber die gesanten der fursten, dwil die nit gewalt [hätten, wären willig], an ier herschaft zu langen, in hoffnung sich unverwislich zu halten, dornoch generalia mit beger eins gn[edigen] abschieds begerend. doruf von disem teil gebeten, das auch von kei. mt. [gesucht werde], ier mt. entlich gemiet zu erlernen, domit ier mt. halb zu ein entlichen end komen werden. doruf durch doctor Durken wider geantwort, ier kurf. gn. seien des willig, und also zu beiden teilen mit geburlicher solemnitet abgescheiden.»

#### BEILAGEN.

##### I. Erster Vorschlag der Unterhändler, „wie und welchermassen unsers verhoffens die streitig religionsachen solten und möchten zuo einem fridlichen anstand geprocht und erhalten werden.“<sup>1</sup>

1) Sachsen, Hessen und die übrigen Stände, « so sich in der bekantnüs und assertion, unsern cristlichen glauben belangend zuo Augspurg in schriften ubergeben, ingelossen habend », sollen « uber dieselbig confession und assertion kein witer noch merer neuerung bitz zuo kunftigen concilio furnemen.»

2) Dieselben Stände sollen « den zwinglischen und den widerteuferen weder anhengig oder beistendig sein, noch gunst erzeigen.»

3) « Das auch ainich partei der anderen underthonen in sachen des glaubens nit an sich ziehen noch auch nit understeen soll, zuo underhalten, anzenemen, zuo schutzen oder zuo schirmen diejenigen, so in den sachen uf denjenigen, daruf die jetzo sein und steen, zuo bleiben uberschreiten wurden.»

4) Sachsen, Hessen und ihre Glaubensverwandten sollen sich enthalten, « zuo predigen und predigen und publicieren zuo lossen, es sei durch wort, truckerei, schriften und in anderweg sachen, die den glauben betreffend, weiter und mer dan die bekantnus und assertion, so uf dem reichstag zuo Augspurg durch sie ubergeben ist, inhalt, und das weder eine noch die ander partei usserhalb ierer und ierer mit sachverwanten land und gepieten predigen noch zuo predigen verschaffen, auch kein parti wider die anderen itzit schmelich oder lesterlich reden, sagen oder schreiben.»

5) Was der Prälaten Jurisdiction, Gewohnheiten und Ceremonien belangt, ferner die geistlichen Güter, so soll darin « nichts neues fiergenomen », sondern auf Mittel gedacht werden, die allen Teilen leidlich und zum Frieden dienstlich sind.

6) Zwischen denjenigen, « so in dem alten glauben verharren », und den Protestierenden soll « guter gemeiner frid » gehalten werden, und beide sollen dahin arbeiten, dass das Concil sobald als möglich « zuo erklerung und erorterung der zwitracht und beschwerlicheiten » gehalten werde.

<sup>1</sup> Vollständig gedruckt bei Walch XVI 2184. Vgl. auch Sleidan I 475.

7) Die Protestierenden sollen sich «zuo allem dem befleissigen, das der teutschen nation zuo wolfart, sicherheit, ruw und gemach sein und dienen moge», namentlich auch gegen die Türken contribuieren und sich auch sonst den früheren und künftigen Reichstagsbeschlüssen unterwerfen.

8) «Und so die sach also wie obgemelt ervolgt», würden die Protestierenden auch dem Kaiser und dem König «on widersetzung gehorsam sein» und etwaige Verständnisse, die sie gegen den Kaiser, den König oder andere Altgläubige aufgerichtet hätten, fallen lassen. Alsdann sei zu hoffen, dass der Kaiser und der König auch ihrerseits «allen miszfallen und unwillen» gegen die Protestierenden aufgeben würden.

## II. Die Protestierenden verlangen nähere Erläuterung der in Beilage I gemachten Vorschläge<sup>1</sup>.

Bezüglich des ersten Punkts. Als Anhänger der Augsburger Confession verstehen sie nachbenannte Stände: Sachsen, Georg von Brandenburg, die Herzoge von Lüneburg, Philipp von Hessen, Wolfgang von Anhalt, die Grafen von Mansfeld, die Städte Strassburg, Nürnberg, Ulm, Constanz, Bibrach, Isny, Reutlingen, Esslingen, Memmingen, Lindau, Heilbronn, Kempten, Weissenburg, Windsheim, Lübeck, Braunschweig, Magdeburg, Bremen, Goslar, Einbeck und Göttingen. Bezüglich des Concils versehe man sich, dass damit ein gemeines, freies, christliches Concil, in deutscher Nation zu halten, gemeint sei. Den Vorschlag, dass bis zu künftigem Concil keine Neuerung vorgenommen werden solle, verstehe man nur von Neuerungen in der «doctrin», nicht von Veränderung der Bräuche und der Ceremonien.

Bezüglich des dritten Punkts sei ein Zweifel, ob mit den «Unterthanen Andrer» auch diejenigen gemeint seien, welche aus dem Gebiet ihrer bisherigen Obrigkeit fortziehen und sich unter die Obrigkeit eines protestierenden Standes stellen.

Im vierten Punkt sei von der Augsburger Confession die Rede, und dass man im Predigen etc. nicht darüber hinausgehen solle. Dagegen sei einzuwenden, dass die Confession nur «ein ungevorliche suma» der evangelischen Lehre darstelle und nicht Alles umfasse, was man auf protestantischer Seite glaube und lehre, wie man dies schon früher zu Augsburg dem Kaiser mitgeteilt habe. Was die Versicherung betreffe, dass keine Partei die andere schmähen sollte, so verstehen sie dieselbe namentlich dahin, dass die Papisten aufhören sollten, die Protestierenden als Ketzer zu verschreien.

Im fünften Punkt vermissen sie eine nähere Darlegung der zum Frieden dienlichen Mittel.

Im sechsten Punkt beschwerten sie sich wegen des Ausdrucks «die im alten glauben verharren», weil es danach scheine, als seien sie, die Protestierenden, «von dem alten glauben gewichen», während sie ihn doch nur in seiner alten Reinheit wieder hergestellt hätten. Dass sie sich noch weiter für Berufung des Concils bemühen sollten, halten sie für überflüssig, da der Kaiser schon wiederholt um Veranstaltung desselben ersucht worden sei.

<sup>1</sup> Gedruckt bei Walch XVI 2187.

### III. Bedenken der Städte über die Vorschläge der Unterhändler<sup>1</sup>.

Die Vorschläge seien in keiner Weise annehmbar, «dan dieselbig so ganz unlauter dunkel und dermassen gestelt, das sich mer unfriden dan ainikeit dabei zuo besorgend». Es wäre deshalb am besten, sie einfach zurückzuweisen und eigne Gegenvorschläge zu machen. Zunächst sei schon im ersten Artikel beschwerlich, dass nur von Anhängern der Augsburger Confession die Rede sei; denn einige von den Städten hätten in Augsburg ein eigenes Bekenntnis überreicht, andere hätten damals noch keins von beiden unterschrieben. Was die ersteren betreffe, so hielten sie an ihrem eignen Bekenntnis fest, seien aber gemeinsam mit den letzteren, die keine Confession unterschrieben, «willig und urbütig, der chur. und fursten confession in dem, so die ler betrifft, neben und mit ier confession zuo bekennen und anzuonemen, wie dan derselbig inhalt bei inen bis hiehar gelert und getriben worden; und domit nit vom widerteil geacht werden möcht, das der vier stett confession der anderen zuowider oder von inen als ungerecht verlossen wurde, wer ier bit, so die sach zuo vertrag komen solte, das bei den beiden curfurstun als underthedinger angehalten wurde, die sach bei kai. mt. dohien zuo furderen, das wier bei unser allerseits cristlichen confessionen bleiben möchten.»

Was die Ceremonien betreffe, so sei im 7. Artikel der Confession ausdrücklich gesagt, «dass nit not sei zuo warer ainikeit cristlicher kirchen, das allenthalb glich ceremonien, von menschen ingesetzt, gehalten werden». Deshalb könne man sich das Verbot der Neuerungen in Ceremonien nicht gefallen lassen. «dan es mochte den stenden, so kurz verschiner tag zuo dem ewangelio komen, ganz nochteilig und ine jeder zeit, so sie nur das geringst, als kerzen prennen und anders, in ieren kirchen endren wolten, verwislich sein, und das sie den angestellten friden nit gehalten hetten, zuo-gelegt werden.» —

«Es wer ouch der verordenten guot bedunken, das nit allein diejenigen, so vormols der confession unterschriben oder jetzt sich anhennig machten, sonder ouch alle die, so nochmols durch gots gnod dieselb annemen wurden, in disen fridlichen anstand bitz uf ein frei cristlich concilium, in teutscher nation zuo halten, vergriffen wurden.»

Hinsichtlich des Artikels von den Zwinglischen und Wiedertäufern «tragen die verordenten fiersorg, das under dem namen zwinglisch, als der witleufig und in vil weg gedeut werden mag, jemans möcht angezogen werden als einer, so den friden gebrochen oder nit gehalten, der doch nicht wenigens dan zwinglichs were. dwil aber durch disen articul villicht die irtum beider sacrament des altars und taufs fürkomen sollen werden, achten die verordenten, das us vil ursachen besser und nutzer solt sein, [dass] der obgenant nam ubergangen und der artikel uf die mosz zuo enderen were: dwil wier unseren glauben beider sacrament halb in der confession dargethon und die gegenler verworfen, wo dan jemans wer, der solcher unser confession in beiden puncten etwas zuwider offentlig leren oder halten wurd, demselben wolten wier in solcher ler weder anhengig noch beistendig sein.

<sup>1</sup> Wurde nicht zur Kenntnis der Unterhändler gebracht, s. oben p. 116.

Uf den articul, das keiner des anderen underthonen in sachen des glaubens nit an sich ziehen, underhalten, schutzen noch schirmen solle etc., achten die vom usschutz ganz beschwerlich, dan vil, so durch erkantnus gotlichs worts die bebstlichen ceremonien verlossen und das ewangelium annemen, etwan durch vertribung ierer oberkeit hinder ewangelisch fursten und oberkeiten ziehen. solte man nun die nit annemen, sonder ieren herren zuor strof widergeben miessen, wer nit allein beschwerlich sonder auch uncristisch; deshalb achten sie, das es mit nochgonden worten zuo milteren were, das namlich keiner des anderen underthonen mit gewalt und wider den landfriden von im abbringen, zwingen oder in schutz nemen solt, doch sonst ainen jeden an seiner freiheit unvergriffenlich. es ist ouch zuo besorgen, das die bischof und ander prelaten als ordinarii die geistlichen, so das ewangelium predigen oder aber ieren stand und orden verliessen, vermog des artikels als iere underthonen wider forderen und iers gfallens strafen wurden, deshalb man des orts ouch vorsehung von noeten [hätte].»

Der Artikel, welcher vorschreibt, dass die Protestierenden sich in Predigten und Schriften an die Confession halten sollten, sei dahin abzuändern, dass sie «in ieren landen und gepieten nutzit, so wider das wort gottes und ier confession were oder zuo ufruor gedienen mochte, leren, predigen oder in truck usgeen lossen, und wo sie solichs innen und gewar wurden, das sie solichs strafen solten. und das alles so hienfur gedruckt, durch die oberkeit doselbs oder iere verordneten dorzuo besichtigt und also on derselben zuolossen nutzit in truck gegeben wurd. Das aber gesagt, das kein parthi usserhalb ierer land und gepieten nutzit predigen noch zuo predigen verschaffen solte, wer hienbei zuo thuon: wider der weltlichen oberkeit doselbs willen und vergunst. und dwil diser articul ublich ganz disputierlich, wollen in die vom usschutz den anderen ieren gunstigen herren wider zuo bedenken geben haben.»

Bezüglich der Jurisdiction und der geistlichen Güter seien die näheren Vorschläge der Unterhändler zu erwarten.

Die Artikel von der Förderung des Concils und von der Türkenhülfe lasse man sich gefallen. Was die künftigen Reichstagsbeschlüsse betreffe, so könne man «sich uf kunftigs nichts obligieren oder verbinden.» Im letzten Artikel wolle man hinzusetzen, «das man sich gegen kai. mt., wie das ein jeder von alter her zuo thuon schuldig gewesen, gehorsamlich erzeigen wolt.»

Auf die Forderung, dass die Protestierenden etwaige «verstentnisse» gegen Kaiser, König oder andere Altgläubige fallen lassen sollten, sei zu erwiedern, «das man von keiner verstentnus, so wider ier beider mten oder ander ufgericht, wissens hett, derwegen man an disem ort nutzit kond fallen lossen.»

«Zuom beschlusz sehe vil ermelt vom usschutz fur fruchtpar, nutzlich und gut an, ob je ein fridlicher anstand ufgericht werden wolt, das in denselben sonder fursehung gethon, ouch aller menschlicher und möglicher fleisz fur und angekert werd, zuo verhieten, das derselbig vertrag durch kai. und kon. mten ex plenitudine potestatis zuo ierer mt. gelegenheit und gefallen nit widerumb ufgehept, abgethon oder durch ier mt. utzit dawider zuo handlen zuogelassen; das ouch dorin verlipt wurd, sover sich im selbigen

zwitracht oder miszverstand zuotrieg, bei wem die declaration und erklerung sten solt etc.»

#### IV. Antwort der Kurfürsten von Mainz und Pfalz auf Beilage II<sup>1</sup>.

1) Erklären sich damit einverstanden, dass die namhaft gemachten Stände in den Frieden einbegriffen sein sollen. Die ausdrückliche Bezeichnung des Concils als eines «gemeinen, freien, christlichen, in deutscher Nation zu halten,» lehnen sie ab, weil der Papst und die andern Nationen in der Frage, wie und wo das Concil abgehalten werden soll, auch mitzusprechen haben. Doch wollen sie, wenn der Friede zu Stande gekommen ist, mit allem Fleiss beim Kaiser dahin wirken, dass das Concil in Deutschland abgehalten werde. Wie das Verbot der Neuerungen zu verstehen sei, ergebe sich aus dem Artikel von der Jurisdiction (Art. 5).

2) Der dritte Artikel von den «fremden Unterthanen» sei zum Frieden notwendig. «wo aber sonder und privatpersonen sich us eins teils oberkeiten und mit desselben wissen und willen an andere ort begeben wolten und desselben schein furlegten, auch doruf von der andern partei angenommen würden, soll disem art. zuwider nit verstanden werden.»

3) Den vierten Artikel verstehen sie so, dass die Protestierenden «nit weiter predigen, leeren, schreiben oder trucken sollen lossen, dan sovil ir bekantnüs und assertion vermag, derselben gemesz und nit weiter.» Das Verbot der Schmähungen verstehe sich für beide Religionsparteien.

4) Der fünfte Artikel von der Jurisdiction und den Ceremonien sei besonders schwierig; «aber nit destminder, domit guter frid und einigkeit bis zu kunftigen concilio erhalten, und so ferr die andern artikel und furschleg auch stattfinden und erhalten werden, so sind wir dest besserer hoffnung, disen puncten bi kais. mt. dermassen zu erlangen, das sovil belangt der prelaten jurisdiction gewonheiten und ceremonien, in der herzog zu Sachsen, landgraven zu Hessen und iren mitgewanten land und herschaften, desglichen auch der geistlichen güter an demjenigen, so jetzund vorhanden ist, bis auf nechst kunftig concilium nichts innoviert werden soll.»

5) Im sechsten Artikel sei der Ausdruck: «die im alten glauben verharren,» durchaus nicht beschwerlich aufzufassen; übrigens sei man bereit, ihn zu entfernen. Die Förderung des Concils seitens der Stände sei so zu verstehen, «das beide parteien neben kai. mt. und andern stenden des heiligen richs anhalten und sovil an inen, sich befeissigen und furdern sollen, das solich concilium zum schiersten es gesein mag, gehalten werde,» der Zuversicht, dass auch der Kaiser sein Möglichstes thun werde.

#### V. Gegenvorschläge der Protestierenden.

1) Die protestierenden Stände, bei deren Aufzählung (s. Beil. II) Nordhausen und Hamburg vergessen worden sind, wollen in Predigten und Schriften sich durchaus an die Augsburger Confession und Apologie halten, in Aenderung der Ceremonien jedoch sich nicht binden lassen.

2) Die Forderung des gemeinen, freien, christlichen Concils in deutscher Nation halten sie fest, mit näherer Erläuterung, was sie darunter verstehen:

<sup>1</sup> Gedruckt bei Walch XVI 2190.

Das Concil soll vom Kaiser ausgeschrieben werden, und zwar nach Metz, Köln, Mainz, Strassburg oder einer andern gelegnen Stadt; die Entscheidungen des Concils sollen nur auf Grund des reinen Gottesworts erfolgen, ohne Rücksicht auf die Entscheide früherer Concile oder auf Menschen-satzungen irgend welcher Art. Das baldige Zustandekommen eines solchen Concils wollen sie beim Kaiser fördern helfen.

3) «Und das es alle andere stend, oberen und potestaten mit annemung der gotlichen ler uf gedachter unser confession und apologi, ouch glichmes-sigen ceremonien und prüchen, bitz uf beriert gemein frei cristlichen concilium, wie wir, ungewegert und unverhindert ouch halten mogen, wie inen dan durch den abschied des reichstags zuo Speir, anno etc. 26 gehalten, nit benomen.» Man könne nicht dulden, dass andern Ständen die Möglichkeit, sich dem Evangelium anzuschliessen, entzogen würde, und bleibe bei dem Protest gegen den Speirer Abschied des J. 1529; «doch also, das dieselbige andere stend und oberen uber und wider obberierte unsere und der unseren confession und apologi auch kein nugerung, die solcher leren zuowider, anfohen oder fiernemen sollen, und in sonderheit der sacrament halben des leibs und pluts Christi und der touf, alles noch erklerung oft gemelter confession und apologien. und welche under uns oder berierten stenden oberen und anderen das anders in den houptpuncten anhängen oder nötigen sequelen zuo halten befunden, und dem zuowider öffentlich leren halten oder predigen wurden lassen, dem oder denselbigen wellen wier in solcher lere weder anhängig noch bistendig sein.

4) Es solt ouch kein partei seine underthonen umb des willen, das sie des anderen teils bekanten gloubens werend und sich aber sonst bei inen enderung usserlicher prüch enthielten, deshalben am lib leben oder guot nit strafend, wie dan bishar an vilen orten beschehen, nochdem dadurch solcher frid, ee dan durch wort, zerruttet werden möcht. so soll ouch uns und unser der gesanten oberen vorbehalten sein, wie wier uns ouch us cristenlicher phlicht schuldlig erkennen, uf bitten und ansuochen anderer inen prediger zuo erlauben.» Auch soll es jedem Anhänger der evangelischen Lehre, welcher unter einer altgläubigen Obrigkeit wohnt, unverwehrt sein, fortzuziehen und seinen Wohnsitz unter einer evangelischen Obrigkeit aufzuschlagen.

5) Keiner Partei soll gestattet sein, im Gebiet der andern predigen zu lassen ausser mit Genehmigung der Obrigkeit jenes Gebiets; «oder es reiset jemans von stenden unsers teils über land und liesse seinen prediger für iné und sein gesind in der herberg oder sonst predigen, oder so von uns samentlich oder sonderlich dises teils ein hilf mit leuten wider den Turken oder in anderen kai. mt. gescheften geschickt würden, den solt ouch, sie legen im feld oder sonst, nit verboten werden, für sich predigen und inen das sacrament noch der insatzung Cristi reichen zuo lassen; ouch domit das arm gemein cristenlich volk der gewissen halben dester mer ruwig und zuo stillen, das bis zuo orterung[?] obberiert cristenlich concilium under allen stenden und oberkeiten zuogesehen und nit verboten wurde, das heilig sacrament des libs und bluts Christi in beiderlei gestalts zuo enfahen.

6) Wier mugen ouch wol leiden, das kein parti die anderen mit worten oder werken nit schmehen, sonder sich in usserlichen dingen gegen einander

fruntlich halten, doch unbegeben sovil gottes wort und die heilig geschrift an ier selbs zuo strafend unrechter lere, ouch offentlicher laster, sünd und gotteslesterung zuolest, dan dorin wissen wier dem gotlichen wort keinen abbruch zuo thun noch derhalben jemans witer zuo verbinden, aber ouch sovil in anderen weltlichen hendlen einem jeden stand und undertonen von gemeinen rechten und billikeit noch gestalt seiner sachen mocht zuogelossen sein.»

7) Kammergerichtspersonen und andere Reichsbeamte sollen deswegen, weil sie sich etwa zum evangelischen Glauben bekennen, nicht angefochten werden.

8) Wegen der geistlichen Güter und Jurisdiction « und was den sachen der religion weiter directe oder consecutive anhengig ist, » soll kein protestierender Stand in der Zeit bis zum Concil angefochten werden. Alle darüber ergangenen Urteile und noch schwebenden Prozesse sind zu unterdrücken.

9) Jede Partei soll die ihren Klöstern und Stiftern zustehenden Renten, Zinsen, Zehnten, Nutzungen etc., welche im Gebiet der andern Partei liegen, ohne Schmälerung weiter beziehen.

10) Wegen der Türkenhülfe hätten die Gesandten in Regensburg näheren Befehl und würden sich namentlich, wenn ein gemeiner Friede aufgerichtet würde, « der pillikeit und unverweislich halten ».

Wenn der Friede bewilligt würde, so sollte der Kaiser auch möglichst Sicherheit für wirkliche Handhabung desselben geben.

#### VI. Antwort der Unterhändler auf das Vorige.

A) Erklären die obigen Gegenvorschläge der Protestierenden für unannehmbar.

Eine nähere Erörterung derselben sei fruchtlos. Namentlich seien folgende Punkte darin beschwerlich:

1) Dass im ersten Artikel das Wort « Apologie » neben der Augsbургischen Confession eingeschoben ist und dass in den Ceremonien Neuerungen gestattet werden sollen. Sie könnten nicht mehr bewilligen, als « das die ding, wie sie jetzo seien, bis zu nechstkünftigem concilio steen und beleiben sollen. »

2) Dass die Abhaltung des Concils in Deutschland verlangt wird. Diese Frage hänge nicht allein vom Kaiser, sondern auch von anderen Potentaten und Nationen ab.

3) Dass die Protestierenden die Ausdehnung des Friedens auch auf die künftig zu ihrer Lehre übertretenden Stände verlangen. Sie, die Unterhändler, hätten nur Befehl, mit Sachsen und dessen jetzigen Glaubensverwandten zu handeln.

4) Der vierte Artikel bezüglich der Unterthanen andrer Obrigkeiten sei « zum hochsten beschwerlich, auch dem Friden, den man bisher gesucht, ganz zerstörllich. » Er berühre die wichtigsten Regalien und Freiheiten der Reichsstände und sei auf keine Weise zu bewilligen.

5) Dasselbe gelte vom fünften Artikel.

6) Dass die Protestierenden im achten Artikel Aufhebung und Cassierung

der bisher in Religionssachen ergangenen Urteile verlangen, sei gleichfalls «hoch beschwerlich und nit zu erhalten.»

Sie bitten zum Schluss, obige Artikel fallen zu lassen, «damit die handlung durch dasjen, so wir genzlich besorgen, bei der kai. mt. nit zu erheben, nit in lengerung gezogen und anders dadurch verhindert werd.»

#### B. Neue Vorschläge der Unterhändler.

1) Der erste Artikel lautet wie im ersten Vorschlage (Beilage I nr. 1), nur mit dem Zusatz, dass die Unterhändler mit bestem Fleiss handeln wollen, dass die (in Beilage II) namhaft gemachten Stände «in diser handlung, so die ieren fiergang gewint, ingerumt und begriffen werden sollen.»

2) Wie Beilage I nr. 2, jedoch mit dem Zusatz, dass die Zwinglischen und Wiedertäufer, wenn sie ihren Irrtum aufgeben und die Augsburgische Confession annehmen, auch in dem Frieden einbegriffen sein sollen. Stehen sie aber nicht von ihrem Irrtum ab, so sollen die andern Stände «sie verlassen und hienfurter mit inen kein verstand, verbuntnus, fruntschaft noch verpflichtung haben noch annemen<sup>1</sup>.»

3) Wie Beilage I nr. 3, mit dem Zusatz wie in Beil. IV nr. 2.

4) Wie Beilage I nr. 4, mit dem Zusatz: «aber wol mogen die prediger ein jeder, wo es ihm eiget, die sund und laster corrigieren, strafen und anziehen<sup>2</sup>.»

5) Sie wollen beim Kaiser befürworten, dass die Kammergerichtspersonen, welche von Seiten protestierender Stände zum Kammergericht geordnet sind oder werden, wegen ihres Augsburger Bekenntnisses nicht angefochten werden sollen. Vgl. Beil. V nr. 7.

6) Bezüglich der geistlichen Jurisdiction, Ceremonien etc. soll «an demjenen, so jetzo vorhanden ist, bitz uf nestkunftig concilium nitzt innoviert werden.» Vgl. Beil. I nr. 5.

Den Artikel bezüglich der Renten und Zinsen geistlicher Güter (Beil. V nr. 9) hoffen sie in folgender Gestalt beim Kaiser zu erlangen: «Das einer jeder partei stiften prelaturen und klosteren iere zuogehorige gieter rent zins zehenden gült und nutzungen aus der churfursten fursten und stend des anderen teils furstentuom land herschaften oberkeiten und gepieten ungehemmet unverpoten und on alle behelf, wie es in bemelten stiften prelaturen und klosteren der religion halb uf jedem teil gehalten würt, an die ort, do dieselbig stift prelaturen und klosteren gelegen und dohien die von alters gericht sind worden und gefolgt haben, bitz uf verner versehung in vil bestimpten concilio hienfier ouch gereicht werden und volgen sollen; doch einem jeden churf. fursten stand und oberen on abbruch oder schmelerung iers furstentuoms gepiet und herschaften an den zuogehorigen eigentuom boden und grund und ander volg steur bot gült und ander oberkeiten und gerechtikeiten, wie ein jede das von alters harbracht; ouch der sonderlichen vertregen, verglichung und verstentnüssen, so hievor zwischen etlichen churfursten fursten und stenden solcher oder derglichen geistlichen zins zehend und gieteren halb gemacht und ufgericht worden, ganz unabbrüchlich und

<sup>1</sup> Vgl. Sleidan I 481.

<sup>2</sup> = züchtigen?



unschedlich. wier wellen aber daneben unseren ohem und vettern und seiner liebd verwanten fruntlicher und gnediger meinung anzeigen: dieweil in den fiergeschlagnen mitteln usgedruckt, das der geistlichen gieter halb nitzt innoviert werden soll, das wier der zuoversicht seind, obgemelter artikel der geistlichen rent, zins und gult halben angezogen, hab den verstand nit, wo etlich prelaten und ordensperschonen us ieren closteren entwichen, die ieren habitum nicht abgelegt und sich ierer regel hielten, noch in anderen fürstentoumen und herschaften etlicher zins oder gieter in besitz und gepruch werend und bitzhar empfangen, das dieselben dovon entsetzt werden solten; dan wo es den verstand het, besorgen wier, solchs wurd durch die kai. mt. fast beschwerlich angesehen, ouch nit zuo erheben sein.»

7) Wie Beilage I nr. 6, mit der näheren Erklärung wie Beilage IV nr. 5.

8) Wie Beilage I nr. 7, mit der Beschränkung, dass sich die Protestierenden den früheren und künftigen Reichstagsbeschlüssen wenigstens in soweit, als dieselben die Glaubenssache nicht berühren, unterwerfen sollen.

9) Was das Verlangen der Protestierenden nach möglichster Sicherstellung des Friedens von Seiten des Kaisers betrifft (Beil. V nr. 10), so hoffen die Unterhändler, dies beim Kaiser zu erlangen unter der Voraussetzung, dass der Friede in der obigen Weise zu Stande kommt, dass die Protestierenden dem Bruder des Kaisers als Römischen König unweigerlich Gehorsam leisten und dass sie alle gegen Kaiser, König oder andere Altgläubige aufgerichteten Bündnisse fallen lassen. Ohne Anerkennung der Römischen Königswahl sei überhaupt auf Erlangung eines Friedens gar nicht zu rechnen.

#### VII. Erwiderung der Protestierenden auf das Vorige.

Weisen die Vorschläge der Unterhändler als unannehmbar zurück und beharren auf den Forderungen in Beil. V, die sie noch des näheren begründen und verteidigen. Wenn auf dieser Grundlage der Frieden nicht zu erlangen sei, schlagen sie vor, auf den Speirer Abschied von 1526 zurückzukommen, wonach jeder Stand es in Glaubenssachen bis zum Concil halten soll, wie er es vor Gott und dem Kaiser zu verantworten getraut. Wenn die Kurfürsten auf ihren in Beil. VI vorgeschlagenen Mitteln wirklich zu verharren gedächten, so hätten sie sich Mühe und Kosten dieser Unterhandlung besser ganz ersparen sollen.

#### VIII. Die Protestierenden an die Kurfürsten von Mainz und Pfalz.

Beschweren sich, dass die Antwort des Kaisers auf die Anfrage der Unterhändler noch immer nicht eingetroffen ist, und dass sich die Verhandlungen dadurch so lange verzögern. Johann Friedrich könne nicht länger warten, da er zu seinem kranken Vater, dem Kurfürsten, reisen müsse, desgleichen Franz von Lüneburg und Wolfgang von Anhalt. Die Gesandten der andern Stände könnten auch nicht länger warten; «so tragen sich etzlicher unser herschaft halben sachen zuo, derwegen wier erfordert, zuom teil ouch an andere ort zu reisend verordnet, die wier empfangnen bevelch noch nit underlossen mogen». Bitten deshalb um Aus-

kunft, ob die Post vom kaiserlichen Hof nunmehr angekommen sei, und ob die Antwort des Kaisers Bedingungen für die Protestierenden erwarten lasse, die ihnen «der gewissen halb unbeschwerlich und zuo gemeinem christlichen Friden und ruw dinstlich» seien.

Wenn die Sache sich deshalb verziehe, weil der Kaiser «disen handel mit den stenden des reichs mochte beratschlagen und derselbigen rat hierinnen, wie uns dan glauplich anlangt, haben wolt,» so sei es besser, sich hier nicht länger aufzuhalten, sondern die Verhandlungen nach Regensburg zu verlegen.

**IX. „Ungeverlich mittel und furschleg, so us aller gehapter handlung und besonder us Sachsen, Hessen und ierer mitgewanten ubergeben schriften, auch muntlich inbringen, der streitigen religion fridlichen anstands halben gezogen, wie die an die kei. mt. gelangen soll[en].“**

1) Dass die Protestierenden — die wie in Beil. II und V namhaft gemacht sind — «uber die confession assertion und apologi, auch was denselben noch rechtem cristlichen billichen verstand gemesz, kein witer noch mer neuerung, ouch kein ceremonien, so derselben confession und apologie zuowider oder ungemesz, bitz zuo einem kunftigen gemeinen freien christlichen concilio, wie das uf dem erst gehaltenen reichstag zu Nurenberg beschlossen und zuogesagt, furnemen sollen; welchs conciliums halben die kei. mt. gebeten werden soll, sich zuo befleissigen, das es in teutschen landen gehalten werde. das ouch solich obgemelt concilium zuo procurieren und zuo halten, der obgemelt churfurst zuo Sachsen sampt sinem son, herzog J o h a n s F r i d e r i c h s, und dero mitgewanten getruen und guoten fleisz furwenden sollen.»

2) Der Artikel betreffend die Zwinglischen und Wiedertäufer wie in Beil. VI B nr. 2.

3) «Das ouch Sachsen und dero mitgewanten und die anderen stend des reichs kein parthi der anderen underthonen in sachen des gloubens an sich ziehen noch understeen soll zuo underhalten, anzuonemen, zuo schutzen oder schirmen wider des anderen willen. wo aber sonder und privat oder ander perschon, die sonst ierer perschon oder gieter wegen nit verhaft weren, oder do ein freier zug were, und die des gloubens halb hinder einer herschaft lenger nit pliben wolten oder konten, sover die nit ander ursachen und verschulden uf inen hetten, dem solt nit gewegert werden, uf sein ansuoehen bei derselben oberkeit und mit dero furwissen, [ouch gewonlich bezalung [der] nochstur<sup>1</sup> und anders, so er noch des orts geprauch schuldig were, hienweg hinder ander herschaft zuo ziehen, in welchem ouch kein geferd gepraucht werd. doch wellen Sachsen und iere mitgewanten durch dise abred niemans irs gloubens und confession halben iers teils nicht benomen noch abgestrickt haben.»

4) Die Protestierenden sollen nicht predigen, publicieren etc. lassen «witer oder mer, dan ier obgemelt bekantnüs assertion und apologi vermogen und denselben noch rechtem billichen christlichen verstand gemesz ist, und das weder ein noch die ander parti usserhalb ierer und ierer mitgewanten land herschaften und gepiet nit predigen oder zuo predigen verschaffen, es wer

<sup>1</sup> = Nachsteuer.

dan, ob einer oder mer fursten usserthalb ieren furstentumen herschaften und gepieten reiset, und inen zuo predigen durch die oberkeit jedes orts bewilliget; wo es aber gewegert wurd, das sie alsdan allein fur sich und die ieren in ieren herbergen predigen lossen mogen. wo es aber in feldzugen und lagern were, das witer unrat und widerwertikeit, so dar us zwispaltiger predig ensten mocht, zuo verhieten, von allen teiln die zeit nit mer dan das heilig evangeli schlecht noch dem text und on allen weitem zuosatz verkundt werde; aber das heilig sacrament des leibs und bluts Christi zuo jeder zeit, so es ier conscienz und notturft erfordert, inner und usser ieren furstentumen und gepieten sie und die ieren under beider gestalten zuo empfahen biz zu kunftigem concilio unbenomen sein soll.

Es wurd ouch fur billichen, ouch zu frid und einikeit dienlichen geachtet, das kein parti die andere mit reden predigen schreiben oder in ander derglichen wegen schelten soll; es mogen aber die prediger ein jeder, wie es im eiget und gepurt, die laster sund und unrecht leer in gemein durch cristlich meszig underricht on schmoch und schelten corrigieren, strafen und anziehen.»

5) Wegen der Kammergerichtspersonen wie Art. 5 in Beil. VI B.

6) «Mit der geistlichen jurisdiction sollen eins jeden orts in bemelter chur- und fursten zuo Sachsen und ier mitgewanten landen und gepieten in dem stand bliiben, wie es jetzo ist. desglichen ob ouch einich rechtfertigung am kaiserlichen chammergericht, dem hofgericht zuo Rotwil, Westfeligem gericht, dem Schwebischen bund oder sonst andern orten furgenomen, ob ouch urteil dorin ergangen, welchs zuo der execution noch nit komen, dieselben ouch biz zuo kunftigen concilio ufgeschoben und prorogiert werden.

7) Betreffend der geistlichen gieter und inkomen, do soll ein jeder bei dem seinen, das er jetzo hat und geprucht, pliben und gelassen und niemand mit gewalt oder trangsals durch den anderen entsetzt werden, es sei doch gelegen, wo es well.» (Bezüglich der Nutzungen, Renten, Zinsen etc., welche geistliche Stifter auf fremdem Gebiet geniessen, wird die Bestimmung aus Beil. VI B nr. 6 wiederholt).

8) Die Stände sollen in äusserlichen und weltlichen Sachen dem Kaiser und König Gehorsam beweisen, sich überhaupt in allem, was die Wohlfahrt der deutschen Nation betrifft, willig erzeigen, namentlich auch bezüglich der Türkenhülfe, ferner sich in Sachen, die den Glauben nicht betreffen, mit den andern Ständen auf den Reichsversammlungen vergleichen und dem, was daselbst verabschiedet wird, nachkommen.

9) Wenn der friedliche Anstand auf dieser Grundlage zu Stande komme, so werde der Kaiser ihn in bester Form vollziehen und versichern.

10) «Und domit der gemein man in disen laufen sovil dester basz zuo stillen, ouch der zwinglischen und widerteufer secten geschwecht und gedempt, ouch der fridlich anstand zuo erhalten, und besonder uf Sachsen und siner mitgewanten in diser handlung beschehen ansuchen und bitten, so sollt kei. mt. zum vllissigsten ersuoht und gepeten werden, domit us erzelten und anderen beweglichen ursachen dem gemeinen man us kei. milte und gnediger mitlidenlicher weis biz zuo kunftigen concilio ubersehen und nit verboten wurd, seiner gewiszne noch das sacrament des leibs und bluts Cristi under ainer oder beider gestalt zuo empfahen.»

X. „Ungefährlich mittel und furschleg, so Sachsen und Hessen sampt ieren mitverwanten übergeben, der stritigen religion fridlichen anstand betreffend, wie die an kei. mt. gelangt solten werden<sup>1</sup>.“

1) Dass die namhaft gemachten protestierenden Stände, unter denen jetzt auch noch Hall in Schwaben genannt ist, «und andere, die sich der bekantnus confession und apologi unsern heiligen cristlichen glouben belangend, zu Augsburg in schriften übergeben, ingelossen haben oder inlassen wurden, über dieselbig confession und apologien, ouch was denselben noch rechten cristlichen pillichen verstand gemesz und denen nit zuowider ist, kein witer noch mer nuerung in der ler mit schriben trucken oder in ander weg, ouch kein zeremonien, so der ler derselben confession und apologien zuowider oder ungemesz, bis zuo einem künftigen gemeinen freien cristlichen und hievor verabschidten concilio, in teutscher nation zuo halten, dorinnen allein noch gottes reinen wort zuo determinieren, furnemen wellen und umb ein solich frei cristlich concilium, ouch wie sie sich des durch ein sondere protestation erklet<sup>2</sup>, neben anderen stenden die Ro. kei. mt. desselbigen also furzenemen bitten sollen.»

2) Dass die Protestierenden denen, die von den Sacramenten der Taufe und des Abendmahls anders lehren und predigen, als die Confession und Apologie lehrt, nicht anhängig oder beiständig sein sollen. Im Fall aber, dass dieselben ihren Irrtum aufgeben und sich der Confession anschliessen, sollen sie auch in dem Frieden einbegriffen sein.

3) «Das ouch Sachsen und dero mitgewanten und die anderen stend des reichs keine parti der anderen underthonen oder verwanten, wil sie in des anderen oberkeit sind oder wonen, in sachen des gloubens an sich ziehen noch underston soll, zuo underhalten, zuo schutzen oder schirmen wider, des anderen willen. wo aber andere seszhaftige underthonen, die sonst noch herkomen oder durch recht frien zug hetten, des gloubens halb hinder einer herschaft lenger nit pliben wolten oder konten, sover die nit ander verwirkung uf in hetten, den solt nit gewegert werden, uf ier ansuochen bei derselben oberkeit und mit dero vorwissen uf gewonlich bezalung [der] nochstur und anders, so sie noch gepruch des orts schuldig weren, hienweg hinder ander herschaft zuo ziehen on straf, in welchem ouch kein geferd gebrucht werden soll; doch wellen Sachsen und iere mitgewanten durch dise abred niemans iers gloubens und confession halben iers teils utzit benomen, sonder einem jeden ier ler ierenthalt vorbehalten haben.»

4) «Es soll ouch weder ein noch die ander partie usserthalt ier und ierer mitgewanten land herschaft und gepiet nicht predigen noch zuo predigen verschaffen, es wurd dan durch die oberkeit doselbs mit ierem willen vergunstiget oder begert, oder es wer, das ein oder mer fursten usserthalt ierer furstentumen herschaften und gepieten reisen, und inen zuo predigen durch

<sup>1</sup> Auszug bei Sleidan I 481.

<sup>2</sup> S. Beil. V, 2. Auch in Dr. Brücks Vortrag v. 23. April (s. oben p. 117 Anm. 1) war ausdrücklich betont: wenn der Vertrag zu Stände komme, «so wurde man nichts underlossen, darbei und an enden, do sich das geburt, öffentlich zu protestieren, das kein ander concilium gemeint, von disem teil gewilligt sein wurd oder werd, dan das noch ierem gegebenem verstand cristenlich und frei sei. etc.

die oberkeit jedes orts bewilliget; wo es aber gewegert wurde, das sie alsdan für sich und die ieren in ieren herbergen predigen lassen mögen; oder es weren die fursten und herren uf einem reichstag, oder so sie oder iere mitverwanten samptlich oder sonderlich ein hilf mit luten wider den Turken oder in ander kei. mt. gescheften schicken, ouch nit verboten, das rein evangelium, wie sie das in ierer confession und apologi bekant, sittklich predigen und uslegen zuo lossen, ouch das h. sacrament des libs und bluots Cristi zuo jeder zit, so es ier conscienz und notturft erfordert, ouch usserthab ierer furstentum und gepieten, under peiden gestalten zuo empfähen, biz zuo kunftigen obgemelten concilio unbenomen und ungeweigert sein.» (Die Bestimmung, dass keine Partei die andere schmähen und schelten soll, wie im Vorschlag der Unterhändler Beil. IX, 4).

5) Ueber die Kammergerichtspersonen wie Beil. IX, 5, jedoch ausgedehnt auch auf die von andern als den Protestierenden ernannten Personen.

6) Bezüglich der Jurisdiction und der Prozesse wie Beil. IX, 6.

7) «Betreffend die geistlichen gieter und einkomen, do soll ein jeder, der an dem ort, dohien dieselben gieter und inkomen von alters geheren, bliben ist, bei dem seinen, das er jetzo hat und geprucht, gelassen, und niemans mit gewalt oder that durch den anderen entsetzt werden, es sei gelegen, wo es wol.» (Im Uebrigen wie Beil. IX, 7).

8) Wie Beil. IX, 8. Nur wird die Türkenhülfe unerwähnt gelassen und verlangt, dass während des Friedens «umb einicherlei sachen willen, sie belangen die religion oder kon. wal und die churf. f. und stend demselben darin anhengig, niemans vergeweltigt noch mit der that beschwert werd.»

9) Wie Beil. IX, 9.

10) Wie Beil. IX, 10, jedoch anstatt der Bezeichnung «der zwinglischen und widerteufer secten», die Worte: «die irtüm wider die gemeine sacrament der tauf und des nachtmals.» Ferner sind am Schluss die Worte «under einer oder beider gestalt» fortgelassen.

#### XI. Antwort der Kurfürsten von Mainz und Pfalz auf das Vorige.

Sie beschwern sich zunächst über die Aenderung des Titels der «gestelten mittel» und bitten «us etlichen beweglichen ursachen», den Titel, wie er von ihnen gestellt war (Beil. IX), zu belassen.

Im ersten Artikel seien die Worte «und ander, die sich der bekantnus etc. eingelassen haben oder einlassen wurden», eine beschwerliche Neuerung; man möge diese Worte fortlassen. Der Zusatz bezüglich des Concils, dass in demselben «noch gottes reinem wort determiniert werden soll», müsse wegbleiben; denn es könne hier «dem concilio in solchem kein mosz gegeben werden,» und auch die «protestation» könne unerwähnt bleiben.

Im zweiten Artikel bitten sie «umb bessers verstands willen» die Bezeichnung «zwinglisch und wiedertäufer» wiederherzustellen.

Den dritten Artikel bitten sie so anzunehmen, wie er von ihnen (Beil. IX) vorgeschlagen sei, desgleichen den vierten Artikel; «wolt es aber je beschwerlich angesehen werden, soll demselben articul anhengt werden, wes betrifft das predigen in feldlegern, wie das durch unseren ohem und vetteren und

sein zuogewant geendert ist, und der reichstag halben, das es gehalten wurd, wie von dem reisen uber feld gemelt.»

Auch im fünften Artikel bitten sie, den beantragten Zusatz wieder zu beseitigen, weil es beschwerlich sei, «ander oberkeit in solchem masz zuo geben.» Dasselbe verlangen sie bezüglich des Zusatzes im siebenten Artikel.

Was den achten Artikel betrifft, so wollen sie «ier mt. berichten, wes ursach ir l[iebden] und ier verwanten den articul, die Turkenhilf belangen, gemiten haben<sup>1</sup>.» Die Königswahl, bitten sie, hier ausser Spiel zu lassen, da die Protestierenden ja selbst gesagt hätten, «das sie der wal halben sich witer inzulassen nit bevelch», und da der Kaiser seinerseits bewilligt hätte, die Glaubenssache und die Wahlsache gesondert zu behandeln. Den zehnten Artikel möge man so lassen, wie er in ihrem Vorschlage (Beil. IX) gestellt sei, denn die vorgenommene Aenderung könne «als vergriffenlich und witleufig usgelegt werden.»

## XII. Erwiderung der protestierenden Stände auf das Vorige.

Sie beharren unter Verweisung auf die schon früher vorgebrachten Gründe bei ihren Vorschlägen (Beil. X), mit Ausnahme des achten Artikels, in welchem sie auf die Einschlebung des Passus bezüglich der Königswahl verzichten. Sie bitten nochmals, die Unterhändler möchten diese Vorschläge beim Kaiser befürworten; sie selbst wollen inzwischen auch an ihre Oberen berichten, welche «on zwifal dise sachen mit hochstem fleisz und ernst mitler zeit witer bewegen werden, was sie mit guotem gewissen mer thuon konden.» Den

<sup>1</sup> Die Ursache ergibt sich aus Dr. Brücks Vortrag vom 23. April (s. oben p. 117 Anm. 1). Danach war bei den Protestierenden die Ansicht, dass die Türkengefahr gar nicht so unabwendbar sei, sondern dass es bei König Ferdinand stehe, das Reich davon zu befreien. Vgl. oben p. 111. Es heisst in dem Vortrag: «Nuon wolten wier dovon nit reden, was rechts oder unrechts konig Ferdinand gegen ko. Hansen, den man den Weida nent, habe, desglichen herwiderumb; dan wier wolten ko. Ferdinandi gerechtikeit durch dise unsere anzeigen gar nit geschmelert, auch des Weidas sachen nit gerechtvertigt haben; man sehe aber wol, das sich der Turk von ko. Hansen wegen weiter intreag und sich desselbigen wider ko. wurde anneme, und wo dorin nit insehens geschehen wurd, stunde dem reich teutscher nation ewigs verderben doruf. wan nuon glich kon. wurd die gerechtiste sache hette, wer doch die grosz ungelegenheit und unrat, so dem reich dorus volgen mocht, zuo erwegen und des schweren und schier unmöglichen widerstands halben gegen dem uberschwenklichen gewalt des Durken zuo bedenken, nit das wier jemans mosz oder wis gebend, wie uf bequeme mittel, derglich wol etzliche — wie geredt wurd — in underfangen underhandlung solten fergeschlagen werden, und die ouch noch gelegenheit des handels nit so gar untreglich gewest seind, solcher untreglicher last abgewendt und die teutsch nation derselben zuovorderst entladen mocht werden: so wurd ouch geredt, wie sich der Weida vernemen het lassen, wo man sich Ferdinandi nit annemen und frid mit im haben wurd, wiste er die weg zuo furderen, das sich der Durk uf ein zeit von jaren frid anzuonemen hegeben wurd, wie dan dovon den churf. und anderen, als man hort, von dem Weida abschriften zuokomen weren. dwil es dan die gelegenheit hett, so der konig anfacht, das der Durk den Weida erretten wil, dardurch er dan uf die teutsch nation gezogen und gereizt, und die stend des reichs werden fremder handel halb, damit dem reich teutscher nation weder ab noch zuo get, in gefar und beschwerung gesetzt, dan alsbald der ko. utzit gegen den Weida fiernimpt, so wurt der Turk verursacht, und miessen alsdan alle stend einer fremden sachen halb beschwerung und entlich verderben gewarten.» Deshalb bäten die Stände, der Kaiser möge die Sache vermitteln, damit das Reich verschont bleibe.

Vorschlag der Unterhändler, die Verhandlung am 3. Juni in Nürnberg wieder aufzunehmen, acceptieren die Gesandten unter Vorbehalt der Einwilligung ihrer Oberen.

XIII. „Abscheid zu Schweinfurt zinstag nach quasimodo [April 9] a. etc. 32, die eilend und beharlich hilf zur gegenwere belangend.“<sup>1</sup>

nr. 120. Die zum Schmalkaldischen Bunde gehörigen Stände sind über die Ver-  
 Beil. XIV. fassung der Gegenwehr auf Grund der Frankfurter Beratungen schlüssig  
 geworden. Es sollen deshalb vier Originalurkunden der Verfassung ange-  
 fertigt und von Sachsen, Hessen, Strassburg und Lübeck versiegelt werden ;  
 p. 99. bei denselben Ständen sollen sie dann auch deponiert bleiben. Da aber die  
 Sächsischen Städte noch immer die Bewilligung einiger Artikel der Verfassung  
 verweigern, so wird ihnen ein Tag auf den 15. Juni zu Braunschweig anbe-  
 raumt, «sich alda der gebrech, so sie furgewent, entlich on witer hinder-  
 sichpringen zu verglichen und zu besliessen, angesehen, das vast beswerlich  
 ist allen stenden, dermassen in ufzug zu sten, und im fall, so sich mitler zit  
 etwas zutragen sollt, wurde darus noch mer beswerung volgn.» Herzog Ernst  
 von Lüneburg soll in eigner Person den Tag zu Braunschweig besuchen  
 und alles aufbieten, um die Städte zur Annahme der Verfassung zu bewegen.  
 Lübeck soll womöglich sofort in Braunschweig die Verfassungsurkunde  
 besiegeln. Der Beitrag der Sächsischen Städte soll in Magdeburg hinterlegt  
 werden. Die Hauptleute (Sachsen und Hessen) sollen demnächst mit den  
 Kriegsräten zusammenkommen, damit sie sich gegenseitig auf die Verfassung  
 vereidigen. Johann Friedrich soll für die nächste Zeit die Hauptmann-  
 schaft führen und nötigenfalls die Kriegsräte berufen. Ueber die Höhe  
 der Bestallung des obersten Hauptmanns im Kriegsfall ist eine Einigung noch  
 nicht erzielt; Sachsen und Hessen verlangen, dass demjenigen von ihnen, der  
 in Kriegszeiten die oberste Hauptmannschaft ausübt, 1500 fl. monatlich zu  
 Unterhaltung seiner «Tafel», seiner Offiziere, Schreiber etc. gegeben werden.  
 Die Stände dagegen wollen nur 1200 fl. geben. Die Entscheidung wird auf  
 den Braunschweiger Tag verschoben; die oberländischen Städte geben dem  
 dortigen Entscheid von vornherein ihre Zustimmung. «Act. zinstags nach  
 quasimodogeniti a. etc. 32.»

*Weitere Verhandlungen mit den Sächsischen Städten über die  
 Verfassung. (Juni—November.)*<sup>1</sup>

Die Braunschweiger Tagung fand, wie anberaumt, im Juni unter Herzog Ernsts Leitung statt, führte aber nicht zu der ersehnten Einigung. Am hartnäckigsten zeigte sich Lübeck<sup>2</sup>, das die Zahlung seines Beitrags „zur eilenden Hülfe“ rundweg verweigerte und von irgend einer genaueren Festsetzung der im Kriegsfall zu leistenden Hülfe

<sup>1</sup> Es sei gestattet, diesen Excurs hier gleich anzuschliessen, weil die im Str. St. Arch. AA 443 vorhandenen Actenstücke über diese Dinge — Copien von Sturm und Jacob Meyer — sonst in Briefen oder Berichten von oder an Strassburg nirgends erwähnt werden und deshalb keinen Anhalt gewähren, wo man sie einschalten soll, während die Instruction zum Schmalkaldner Tage (Juni 1533) sie bereits als bekannt voraussetzt.

<sup>2</sup> Vgl. Waitz Wullenwever I 151 u. 152.

nichts wissen wollte. Als Entschuldigungsgrund führte es seinen Krieg mit Dänemark an, welcher grosse Opfer erfordere. Die übrigen Städte, Goslar, Magdeburg, Bremen, Braunschweig, Göttingen und Einbeck, erklärten sich wenigstens bereit, den nach der Verfassung auf sie entfallenden Beitrag zur Bundeshülfe<sup>1</sup> für einen Monat in Braunschweig<sup>2</sup> zu erlegen; den Beitrag für den zweiten Monat dagegen, welcher einem Frankfurter Vorschlage gemäss gleich mitbezahlt werden sollte, schlugen auch sie ab; erst im Augenblick wirklicher Gefahr wollten sie — Göttingen und Einbeck indessen ausgeschlossen — den zweiten, und je nach Bedürfnis den dritten bis fünften Monat bezahlen. Für längere Zeit wollten sie keinerlei bestimmte Verpflichtungen eingehen, sondern wünschten, falls die eilende Hülfe von 5 Monaten nicht ausreichte, die Berufung einer Ständeversammlung, auf der dann unter sorgfältiger Berücksichtigung des Vermögens der einzelnen beschlossen werden sollte, in welcher Weise weiter zu helfen wäre. Darin lag zugleich eine Ablehnung der sogen. „beharrlichen Hülfe“. Uebrigens erklärten die Städte ausdrücklich, dass sie es für unthunlich hielten, auf weite Entfernungen hin Hülfsstruppen zu schicken. Die beste Art, wie die Städte im Fall eines allgemeinen Krieges ihre Bundesgenossen unterstützen könnten, bestände darin, dass sie den Feinden die Thore verschlössen und den Proviant versagten.

p. 94.

Herzog Ernst theilte diese Erklärungen den in Nürnberg versammelten Bundesständen mit, welche darauf eine neue Tagsatzung zu Braunschweig auf den 15. August anberaumten. Lüneburg sollte daselbst nochmals versuchen, die Städte zur Annahme der Verfassung zu bewegen. Für den Fall, dass dies wieder misslänge, entschlossen sich die Stände am 9. Juli zu folgenden Zugeständnissen: Die eilende Hülfe soll von den Ständen auf nicht länger als fünf Monate bewilligt werden können. Den Ständen, welche sich beschwerten, die Hülfe gleich auf zwei Monate zu erlegen, soll gestattet sein, zunächst nur einen Monat zu bezahlen, doch mit der Bedingung, dass sie, sobald das Geld des einen Monats angegriffen wird, sofort das Geld für den folgenden Monat erlegen. Ferner verzichten die Stände darauf, „den fall der gewaltigen oder beharlichen hilf jetzt zu specificieren“; vielmehr soll, wenn die fünfmonatliche eilende Hülfe nicht ausreicht, — sei es wegen längerer Dauer des Krieges oder wegen eines zu übermächtigen Angriffs — eine Ständeversammlung berufen werden, um zu bestimmen, „wie man solche ilend hilf sterken und dermossen verfassen moge, damit dem gegengewalt statlich begegnet, die ilend hilf nit vergeblich und man mit schimpf spott schaden und verlust von den dingen müst abstehn.“ Diese Zugeständ-

nr. 191.

<sup>1</sup> Nach der Verfassung (s. oben nr. 120 und 121) hatten die Sächsischen Städte zusammen 17500 fl. an der grossen Anlage und 1750 fl. an der kleinen zu zahlen. Damit stimmt nun gar nicht die Verteilung, welche sie unter sich vorgenommen hatten (AA 443). Danach sollte nämlich zahlen: Lübeck 4000, Magdeburg 4417, Braunschweig 4417, Goslar 2067, Göttingen 1067, Einbeck 767, Bremen 4017: Summa 20752 fl., während an kleiner und grosser Anlage zusammen nur 19250 fl. wirklich gezahlt zu werden brauchten.

<sup>2</sup> Nicht in Magdeburg, wie vorgeschlagen war.



nisse bedeuteten eine Erfüllung fast aller Forderungen der gemässigten Sächsischen Städte.

nr. 191. Noch unmittelbar vor Ende des Nürnberger Tages, am 23. Juli, verschoben die Stände „us redlichen ursachen“ den Termin des Braunschweiger Tages bis auf den 3. September. Ein gleichzeitig in Aussicht genommener allgemeiner Bundestag in Schmalkalden wurde ebenfalls verschoben, und zwar auf den 29. September. Ende August erfolgte dann eine abermalige Vertagung, welche Johann Friedrich in einem Brief an den Landgrafen damit motivierte, dass die Lübecker geschrieben hätten, es sei ihnen zur Zeit unmöglich, den Tag zu beschicken; zudem seien auch in Sachsen durch den Tod des Kurfürsten Johann Umstände eingetreten, welche die Abhaltung der Versammlung erschwerten. Der Braunschweiger Tag sollte demnach am 11. November stattfinden, während die Schmalkaldner Zusammenkunft auf unbestimmte Zeit vertagt wurde.

XIV. „Notel der verfassung zuo der gegenwer, uf dem tag zu Schweinfurt mitwoch nach ostern [April 3] a. etc. 32 beschlossen.“<sup>1</sup>

nr. 23. Kurfürst Johann von Sachsen, sein Sohn Johann Friedrich, die Herzöge Philipp, Ernst und Franz von Braunschweig und Lüneburg, Landgraf Philipp von Hessen, Fürst Wolfgang von Anhalt, die Grafen Gebhart und Albrecht von Mansfeld, die Städte Strassburg, Ulm, Constanz, Esslingen, Reutlingen, Memmingen, Lindau, Bibrach, Isny, Lübeck, Magdeburg, Bremen, Braunschweig, Goslar, Einbeck und Göttingen bekennen und thun kund, dass sie nach Abschluss ihres zum Schutz des evangelischen Glaubens aufgerichteten Bündnisses für notwendig und gut erwogen haben, «das wier in disen sorgfeltigen schwinden und schweren leifen [uns zu] einer verfassung zuo ile n d e n<sup>2</sup> rettung und gegenwer, welche so lange zeit und bestand haben soll, als wier uns des cristenlichen verstantnusz vereinigt und vertragen, wie dan solichs in der einigungsverschribung clar zuo vermerken und zuo befinden ist, ouch desglichen zuo einer beharlichen<sup>2</sup> hilf und nochtruck, so vil muglich und gott der almechtig gnod verlihen wil, geschickt und verfast machen möchten. demnach haben wier uns mit einander etzlicher artikel einmietiklich vertragen, verbunden und verpflichtet, und thuon das in namen des almechtigen hiemit wissentlich in craft diser verschribung vor uns, alle unsere erben und nachkommen, als harnoch volgt:

Anfenglich und zuom ersten soll dise verfassung keiner anderen gestalt ursach oder meinung, dan allein zuo gegenwer und rettungswis und zuo entschuttung unpillichs gewalts unser ouch unser unterthanen und verwanten im fall, do wier von wegen der christenlichen pillichen und rechtmessigen sachen, dovon unser cristenlich verstantnusz melden thuot, von jemans wolten uberzogen vergeweltiget oder sonst in ander weg, doch umb obgemelter sachen willen<sup>3</sup>, beschwert werden, gemeint und zuo versten sein.

<sup>1</sup> Obwohl von den Sächsischen Städten nicht bewilligt, ist diese Notel doch für die übrigen Stände massgebend geblieben, bis sie Ende 1535 die veränderte Gestalt erhielt, welche in der (bei Hortleder etc. gedruckten) Ausf. v. 29. Sept. 1536 vorliegt.

<sup>2</sup> Von anderer Hand (?) durch ein  eingeklammert.

<sup>3</sup> Diese sowie die weiterhin cursiv gedruckten Worte sind von anderer Hand hinzugefügt.

Zuom anderen, wan und so oft die ainigungsverwanten *also* zuosamenkomen oder schicken und sich der sachen halb, darauf dis verstentnus steet, underreden wollen, so soll aller ainigungsverwanten oder ierer geschickten bedenken gehort werden, nochdem got dem letzteren oftermols eingibt, das er dem ersten verpirgt und sich alweg also understeen, in der versamlung einer einhelligen meinung fruntlich und gietlich zuo verglichen. ob sichs aber begeb, das man sich also in der versamlung einhelliglich mit verglichen moecht, alsdan [soll] solche verglichung durch nochbemelte stimen gemacht werden, aber glichwol sollen, als hernoch gesetzt wirdet, nit mer dan neun stimen sein, die in den fierfallenden sachen entlich sollen zuo beschliessen haben, auch die gemelten stimen ausgeteilt werden, wie harnach volgt: namlich der churfurst zuo Sachsen zwo, die herzogen zu Brunzweig und Lunenburg sampt furst Wolfgang und den graven zu Mansfeld eine, und der lantgrof zuo Hessen zwo, und dan die erberen frei reichs und hanstette vier stimen, namlich die oberlendischen stet, als Straszburg und Ulm, zwo, und die Sachsissen und seestet *ouch zwo*, als Lubeck und Bremen eine, und die anderen Sachsischen stet der einigungsverwanten *ouch* eine. domit aber in den stimen, *ouch* mit den fragen in angezeigter unser der ainigungsverwanten versamlung ordnung gehalten werd, so sollen wier, herzog Johans zuo Sachsen churfurst etc., dwil uns *ouch* sonst die umbfroh im reich zuosteet, oder unsere rete umbzuofrogen haben, und so aller stend der einung oder ier geschickten bedenken gehoert, sollen darnoch dieselben stend oder iere geschickten, so den neun stimmen verwant, ein jeder teil mit denen, so zuo der stim geherig, zuosamen gon, und was durch die neun stimmen beschliessen und fur das best erwogen wurd, dobi soll es pliben. ob sich aber die neun stimen einer *einhelligen* einigen<sup>1</sup> meinung nit verglichen mochtend, so soll doch der merer teil under inen zuo beschliessen macht haben.

Zuom dritten, dwil zweierlei hilf zuo verordnen, als ein ilende und beharliche, in diser handlung fur hoch notturftig bedocht, so soll die ilend hilf, domit die allen einigungsverwanten trostlich und nutzlich, uf 2000 zuo ros und 10000 zuo fuosz bestellt, auch sollen wier einigungsverwanten zuo erhaltung solichs kriegsvolk uf trinitatis schierst [Mai 26] ein suma gelts, wie harnoch genant wurt, nemlich wier der churf., fursten, grafen und herren anlag gon *Winnar* (Koburg) und Kassel, und wier die oberlendischen stet zuo Ulm, und wier die Sessischen und seestet zuo *Brunschweik* (Madenburg) alles bei burgermeister und rat doselbs gewiszlich hinderlegen, und sollen hauptleut und kriegsrete von angezeigten stetten versicherung nemen, domit dieselben ierer mit solcher hinderlegter suma gewarten und die uf ier samptlich oder des mereren teils erforderen *uf gepurlich quitung* volgen lossen. und domit in diser cristenlichen und eerlichen verstentnus ein jeder wissen mag, was er in diser anlag und hilf hinderleg, was er *ouch* zuo der beharlichen hilf, so es die notturft erforderet, erzeigen soll, so sollen wier, churf. zuo Sachsen, die herzogen zuo Brunzweig und Lunenburg, lantgrof zuo Hessen, furst Wolf zuo Anhalt und die beid grofen von Mansfeld 70000 gl., desglichen all oberlendisch (und niderlendisch) *sechsisch und seestet ouch* 70000 gl. an munz, als 21 misznisch groschen 26 wiszpfenig 15 batzen fur

<sup>1</sup> • einigen • ist mit einem  eingeklammert.

1 gl. gerechnet, uf die vorbenente zeit und platz erlegen, namlich 52000 gl. uf 2000 reisig sampt den ubersolden 2 monat, 88000 gl. uf 10000 knecht sampt den ubersolden ouch 2 monat, alles ungeverlich uberschlagen, doruf dann wier die gemelten stend solche suma under uns algereid und was einem jeden in darzuolegen geburt, vereiniget. wan es ouch als harnach volgt, dohien keme, das in der il ein einigungsverwanter dem anderen — der oder die belestiget — under uns uf aller stend gemeinen costen zuoziehen wurd, so soll alweg ein reisiger fur 3 fuoszknecht gerecht werden. wurd sich aber zuotragen, das ein reisiger den monat umb 10 gl. zuo bestellen, uf den fall soll ein reisiger fur 2 $\frac{1}{2}$  zuo fusz geachtet und verglicht werden. und domit dise einigung dester bestendiger pliben mocht, so haben wier uns entschlossen, das wier von der ganzen versamlung 9 kriegsrete verordnen sollen, wie noch gemelt: namlich wier der churf. zwo, wier die fursten von Prunzwig und Lunenburg, furst Wolf von Anhalt und beide grofen von Mansfeld einen, und wier lantgrof Philipps zuo Hessen zwen, ouch wier die oberlendischen zwen, und wier die niderlendischen stett ouch zwen, doch bescheidenlich und also: so wier herzog Johan Friderich der hauptmanschaft unsers halben jars in verwaltung haben werden, sollen wier der churfurst dieselb zeit uber nit mer dan ein kriegsrat verordnen; in glichnus sollen wier, lantgrof Philips, in zeit unser hauptmanschaft ouch nit mer dan ein kriegsrat von den unseren geprauchten, und sollen solche kriegsrete von jedem stand, der sie verordnet, den zweien hauptleuten, dovon hernoch meldung geschicht, namhaftig angezeigt werden, welche kriegsrete zuo jeder zeit der notturft durch den regierenden hauptman uf einen namhaftigen platz noch der sachen gelegenheit geforderet werden, do sie auch zuo erschinen bi ierer pflicht schuldig sein sollen, von allen sachen notturftlich zuo handeln und zuo ratschlagen, ouch zuovor des hauptmans bedenken flissig und getulich zuo heren; und so man sich also in gemein mit dem hauptman verglichen kan, soll dasselb geschehen; ob es aber fierfallen wurd, das sie sich dermossen in gemein oder durch das merer nit verglichen, soll alsdan der zuofall bei dem hauptman ston, dobei es ouch entlich pliben soll, und was also durch den mereren teil, als den hauptman und kriegsrete, oder aber, so sie glich stimen hetten, durch den zuofal des hauptmans beschlossen wurd, das soll der hauptman trulich usrichten on allen verzug und verhinderung und fur sich selbs usserhalb der kriegsrete beschlusz, ouch anderer meinung, dan wie vor angeregt ist, nichts fierzuonemen noch zuo thun haben.»

Hauptleute und Kriegsrate haben sich den vereinigten Ständen durch einen Eid zu verpflichten, dass sie ihnen hold, treu und gehorsam sein und ihr Amt nach bestem Wissen und Gewissen versehen wollen. Wenn einer der Hauptleute stirbt, so hat der Kurfürst von Sachsen binnen Monatsfrist die stimmführenden Stände und die Kriegsrate zu berufen, um einen neuen Hauptmann zu wählen, und zwar soll «von dem hauptman vleissig und trulich mit den kriegsreten geratschlagt und gehandelt werden; ob sie sich aber solichs hauptmans also im gemeinen ratschlag nit verglichen moechtend, sollen sie den durch die stimen mit den kriegsreten sonder den anderen darneben gesanten reten befolen sein<sup>1</sup>.» Wenn ein Kriegsrat stirbt oder durch «ehafte»

<sup>1</sup> Sinn? Es scheinen durch Versehen des Schreibers ein oder mehrere Worte ausgefallen zu sein.

verhinderung sein Amt nicht verwalten kann, soll von dem Stand, der ihn verordnet hat, alsbald ein anderer ernannt werden.

Zu Hauptleuten sind erwählt: Herzog Johann Friedrich von Sachsen und Landgraf Philipp von Hessen. Damit nun diese über die ihnen zustehende Gewalt Bescheid wissen, und damit keine Irrung deswegen vorfällt, sind folgende Artikel vereinbart worden:

Die Gegenwehr soll überhaupt nur in Anwendung kommen, wenn ein oder mehrere Bundesstände «umb ursachen willen, davon unser cristenlich verstantnus meldung duot», angegriffen werden oder wenigstens von einem Angriff unmittelbar bedroht sind. Das hinterlegte Geld soll geteilt und jedem Hauptmann die Hälfte zugeordnet werden, um im Fall der Not Gebrauch davon zu machen. «und sollen demnach dieselben zwen hauptlut, die wier zuo der ilenden hulf erwelt und verordent, ein jeder eintusent zuo ros z und 5000 zuo fuosz fremds togenlichts kriegsvolk bestellen, dieselben in furstender not zuo erforderen, ouch ier underhouptleut us beiden als oberlendischen und Sachsissen kreissen bestellen und annemen, domit man in zuofallenden sachen und handlungen diejenigen haben und bruchen mog, so der landsart und leut gelegenheit, ouch wesens und bruchs, kund und bericht sind. es soll ouch ein hauptman umb den anderen jeder ein halb jor die forderung der kriegsret und alle andere zuosamenforderung zuo thun haben; namlich soll herzog Johans Friderichs houptmanschaft und gewalt, auch die zeit des ersten halben jars uf sant Johans des teufers tag schierst kunftig [Juni 24] angon und bestand haben bitz uf den h. cristag volgend, soll lantgraf Philipps zuo Hessen houptmanschaft und gewalt ieren anfang haben und sich bitz wider uf sant Johans des teufers tag erstrecken. es sollen ouch die kriegsrete alweg die erklerung tuon, an welches ort man ziehen soll, oder ob an zwei oder mer ort soll gezogen werden. wan ouch der hauptman in sinem halben jor die ursachen befind, derhalben er achtet, das die kriegsret zuo erforderen und dovon zuo reden, ob die not vorhanden, das die ruter und knecht angenommen und zuo der gegenwer gegriffen solt werden, soll er alsdan den anderen hauptman dozuo ouch erforderen, welcher ouch durch sich selbs oder aber durch volkommenen bevelch erschienen soll und dozuomal durch eintrechtigen beschlusz der zweier hauptleut und acht kriegsret oder durch das merer us denselben mit ganzem fleisz bewegen, ob die ursach der gegenwer vermog der einigung vorhanden sei. so es dan die gestalt und gelegenheit erfordert, so sollen die hauptleut im namen gottes macht haben, das hindergelegt gelt anzuogripen und jeder sinen anteil der ruter und knecht ufzuopringen und noch vermog der verfassung handeln. so ouch die zwen hauptleut und die acht kriegsrete sich harin nit verglichen oder ein merers machen wurden, soll der hauptman desselben jors macht haben, ein zuofal zuo geben, dorbei es ouch entlich pliben soll. es soll ouch uf den fal derselb hauptman furter macht haben, uns die churfursten, fursten und stende umb ein merer dorlegung zuo underhaltung solcher ilenden hilf zuo erforderen und wier, die churfursten fursten und stend, sollen dasselb also von stund on sumnus erlegen, ouch in dem uf ander nit verziehen oder warten. welcher aber in dem sumig wurd, soll noch erkantnus der kriegsrete dorumb zimlich gestraft werden. got dan der zug uf Sachsen oder das Sechsichs, Westfelisch oder niderlendisch ertrich, und sie die

hauptleut beid mit der anzal, wie benent, der fremden ruter und knecht, zu der ilenden hilf verordent, zuosamensetzend und solchs von den kriegsreten mit beschlossen wurd, sollen wier herzog Johan Friderich oberster sein, und wier lantgrof Philipps seiner lieb unser angenomene ruter und knecht zuoschicken[?]. got aber der zug uf Hessen oder uber den Mein uf die stend des Rinischen, Schwebischen rechtens ort, so sollen wier, lantgrof Philips, oberster sein, und wier, herzog Hans Friderich, sollen seiner lieb unsere angenomene ruter und knecht zuofertigen. so aber jeder hauptman an sinem ort den krieg fieren [würde], soll noch ermessen der kriegsrete und, so es not, des hauptmans zuofall jeder hauptman die stend, so in sinem kreis sind, mit bewilligung der kriegsrete zuom teil oder mit ganzer macht ufzuofordern, ouch uf das fremd kriegsvolk, dasselbig zuo erhalten, witer anlag mit gelt zuo thun macht haben. es sollen ouch die stend der einigung solcher ufforderung ouch anlag zuo gehorsamen schuldig sein. so soll ouch uf den fall jeglichem hauptman von den neun stimen ein sonderlicher kriegsrat, namlich 8 perschonon, zuogeordenet werden, und sollen sonst alle ding lut der verfassung gehandelt werden. so aber beid hauptleut mit dem fremden kriegsvolk, ouch mit dem ufnemen der stend und der ganzen gewaltigen oder beharlichen hilf noch bewegnus der kriegsrete zuosamenstossen wurden, do dan ein regement sein miest, soll alsdan ein oberster hauptman us uns, den drien fursten, namlich herzog Johans Friderich zuo Sachsen, herzog Ernsten von Lunenburg oder lantgrofen Philippen zuo Hessen, so im feld zuogegen werend, erwelt werden, und doch ein jeder der beider voringen hauptleut uber sine versamleten dusent pferd und 5000 zuo fuosz und uber fursten grofen herren ritter knecht und underthonen seins hufens und lantschaft hauptman pleiben, doch also das er dem obersten hauptman, was der befolcht oder handelt, mit vorgethanem beschlusz siner geordenen kriegsret, in allweg gehorsam zuo leisten, schuldig und gewertig sein sol.» Dieser oberste Hauptmann soll nach gütlicher Uebereinkunft der von den Ständen gesandten Befehlshaber ernannt werden; können sich diese aber nicht einigen, so soll die Wahl durch die neun Stimmen oder die Majorität unter diesen erfolgen. Der Erwählte soll die Annahme der Wahl nicht verweigern. «und so sich zuotragen wurd, das sich der huf wider teilen miest, soll alsdan der oberst hauptman noch rat und bedenken seiner kriegsrete den haufen, so an andere ort ziehen wurd, mit einem dogenlichen hauptman zuo fursehen macht haben, doch obgemelter meinung unvergriffenlich.»

Die beiden Fürsten von Sachsen und Hessen als Hauptleute beanspruchen für ihre Mühwaltung nur in Kriegszeiten eine Entschädigung, und auch dann nur eine mässige. Die Kriegsräte werden in Friedenszeiten von den Ständen, welche sie ernannt haben, besoldet; im Kriege erhalten sie von Bundes wegen eine Besoldung.

«Es soll ouch sonst ein suma gelts, namlich 7000 gl., uf sondag trinitatis [Mai 26] zuo handen der hauptleut, namlich jeder die helft, nach obangezeigten anschlag der grossen suma erlegt und geantwort werden, dovon notturftige kuntschaft zuo machen, underhauptleut zuo roszt und zuo fuosz zuo bestellen, schriber zuo underhalten, botschaften und sonst alle andere notturft zuo derglichen sachen uszuorichten, dovon der hauptman alle jor sant Johans des teufferstag den stenden der nün stimen rechnung tuon und,

was uberig ist, zuo verner notturft behalten [soll]; wurde aber doran mangel, so sollen wier von stund an solchen mangel, desglichen ein new anlag innerhalb des nesten monats, nochdem so es der regierend hauptman anzeigt, entlich erlegen. es soll ouch der hauptman mit rat und wissen der zuogeor-denten 8 kriegsreten umb mer underhoptleut uber reuter und knecht, wie vor gemelt, handeln und, so sie sich umb zimlich wartgelt wellen bestellen lossen, nach gelegenheit der zeit perschonen und sachen zuo beschliessen haben. es soll ouch ein jeder oberster hauptman, so jetzt verordnet, nit lenger dan uf ein jor bestellt werden und bei uns einigungsverwanten ouch bei den hauptmannen steen, den oder dieselben lenger bleiben zuo lossen oder alsdan andere zuo verordnen, desglichen, ob den hauptleuten samentlich oder sonderlich lenger dorinnen zuo verharren, wil gelegen sein. den haupt-leuten soll ouch befohlen sein, so vil iemer muglich noch solichen reuteren und fuoszknechten zuo trachten, die den einungsverwanten nicht verwant sind.»

Jeder einzelne Stand soll gute Kundschaft anstellen und alles, was er von Praktiken der Widersacher erfährt, dem regierenden Hauptmann anzeigen. «wen[n] aber durch den regierenden hauptman und die kriegsret befunden und ermessen wurde, das die bestimpte suma an reitern und knechten, zuo der ilenden hilf verordnet, noch gestalt der vierfallenden not zuo gering werend, soll der hauptman noch rat der kriegsrete oder, so sie kein merers in ieren rat machen wurden, durch sinen zuofal, wie vorstat, macht haben, bei uns einungsverwanten in gemein oder den nestge[se]ssenen uf unser aller costen ein mereren zuosatz zuo erfordern, wievil in und die kriegsrete fur not und guot ansicht, uf das die ilend hilf gegen den wider-sachere beharren müg, bis solang die einungsverwanten mit ierem witeren nochtruckten und macht ufkomen.» Im Fall, dass nun eine solche Verstärkung von dem Hauptmann und den Kriegsräten gefordert wird, «sollen der oder diejenigen, so also schicken werden, iere hauptleut und kriegsvolk mit dem nemlichen statlichen und ernstlichen befehl abfertigen, das sie dem obersten hauptman, so uber die ilend hilf dozuomal verordnet sein wurd, ouch folgend dem erwelten obersten hauptman zuo der beharlichen hilf on einiche widerred gehorsam leisten, ouch dem uberzognen, vergewaltigten oder bezwertten teil zuo nutz handeln, desselben fromen furderen und schaden fierkomen» etc., als ob es sich um ihr eignes Wohlergehen handle.

Auch ist beschlossen, «das unser keiner fur sich selbs von sachen wegen, dovon unser ufgericht cristenlich verstentnus melden thuon, einichen veldzug krieg oder belegerung furnemen oder utzit handeln soll, dorus nochmols vermutlich kriegsubung mochten erfolgen.» Vielmehr soll jeder Stand, dem etwas Beschwerliches begegnet, sofort an Hauptmann und Kriegsrate Meldung erstatten, welche dann zu beschliessen haben, was zu thun ist. Wer diesem Beschluss nicht nachkommt, muss gewärtig sein, sich selbst überlassen zu werden. Nur wenn jemand unversehens plötzlich überfallen wird, so soll ihm die Notwehr unbenommen sein; nichtsdestoweniger soll er aber sofort an den Hauptmann berichten.

Ferner sollen «der regierende hauptman und die kriegsret von stund neben erfordern und ufnemen der kriegsleut zuor ilenden hilf uns uf einen sonderlichen fridlichen gelegnen platz bescheiden, do zuo ratschlagen und zuo

beschliessen, ob und wo es die notturft erforderen werde, die grosz und beharlich gegenwer fierzuonemen, wie solichs beschehen und ein jeder einungs-  
verwanter mit leib und guot zuoziehen, ouch was und wie mit der ilenden  
hifl zum fruchtbarlichsten und nutzlichsten gehandelt werden soll. werdend  
aber der regierend hauptman und die kriegsret befinden, das sich die sachen  
unverzughlich zuo einem hauptkrieg ziehen und schicken, und die bestimpte  
ilend hifl noch ein gemeiner zuosatz zuo widerstand des uberzugs nit genug  
sein wurd, so sollen alsdan on einiche vorgend zuosamenkomen oder schicken  
und beratschlagen alle einungsverwanten uf vilgemelts hauptmans und der  
kriegsrete anzeigen und erforderen und sonderlich diejenigen, so an einander  
am nesten gesessen, one verzug oder einiche bekentnus der witeren hifl  
einander ufs sterkist zuo roszt und fuoszt mit geschutz und allem vermugen  
land und leut zuoziehen und hifl thuon, ein jeglicher solcher gestalt und nit  
anders, das als ging es on mittel in selbs an, wie es ouch in der worheit ist  
und nicht anders sein wurt, doch mit der underscheid, welche under den  
stenden also einander in der ile in allweg zuoziehen, das solichs wie vor  
beriert uf der anderen mitdarlegen cost und schad beschee, domit kein teil  
vor dem anderen beschwert, und dises fals wie ouch in derglichen sachen  
alwegen ein reisiger, so die ein monat umb zehen gl., wie vorgemelt, nit zuo  
bekomen, fur drei zuo fuoszt gerecht werde.»

Wenn der Hauptmann und die Kriegsrate befinden, dass die Praktiken  
und Anschläge der Widersacher nicht derart sind, dass das Aufgebot der  
eilenden Hülfe notwendig ist, so soll der Hauptmann einen Convent der  
Einigungsverwanten berufen, um zu beratschlagen, «wie die vorstenden  
beschwerden zum friden durch handlung oder andere fugliche weg mit dem  
wenigsten nochteil und schaden vorkomen und abgewant werden moegen.  
doch ob jemans in disem krieg zuovor beschedigt were, das dem das sein  
wider zuogestellt oder sonst, so es verthon, estat werd. wo aber der frid nit  
zuo erlangen sein wurde, der doch, wo es die sachen leiden wellen, durch  
uns alwegen gesuocht, das dan die gegenwer, wie die notturft erfordert, im  
namen des herren mit herzen und allen truen gethon werde».

Wenn die Gegner, wie wahrscheinlich, an mehreren Punkten zugleich  
angreifen, in der Hoffnung, dass alsdann keiner dem andern zu Hülfe kommen  
werde, so soll es gleichfalls dem Hauptmann und den Kriegsrate anheim-  
gestellt sein, «an welchen ort sie fur das notigest, fruchtbarlichst und beste  
ansihet, mit der ilenden hifl zuozesetzen und retung zuo thuon. aber domit  
glichwol der nochtruck und die beharliche hifl, so es die notturft erfordert,  
dis fals auch erfolge, soll der hauptman sampt den kriegsreten — sover es  
ein solchen verzug on der einungsverwanten nochteil und schaden liden kan  
und mag — uns wie vorgemelt unverzughlich an ein andere molstat, den fier-  
fallenden sachen gelegen, beschreiben und erforderen, doselbs ouch wier  
perschonlich oder durch vollen gewalt erscheinen sollen, durch die alsdann  
mit vleis bewogen und beschlossen, an welch ort oder wie die hifl witer  
geschehen soll, uf das niemans ufgelegt werden möge, als ob er sich seins  
teils mit der hifl nit gepurlich gehalten hett, sonder sich in allwege wissen  
zuo erzeigen und ze halten, wes alles vorgemelt beratschlagt und beschlossen  
worden ist.»

Wenn aber der Angriff an vielen Orten und so plötzlich und heftig

geschieht, dass keine Zeit mehr ist, eine Tagsatzung abzuhalten, so sollen alle auf Erfordern des Hauptmanns und der Kriegsräte schleunigst ihre ganze Macht aufbieten und in einen Haufen zusammenziehen, ausgenommen den Fall, dass für besser angesehen wird, «das durch einen oder mer dises teils den widerwertigen zuo errettung derjenigen, so vergwaltiget, in iere land und gepiet gezogen werden solte.»

Da sich nicht alle künftigen Fälle specialisieren lassen, so soll im allgemeinen stets der Hauptzweck des Bundes, die Aufrechterhaltung des Evangeliums, im Auge behalten werden, und in diesem Sinne soll einer den andern mit Aufbietung seiner ganzen Kraft unterstützen.

Wenn es «zu einer beharlichen oder grossen hilf» kommt, und namentlich wenn dieselbe sich an mehrere Orte verteilt, soll ein oberster Hauptmann aus den drei Fürsten gewählt werden<sup>1</sup>, der mit Rat seiner 8 zugeordneten Kriegsräte «den ganzen kriegshandel» zu leiten hat. Der Hauptmann über die eilende Hülfe bleibt, ist aber verpflichtet, den Befehlen des obersten Kriegeregiments zu gehorchen; er und seine Kriegsräte haben, wenn die Haufen bei einander sind, nur beratende, nicht beschliessende Stimme. Dem obersten Hauptmann und seinen Kriegsräten soll eine «zimliche underhaltung gegeben werden, domit sie sich zuor notturft statlich erhalten mogen, des versehens, das ouch der hauptman in disem handel als siner eigen sach sich an einem zimlichen werde geniügen lossen, aber in aller anderen nutzung oder gewins soll im nicht mer dan noch anzal seins eignen volks der gepierend teil volgen und alles anders in den gemeinen nutz aller ainungsverwanten gezogen und geprucht [werden]. in glicher weis soll es mit den houptluten, zuo der ilenden hilf verordent, in solchen fellen ouch gehalten werden.

Es sollen ouch die fursten, so jetz zuo der hauptmanschaft über die ilend hilf verordent, sampt den kriegsreten von stund an ein notturftig kriegsregement stellen und also gefertiget bei handen behalten, bis man das bedurfen wurde, das alsdan doran kein mangel erschein; und wie das geschutz zur ilenden hilf sampt siner munition zuom bequemlichsten zuo erlangen und zuo erhalten sein wil, soll jeder zit bei des regierenden hauptmans und kriegsrat bedenken sten, und das in ierer kriegsordnung zuovor ouch zuo beratschlagen und verordnen.» Doch sollen die Kosten für Geschütz und Munition nach Massgabe des grossen Anschlags auf die einzelnen Stände verteilt werden.

«Ob fierfiel, das unser einungsverwanten einer oder mer in des oder des anderen schlosz stet land und gepieten offnung bedurfen wurd, das dem oder denselben einungsverwante, was stends der oder die werend oder sein wurden, mit ierem kriegsvolk hab und gieteren in des oder der anderen land furstentumen herschaften und gepieten schlosz stet und anderen flecken, so lang dise einigung weret, offnung gestat und gegeben werden soll, doch soll solichs nit anders oder verner verstanden werden, dan in sachen des gotlichen worts und was demselben anhengig, und nit in anderen sachen usserhalb der cristenlichen vereinigung fiergezogen oder gemeint sein; es sollen ouch diejenigen, so also die offnung zu ierer notturft suchen und gepruchen, von dem oder denjenigen, so die ofnung gestat und geben, fruntlich und guotwilliglich gehalten, vertediget und gehanthabt werden, als treff es

<sup>1</sup> S. oben p. 140, wo von der Wahl des obersten Hauptmanns schon einmal die Rede war.



ieren jeden selb an. herwiderumb sollen sich ouch diejenen, so die offnung suochen, derselben uf ieren eignen costen und schaden geprauchten, sich ouch am selbigen ort in belegerung und sonst also halten als derselben offnung herschaft eigen kriegsvolk, das ort helfen zuo bewachen, zuo schutzen, zuo beschirmen, nit wenigens, dan ob es dem oder denen, die offnung suochen und geprauchten, selbs zuostund.»

Bei allen Irrungen und Streitigkeiten zwischen den Einigungsverwandten, ihren Dienern oder Kriegsleuten haben der Hauptmann und die Kriegsräte durch Majorität zu entscheiden, und alle Einigungsverwandten verpflichten sich, deren Entscheidung anzuerkennen.

«Es soll ouch aller gewin noch anzal der anlag und hilf usgeteilt werden, und ob sich begeh, das unser einer sin land oder vestung rumen miest umb gemeiner not sachen und rettung willen, und doruber etwas von stetten festungen land oder leuten verlure oder schaden doran empfang, so soll on wissen und willen desselben kein frid oder anstand gemacht [werden], es wer dan zuovor demselben beschedigten sine verlorne gieter widerumb zuogestellt und sin empfangner schad erstattet; desglichen ob jemands von herschaften, diser einung verwant, gefangen oder nidergelegt wurd, solt es diser mosz ouch gehalten werden.

Nochdem aber in diser verfassung zuor gegenwere das gedien und verderben der einigungsverwanten nest got uf den zweien houptluten zuo der ilenden, und volgen[ds] uf dem obersten houptman zuo der beharlichen hilf sampt ieren zuoordneten kriegsreten stet, soll inen dise vereinigung und verfassung mit hochstem truen vleis befolen und ingepunden werden, wie si dan ouch mit eiden und pflichten dermosz eingenomen und verfast, als solch in ein solchen grossen mechtigen werk die hoch notturft erforderen wil. und wiewol alle fell, so hierinnen noch dem willen gottes fierfallen moechten, in dise ferfassung der gegenwer anzuozeigen unmuglich, so sol doch den houptluten uber die ilend hilf und den zuoordneten reten ein instruction gestelt und gegeben werden<sup>1</sup>, sich haben dornoch zuo halten und zuo richten.»

141. Der Rat an Jacob Sturm und Jacob Meyer in Schweinfurt. Mai 11.

*Str. St. Arch. AA 459 f. 72/75. Ausf.*

Strassburg könne sich nicht verwehren lassen, in weltlichen Sachen Bündnisse mit Zwinglianern und Wiedertäufern zu haben.

nr. 138.

Hat das Schreiben v. 26. April empfangen und «verlesen gehört, und under andern den puncten, das man sich der zwinglischen und widerteufer sollte entslaen, denen kainen beistand oder gunst zu beweisen; daruber wir dann auch herrn Martin Butzern verhört, und das herr landgrave niemants des orts begeben haben oder begeben will, us demselben ewern schreiben und herr Martin vermerkt, und das ir auch, wes wir im selben gesinnet oder willens weren, zu wissen begierig seiend. fugen euch deshalb zu vernemen: wiewol euch on das unverborgen, wes bi unserer kirchen und uns in der leer und im grund diser baiden puncten gelert und gehalten wurdet,

<sup>1</sup> Am Rande von derselben Hand die Bemerkung: «Dis notel ist instruction.»

das, wo es allain derselben leer betreffe, es bi uns unstreitbar were; so sich aber dasselb auch dahin möcht strecken, wes künftig sich zutrüge, ob das gleich kaine sachen des glaubens berurte, uf disen vertrag verstanden oder gepogen werden mochten, und wir dann nit zweiveln, es auch andern stetten dermassen mit jemandis zu irer gelegenheit verainigungen oder freuntschaft zu haben, hiemit verstricken zu lassen, ungelegen, wissen wir dessen auch nit einzugeen, und gedenken harin unserm gnedigen hern, dem landgraven, und andern stetten, so harin frei ston wollen, anhang zu thun. Das wir aber den zwinglischen oder widerteufern mit der leer nit zufallen solten, daran, damit christlicher frid mocht fürgang haben, weren wir unbeswert; dann was wir mit unbeswerter gewissen in sachen des glaubens solichen friden verursachen und fördern mochten, das wolten wir an uns nit mangel erwinden lassen» etc. Dat. Sa. 11. Mai a. 32.

## 142. Landgraf Philipp an den Rat.

Mai 16.  
Friedewald.*Str. St. Arch. AA 454 Ausf.*

Angebliche Werbungen gegen die Türken. Hauptleute zu bestellen.

«Nochdem wir durch unser gleubliche kuntschaft vernemen, das etwas an der bewerbung Leopart Thurcken<sup>1</sup> ist, im schein, als gelt es wider den Turken, wie er sich dan des jegen dem herzogen von Geldern, bei dem er auch ansuchung gethan, hat vernemen laszen, aber noch zur zeit seind wir nit gewisz, wie geverlich oder grosze solich bewerbung sein soll: so ist unser bedenken, das man dennochts die sach nit veracht und der dinge gut aufsehens und achtung neme.» Bittet um Kundschaft. Er habe auch Wilhelm von Fürstenberg und Hans Kratzer beauftragt, 16 Hauptleute, «die geschicksten und berumpsten, so sie bekommen und haben mogen,» von Trinitatis [26. Mai] bis Weihnachten auf Wartegeld zu bestellen. Bittet auf Grund der Bundesverfassung, dem Fürstenberg und Kratzer das Geld, welches sie zur Bestellung der Hauptleute brauchen, auf Conto des Anteils an der kleinen Anlage der 7000 fl. auszuzahlen und ihm Rechnung darüber zuzustellen.<sup>2</sup> Dat. Friedewald Do. n. Exaudi a. 32.

## 143. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

Mai 25.

*Ulm. Arch. Ref. T. XIV. Ausf.*

Erinnern an ihr letztes Schreiben(\*), worin sie mitgeteilt, was der Landgraf dem Grafen Wilhelm v. Fürstenberg und dem Hans Kratzer wegen der Unterhauptleute befohlen, und was sie selbst mit dem Kratzer deswegen gehandelt<sup>2</sup>. Nun seien Fürstenberg sowohl wie Kratzer krank; deshalb habe ersterer den Zeiger dieses Briefs an Ulm abgefertigt. Da nun «die

nr. 142.

<sup>1</sup> Ein Commissar König Ferdinands?<sup>2</sup> Ebenda Quittung Fürstenbergs, dem Strassburger Rat über den Empfang von 800 fl. zur Bezahlung etlicher Hauptleute ausgestellt, d. d. Juni 26. Ferner liegt bei eine Quittung eines gewissen Hans Kurz von München über 24 fl., die er als dreimonatliches Dienstgeld empfangen hat, d. d. Mai 13.

sachen die christlichen ainigungsbewandten, euch und uns mit inen belangen thut,» so solle Ulm dem Zeiger möglichsten Vorschub leisten, damit er «hauptleut, die hierzuo am dienstlichsten und bequemlichsten, bekommen mag.» — Dat. Strassburg 25. Mai a. 32<sup>1</sup>.

144. Claus Kniebis, Gesandter Strassburgs auf dem Reichstage, an den Rat.  
Mai 28 u. 29.  
Regensburg.

*Str. St. Arch. AA 456. Conc. von der Hand M. Han's, wahrscheinlich nach Dictat.*

Hat das Schreiben wegen der Türkenhülfe erhalten. Schreiben an Ulm. Will Strassburgs Verfahren bezügl. St. Stephans verantworten. Der Kaiser verlangt eilige Leistung der Türkenhülfe. Strassburg möge sich dazu bereit halten.

«Ewer jüngsten schrift (\*), mir auf mein darvorgeschehen schreiben (\*) und beger, wesz ich mich der Turkenhilf halben, wo der begert frid nit erlangt werde, halten soll etc., gethan, hab ich auf mitwochen nach pffingsten nechstverruckt [Mai 22] empfangen» etc. Verspricht, dem darin gegebenen Befehl sowie seiner Instruction nachzukommen.

«Mit dem schreiben, so ir auf mein pitt an die von Ulm gethan (\*), bin ich wol gesettigt, ungezweivelt, sie werden sich darauf — wie bishär auch beschehen — freuntlich gegen mir beweisen.

Sodann was mit der äptissin und dem stift zu Sanct Steffan bei euch gehandelt worden<sup>2</sup>, hab ich alles gelesen und gnugsam verstanden. wiewol ich nun verhoff, mein gn. herr von Straszburg<sup>3</sup> werde sich diser handlung nit sonders beclagen, hab ich doch in Rom. kai. mt. etc. unsers allergnedigsten herrens, desglichen auch in der Mainzischen canzlei sovil kuntenschaft gemacht und versehen, also wo etwas zu clagen komen, das solichs, als ich vertrew, mir furderlichen angezaigt wurde. alsdann wölt ich mich mit verantwortung und entschuldigung ewer meiner hern und ainer statt Straszburg nach bestem vleis und als ich ze thun schuldig bin, gehorsamlich und gutwillig beweisen.»

Uebersendet eine «sumarische aufzeichnus» dessen, was seit seinem letzten Schreiben in Regensburg gehandelt ist (\*). Dat. Regensburg 28. Mai a. 32.

P. S. «Gestern umb IIII uren nachmittag hat kai. mt. gemeine stend zu irer mt. in ir herberg fordern und durch pfalzgraf Friedrichen allerlei artikel und namblich anzeigen laszen, wie der Türk ausgezogen und aigner person dahär uf teutsche nation ziehen soll, also das die gegenwehr aufs eilendst von nöten, mit beger, man wölle mit der hilf nit lenger verziehen etc.»

Auf Verlangen der Stände hat der Kaiser ihnen sein Anliegen auch schriftlich überreichen lassen. Die Stände haben darauf geantwortet laut beiliegender Copie (\*), aus deren Schluss zu ersehen, dass die Evangelischen abermals bei ihrer Protestation geblieben sind.

<sup>1</sup> Ebenda die Credenz Fürstenbergs für seinen Abgesandten, Namens Martin Beham, an Ulm.

<sup>2</sup> S. Anhang Beilage B.

<sup>3</sup> Sc. der Bischof.

Falls der Ausfall der Schweinfurter Verhandlungen das Zustandekommen des Friedens auf dem Nürnberger Tage erwarten lasse, möge Strassburg schon daran denken, sein Contingent zum Türkenzuge anzuwerben, «dweils die kai. mt. so furderlichen begert, und dann die stend solichs bewilligt haben, damit wir nit die letsten weren». — Dat Regensburg Mai 29 a. 32.

145. „Der Prediger ratschlag uf die artikel zu Schweinfurt furgeschlagen<sup>1</sup>.“ [Mai].

*Str. St. Arch. AA 439 f. 52-59. Orig. von Bucers Hand.*

Die künftigen Glaubensgenossen sind in den Frieden ein- oder doch nicht ausdrücklich auszuschliessen. Für das Concil genügt die Bezeichnung „frei, christlich“. Ueber die Fassung des Artikels von den Sacramentierern. Der Artikel „von den Unterthanen andrer Obrigkeiten“ ist in der Fassung der Unterhändler beschwerlich. Gründe dafür.

«Im ersten articel ist beschwerlich, das der fridlich anstand nit solle an die auch, so sich u[nser] confession hiernacher vergleichen werden, gereichen. dan uf die weis nit dás h. evangelium, sonder allein unsere leib und guter befridet werden; solle aber uns an befridung des evangeli das höchst gelegen sein, derhalb ware erkantnus Christi keinswegs nachlossen wurd, daruf mit höchstem fleisz zu handeln, das der anhang «oder einlossen wurden» erhalten werde.

p. 131.

Solichs ist auch angepotner handlung ganz eben und gemesz, weil man doch umb anstand in der streitigen religionsachen handlet; dann euserlicher sachen halb het man gemeinen landfriden, die religion aber, so wir christlich erkennen, ist im Augspurgischen abscheid in allen unfriden gesetzt. so man derselbigen dann einen anstand geben wolte bis uf ein concili, solte ja alles das, domit si angefochten worden und als den glideren und stenden des reichs keinswegs annemlich verdammte, angestellet und bis zum concili ufgehoben sein, und also die religion wider in friden gesetzt, das, wer sich deren anmasset, irenthalb kein gtar bestohn dörfte.

Es ist auch nichts, das man sagen wöll, man neme sich in solichen frembder sachen an; dann erstlich nimet man sich der religion an, das unser hochste sach uf erden sein solle, welche auch geschmehet und verdamet wurd, so si einigen menschen als uneerlich und nit anzunemen verpoten sein solle. dann was einem frommen an im selb nit gepuren mag, das müst auch an im selb unredlich und keinem zu erlauben sein. es wurde auch kein eerlich man, der einen handel füret, den er ufrichtig achtet, doran genug haben, das solicher handel im wol unverwislich, aber anderen, die gleich so fil fug als er dozu hetten, ufs hochste verwislich und strafbar sein solte.

Zum anderen sind wir, so ferr man die religion und gott ansicht, alle in Christo einer, und sollen sich die kinder gottes jeder des anderen als seins

<sup>1</sup> Aufschrift von Sturms Hand. Die Artikel, auf welche sich der Ratschlag bezieht, sind die am Schluss der Schweinfurter Verhandlungen beiderseits vorgeschlagenen. S. p. 129 ff., Beil. IX u. X. Die Instruction, welche die Strassburger Gesandten für den Nürnberger Tag (Juni 3) erhielten, schliesst sich obigem Ratschlag der Prediger an, jedoch ohne die ausführliche Begründung und mit den in den folgenden Anmerkungen hervorgehobenen Zusätzen. (Concept und Ausf. im Str. St. Arch. AA 441, ersteres nach einer Notiz des Stadtschreibers am 20. Mai durch Jacob Sturm, Conrad Joham und Jacob Meyer verfasst.)

mitglieds am leib Christi bis in vergiessung des bluts zum getreulichsten annemen. in dem wurd weiter auch dis gesehen, das man mit streiten gedachter clausulen weder superioribus noch posterioribus mit den iren zu handeln masz setzet, dann wir nit meer suchen, dan das die religion, so wir christlich erkennen, nit als unchristlich widerfochten werde, welchs do geschicht, wenn si einigen christen als unchristlich verpoten wurd. zudem so ist religio caussa publica, darus die evangelischen [fürsten] zu alledem auch zu raten haben, das der religion halb fur gemeine stend gesetzet und beschlossen werden solle, wie dann im reich kein pure monarchia sonder mit der aristocrati gemessiget ist. sollen dann die evangelischen stend einen fridlichen anstand erlangen, so müssen si auch aller ding in integrum restituieret werden; jetz wurd si dann je angohn, was im reich ouch fur andere der religion halb solte furgenomen werden. derhalb mache mans, wie man wölle: so lange die evangelische leer nit an ir selb und daher gegen jederman ungetadlet, unverdammet und unverpoten gelossen wurd, thut man den evangelischen f. und stenden gewalt, beharret in unrechtmessigen streit wider si und entsetzet si irer eeren und gerechtigkeiten, oder aber unser lere ist nit die evangelisch lere. es ist je gewalt und unrecht, die evangelischen stend der religion halb, die die einig und ware christliche religion ist, derenwegen alle, die sich ir annemen, erst meer geeret und gefreiet werden solten, so man fürs gemein reich von der religion handelt, [zu] umbgohn, und soliche religion, deren dise anhängen, als unchristlich anderen [zu] verpieten. darumb ist der titel «*furschlag eins fridlichen anstands in der streitigen religionsachen*» aller handlung ungemesz, und were in alle weg umb ein friden in zeitlichen sachen, die religion umbgangen, zu handeln gewesen, wie es diser teil alle mal begeret hat; dann als man uf jenem teil noch gesinnet [?] ist und uf disem sein solle, so ist alle handlung, der religion halb ein anstand zu machen, unerschieszlich».

Jedenfalls dürften die Stände nichts bewilligen, wodurch ihnen «abgestriekt» würde, das Evangelium zu fördern und den bedrängten Glaubensgenossen Beistand zu thun. Wenn es nicht zu erreichen sei, dass ihnen dies ausdrücklich zugestanden würde, so dürften sie es sich wenigstens nicht verbieten lassen. Unzweifelhaft müsse man aber diejenigen, welche schon jetzt sich zum Evangelium bekennen, in den Frieden einschliessen und eventuell verteidigen, auch wenn sie nicht dem Bunde angehören. Hinsichtlich des Concils könne man sich mit der Bedingung, dass es ein «freies, christliches» sein müsse, zufrieden geben. Diese Worte sagten genug; eine nähere Definition des verlangten Concils werde auch nicht helfen<sup>1</sup>.

«Den anderen articel belangen, dieweil der glaub keine person ansicht und seinen Christum auch in den verachteten bekennet, mag er nit erleiden, das man die zwinglischen under den ketzern hinwerfe, die wir wissen, das ware evangeli vor inen haben. nochdem aber der articel, wie der von uns gestellet, auch die pepstler verdammet und deshalb filicht von k. mt. nit wolte also angenommen werden, mochte man in soliche form bewilligen: das man nieman, der den kindertauf verwerfe und den widertauf einfuren oder

<sup>1</sup> Die Instruction zum Nürnberger Tage (s. vorige Anm.) fügt noch hinzu: «doch des solich concilium in teutschen landen gehalten wurde.»

das h. sacrament des waren leibs und bluts Christi verachten und die ware gegenwertigkeit Christi im abentmal verleuknen wölte, sofil soliche seine irrige lere betrifft, hilf oder bistannd thun wölte, oder: das man den wider-teufern und sacramentierern, die wider die ware gegenwertigkeit Christi im abentmal, wie dieselbig in der confession bekennet ist, wissentlich leren oder halten wolten, in solcher lere oder sofil soliche lere betrifft, etc. der glaub würd das auch nit zugeben, das man disen oder anderen christliche hülff oder alles, das dozu dienlich, abschlagen solte, dann wie vor gesagt, solicher glaub macht, das under einander glider sind, sich auch also bewisen alle, die aus disem glauben Christum erkennen.

Im dritten articel ist beschwerlich, das stoht, das kein parti des anderen underthon in sachen des glaubens an sich ziehen solle; dann in sachen des glaubens wir nicks, das unsers berufs imer sein mag, underlossen sollen, alle welt an uns zu ziehen. man mag sich auch mit gott weiters nit begeben, dan dieweil jeman noch under seiner oberkeit ist, denselbigen mit gewalt nit zu schutzen, und dasselbig denoch also, das sich nieman des begeben, das seinen beruf und von gott gegeben gewalt jetz berürt oder noch berüren möchte. die f. und stende des reichs sind durch einander glider, und wiewol si abgeteilte jurisdictionen haben, jedoch sind si alle auch gemeinem reiche verwandt und des wolfart allenthalb durch mittel, so irem beruf gemesz sind, zu furderen schuldig. aus solichem möchte sichs zutragen, das gepuren wolte, sich deren, so schon noch hinder anderen obren wohneten, weiters anzunemen. es ist auch hierin zu bedenken, was etwan lehenherren gegen den underthonen irer lehen oder auch lehenherren mit den lehensunderthonen wider willen des lehenherren der religion halb zu thun sein wolte; dann je gottlicher befelch und will menschliches gewalts und ordnung halb grosz freiheit haben solle. jedoch ist allweg fleissig druf zu sehen, weij menschlich art ir herschaft imer zu erweiteren begeret, mit was fugen das imer sein mag, das ein jeder, so fil die religion ein gotlichere (?) sach und deshalb sofil weniger durch menschliche klugheit oder gewalt gefurdret sein [soll], so fil fleissiger auch ufsehe, das er seinen beruf und bevelch in solchem handlen nit uberschreite. deren aber, so der religion halb zu einiger oberkeit fliehen, musz man sich als der pilger und verfolgten Christi in keinem weg begeben. es will auch beschwerlich sein, das ein jeder mit vorwissen seiner oberkeit abscheiden solle, nachdem etlich so ungeschickt wider unser religion fechten, das si, obgleich kein ander ursach do, wol ein und meer erdenken, domit si arm leut, so gern von inen weren, behemmen werden. derhalb könden wir nicht gedenken, das diser articel besser möchte gestellet werden, dann desselbigen form in dem ersten bedenken der stett christlicher vereini-gung verwanten begriffen ist: das nemlich keiner des anderen underthonen mit gewalt und wider den landfriden von im abtringen, zwingen oder in schutz nemen solte, doch sunst einem jeden an seiner freiheit und rechten unabbruchlich<sup>1</sup>.

p. 123.

In disem und allen anderen articulen achten wir, das der christlich glaub, der nun wol weisz, das er die welt mit nicht[en] zur billigkeit verbinden mag, und das allein zu gott und gar nicht zu der welt stoht, was si furneme,

<sup>1</sup> Hier will die Instruction noch einen Zusatz derart, dass es heisst: „doch ains jeden orts harkommen und freiheit a m freien zug unabbruchig und unvergriffenlich.“

genug solte haben, sich nur in soliche wort nicht zu begeben, durch die er der warheit gottes abstunde, dieselbige sofil an einem jeden ort und gegen jederlei leuten gepurt, zu verlehen [?], vertedigen, furderen und bei derselbigen denen, so soliche bekennen, christliche hilf und beistand zu thun.

In anderen articulen finden wir nichts, das glauben untreglich sie unsers verstands<sup>1</sup>.»

**146. Jacob Sturm und Jacob Meyer, Gesandte auf dem Tage zu Nürnberg, an den Rat.**

Juni 10.  
Nürnberg.

*Str. St. Arch. AA 441. Orig. von Sturm.*

Die Protestierenden lehnen die Friedensvorschläge der Unterhändler ab, desgleichen der Kaiser diejenigen der Protestierenden. Mainz und Pfalz ohne Vollmacht zu definitivem Abschluss. «Letzte Mittel» der Unterhändler, den Schweinfurtern sehr ähnlich. Fassung des Artikels von den Zwinglischen. Abweichende Gutachten über die Stellung zu den künftigen Glaubensgenossen. Verhandlung über die Wahlsache verschoben. Voraussichtlich noch lange Dauer des Tages. P. S.: Ansprüche des Kaisers bezüglich der Türkenhilfe. Letztere auch ohne Erlangung des Friedens kaum zu weigern, vielmehr schon jetzt Vorbereitungen dafür zu treffen.

«Wir haben uch nehermols geschriben<sup>2</sup> (\*), wie wir hie ankommen, dergleichen hernoher die beiden churfursten<sup>3</sup> auch. nun haben si uns erst samstag nechstverschinen [Juni 8] uf das rathus zu inen erfordern lassen und furgehalten, das si der abfertigung halb von kai. mt., die sonst mit grossen dapfern geschefden beladen, nit eher ankommen mogen, und wiewol si noch eins schriflichen bevelchs von kai. mt. gewertig weren, der al stund ankummen solte, so wolten si doch der sachen zu furderung, domit wir nit lenger ufgehalten, uns etlich mittel uf den muntlich bevelch, so in[en] kai. mt. in ierem verreiten gegeben, furschlagen, mit beger, die anzuhoren und uns doruf zu vernämen lassen; und haben uns doruf die mittel vorgelesen und in schriften zugestölt<sup>4</sup>. doruf man dises teils bedacht genommen und ein usschutz, wie zu Schweinfurt beschehen, verordnet. der hat die artikel besehen und befunden, das es vast der inhalt der artikel ist mit wenig verenderung, so die churf. uns zu jungst und letstem zu Schweinfurt furschlagen, doch alle mit dem anhang, das si solichs erst wolten bi kai. mt. befleissigen, ob die also erlangt mochten werden. dweil man nun die zu Schwinfurt nit annämen wollen, zudem erst hie auch in zweivel gezogen, so mir [*sic*!] schon bewilligten, ob kai. mt. die zulassen würde oder nit: ist fur gut angesehen, das man uf gestern suntag [Juni 9] den beiden churf. wider antwort gebe in schriften ongeverlich des inhalts<sup>5</sup>: ir churf. gn. hetten

<sup>1</sup> Die Instruction sagt bezüglich dieser Artikel, man solle versuchen, sie in der Form, wie sie von den evangelischen Ständen vorgeschlagen seien, festzuhalten, jedoch ohne dadurch etwa das ganze Friedenswerk scheitern zu lassen. Nur hinsichtlich des Artikels, der von Neuerungen in der Lehre und Ceremonien handelt, heisst es noch ausdrücklich, dass er in der protestantischen Fassung aufrecht zu erhalten sei. Vgl. p. 131 Beil. X Art. 1.

<sup>2</sup> Vgl. über den Beginn der Verhandlungen in Nürnberg unten nr. 159.

<sup>3</sup> Von Mainz und Pfalz.

<sup>4</sup> Str. St. Arch. AA 440 fol. 38-43.

<sup>5</sup> Copie ebenda fol. 44-47.

zu Schweinfurt verstanden, wie und worumb uns die furgeschlagnen mittel anzunämen beschwerlich, und inen deshalben ander artikel doselbst furgeschlagen, welche si an die kai. mt. zu bringen dozumul angenommen mit dem erpieten, darauf kai. mt. gemüt uf jetzigem tag inzupringen und verner handlung furzunämen. dweil wir nun verhofften, si hetten nunmeer kai. mt. schriftlichen bevelch empfangen, so wer unser bitt und beger, uns denselben, wes ir mt. unser mittel halber gesinnet were, anzuzeigen, und ob si des orts vollkommenen bevelch von kai. mt. hetten, hie zu beschliessen. dan solten wir uns wider in disputation begeben der vorigen artikel, wie zu Schweinfurt, und solten si nach der verglichong erst an kai. mt. gelangen, wurde den handel lang verziehen, fur welches wir dan vormals zu Schweinfurt gebeten. doruf haben uns beide churfursten dise antwort muntlich geben lassen: wie in[en] uf gesterigen samstag kai. mt. bevelch zukumen, und wollen uns doruf nit bergen, das ir mt. unser gestelten mittel abgeschlagen und inen doruf uf andere mittel bevelch geben, wie si uns die us dem schriftlichen bevelch ziehen, abschriben und uns uf morgen mentag zu VIII uren zustöllen wolten mit anzeig, das es die letsten mittel seien, die si bi kai. [mt.] hetten mogen erlangen; zudem so haben si kein vollkommen bevelch, doruf hie zu schliessen, von kai. mt. erlangen mögen, sonder, so wir die hie bewilligen, sollen si die kai. mt. widerumb gon Regenspurg zuschicken; aldo woll si kai. mt. den andern churf. f. und stenden des richs anzeigen, dan ir mt. woll nit gepüren, on der andern stend vorwissen, als die es auch belang und auch mit in dem friden ingelibt sollen sin, zu beschliessen. Also haben si uns uf heut morgen [Juni 10] zu VIII uren den kai. bevelch eroffnet und artikel vorgelesen, deren auch copeien zugestölt<sup>1</sup>. die sind, wie wir es im lesen behalten mogen, vast gar des inhalts, wie si die churf. zu jungst zu Schweinfurt und am letsten uns furgeschlagen, also das allein wir, die dozumul benempt, wider benempt werden, und die andern, so sich kunftiglich in dise bekantnus unsers glaubens geben möchten, usgelossen, derglichen die wort das concilium belangen, das es noch reinem gotswort beschliessen solt, auch underlassen. so ist der artikel die zuinglischen belangen und widerteufer auch nit geendert, sonder wie in die churf. furgeschlagen, ston bliben, wiewol die churfursten muntlich angezeigt, wu uns je der nam zuinglich

<sup>1</sup> Im Str. St. Arch. AA 440 fol. 48-50 findet sich nur eine Copie des ersten Artikels; bezügl. der übrigen Artikel ist nur kurz angegeben, durch welche Zusätze sie sich von den Schweinfurter Artikeln (s. oben p. 129 Beil. IX) unterscheiden. Die Zusätze sind folgende: Im zweiten Artikel ist noch eingeschoben, dass die Zwinglischen und Wiedertäufer auch dann, wenn sie sich etwa mit dem Kaiser und andern gemeinen Ständen des Reichs im Glauben vergleichen, in den Frieden eingeschlossen sein sollen. Im vierten Artikel ist beigefügt, dass das Evangelium «on allen weitem zusatz an einem sonderen ort ad partem und allein fur die, so iers anhangs sind, verkund werde», und ferner, dass es den Protestierenden gestattet sein sollte, das Sacrament «under beiden gestalten auch obgemelter massen in ieren herbergen zuo empfaen». Schliesslich im 6. Art. der Zusatz: «desglichen ob auch einich rechtvertigung, die der zwispalt des glaubens belangt etc.» — Diese Artikel sind gedruckt bei Walch XVI 2202 u. bei Bucholtz IX 34, bei ersterem mit der falschen Bezeichnung als Vorschläge, die den Unterhändlern von den Evangelischen gemacht seien; auch der Datierungsort «Schweinfurt» ist falsch, wie der Herausgeber schon aus dem Datum «Montag nach Bonifacil» = Juni 10 hätte ersehen können. Vgl. auch Ranke III 296 Anm. 2.



beschweren wolt, das si der hoffnung weren, denselben art. bei kai. mt. zu erlangen, wie si uns den vergangens samstags [Juni 8] furgeschlagen, welches inhalt wir uch hiebei mit A verzeicht schicken<sup>1</sup>. nun hat man abschriften der art. empfangen und lost si die schriber allenthalben abcopieren, des willens, uf heut und die tag durch den usschutz zu beratschlagen lossen.

Nun haben die Sachsischen, Hessischen und andere ratschleg von iren gelerten, die einander ganz widerig, do ein teil meint, man mog mit gutem gewissen die andern, so kunftiglich das evangelium annämen wurden, umbgon und ir nit meldung thun; die andern vermeinen us vil gegründten ursachen der geschrift, das si in keinen weg zu umbgon seien, sonder mit usgetruckten worten vorzubehalten. was nun gott geben [wird], müssen wir also gewarten. gott gebe, das wir das best erraten.

nr. 153.

In sachen der kuniglichen wal haben die churf. uf heut angezeigt, das si hoffen auch zu erlangen, das der koniglichen maiestat namen in diser rachtung<sup>2</sup> umbgangen und allein kai. mt. namen gemeldet werde. si haben aber doneben auch bi kai. mt. ansuchung gethon umb verner gütlich handlung, in diser sachen inen zu bewilligen. die hab die sach uf irer mt. bruders, des kunigs, ankunft geschoben; so der wider gon Regenspurg kumme, woll sin mt. mit im handlen und alsdan inen ir gemüt zukommen lassen. us welchem allem abzunämen, das sich die churf. nit einer eilenden handlung versehen, sonder villeicht ein zeit lang noch hie zu verharren gedenken; dan si beide iere reuter und pferd von hinnen geschickt, Menz gon Bischofsheim und Pfalz gen Bockspurg, beid in Franken gelegen; wiewol uns nit destweniger durch die Nurnberger anlangt, das man sich kurzlich endung des richstags versehe, und das der Turk gewiszlich uf den 24. aprilis zu Constantinopel angezogen. — «Dat. Nurnberg uf mentag den 10. junii a. etc. 32.»

nr. 147. P. S. Wie man höre, habe der Kaiser in Regensburg kürzlich an die Botschaften der Städte das Ansinnen gestellt, sie sollten in Anbetracht des übermächtigen Türkenangriffs noch über die veranschlagte Hülfe hinaus «ein verners und merers thun», namentlich durch Lieferung von Geschütz und Munition. Hoffentlich habe hierauf Claus Kniebis, der Strassburger

nr. 148. Gesandte, seiner Instruction gemäss eine ablehnende Antwort gegeben «und sich uf die handlung alhie gezogen, so do frid gemacht, wöll er solichs an sine hern gelangen lassen. solte nun hie frid gemacht werden, wurden ir, unser hern, die Turkenhülfe, namlich mins behalts achzig pferd und 500 fusz-

nr. 150. knecht schicken müssen, das si uf den 15. tag augusti zu Wien uf dem musterplatz weren. zerschlug dan schon der fride, wer dannochten hoch zu bedenken, wo der Turk in solichem starkem anzug were, und alle andere stend, so dem evangelio nit verwandt, zusampt etlichen dises teils als margrave Georgen von Brandenburg, Nurnberg, Augspurg, Frankfurt, Hall, Hailpron, Windsheim, Weissenburg, welche dan die eilend hilf bewilligt,

<sup>1</sup> Liegt bei und lautet dahin: «das Sachsen und iere mitgewandten denen, so nit glauben, das in dem heiligen sacrament, namlich under der gestalt des brots und weins der war leib und plut Christi unsers hern warhaftig zugegen sei, auch den widertäufern der leer und glaubens halber nit anhangen noch bisten» etc.

<sup>2</sup> = Vertrag, Friedensschluss.

zügen mit ir macht oder anlag gegen dem Turken und wir pliben anheimsch, wes uns deshalben zugelegt werden möcht, als ob wir verderbung der cristenheit gern sehen; und im fall, so si vom Turken, do gott vor sei, geschlagen, wurd man uns solich unfall zulegen, das es usser mangel unser hilf beschehen. liege dan unser teil ob, wurden si ursach haben, uns antweders zu uberziehen oder aber dohin zu tringen, das wir die hilf doppel vermog des mandats zu undank geben müsten, die wir wol jetz zu dank halber leisten mochten; deshalben uch, unsern hern, wol zu bedenken, was hierin zu thun; dan wir befinden bei den gesanten von Ulme, auch etlich andern stetten, das ir hern, im fall so der frid schon nit funden, dennoch vermeinen, die hilf sei nit abzuschlagen<sup>1</sup>. wolten nun ir, unser hern, solich hilf im fall der not, wie die eigentlich vorhanden sin solle, leisten, wurd von noten sein, jetz nach raisigen zu gedenken, dan die sonst schwer zu bekommen, dweil sich all ander stand, wie ich verneme, allgereid schon bewerben.»

Soeben vernehme man, dass die städtischen Gesandten in Regensburg dem Kaiser geantwortet haben sollen, sie seien ausser stande, die kaiserliche Forderung zu bewilligen, wolten dieselbe aber an ihre Herren gelangen lassen. Dat. ut. in lit.

## 147. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

Juni 12.

*Str. St. Arch. AA 453. Ausf.*

Gutachten über die Türkenhülfe. Dieselbe auch zu leisten, wenn sich die Friedenshandlung in Nürnberg zerschlägt.

Der Kaiser habe — wie den Strassburgern wohl schon von ihren Gesandten mitgeteilt sei — am vergangenen Donnerstag [Juni 6] mit den Botschaften von Augsburg, Nürnberg, Constanz, Ulm, Strassburg u. A. wegen der Türkenhülfe verhandelt. Nun hätte die Strassburger Ratsbotschaft in Regensburg gebeten, dass Ulm sich mit Strassburg wegen einer « einhelligen antwort » auf die kaiserlichen Forderungen verständige. Diesem Verlangen entsprechend teilt Ulm mit, dass seiner Meinung nach — « doch nit anderst dann uf e. f. stattlich und vernunftig verbössern » — dem Kaiser in folgender Weise zu antworten sei: « wo wir fridens halben, — der unser hoffnung nach jetzo zu Nurmberg durch ir mt. allergnedigst zuthun getroffen —, zu demselben komen, wöllten wir uns unserm herpringen gmesz » etc. mit der Türkenhülfe dermassen halten, dass der Kaiser zufrieden sein sollte. Man habe diese Meinung auch an die Ulmer Gesandten in Nürnberg geschrieben « und den bevelch gethan, solichs bei e. ft. und der andern erbern stött gesandten potschaften — dieweil an der handlung im thun oder lassen sovil und grosz gelegen — auch zu beratschlagen und dannoch zu ermessen, wo schon die handlung, darumb jetzund zu Nurmberg getaglaist, on ends zerschlagen, das der evangelischen stand halben schwerlich, auch gegen gott und der welt onverantwortlich sein wurd, gemaine christenheit in so hochwichtigen sachen zu verlassen. » Bittet um Strassburgs Meinungsäusserung in dieser Frage<sup>2</sup>. « Dat. mittwochs nach Medardi in der zwelften stund nachmittag a. etc. 32. »

<sup>1</sup> Vgl. den Bericht der Hessischen Räte über Sturms Stellung zur Frage der Türkenhülfe bei Neudecker Urk. 207.

<sup>2</sup> Strassburgs Antwort ist nicht bekannt, vgl. jedoch nr. 155.

## 148. Claus Kniebis an Jacob Sturm und Jacob Meyer in Nürnberg.

Juni 22.  
Regensburg.*Thom. Arch. Ausf.*

Die Türken schon im Anzuge. Kaiser verlangt von den Städten Pulver und Geschütz. Die Altgläubigen raten dem Kaiser, beim Augsburger Abschied zu bleiben. Kniebis will abreisen.

Auf dem Reichstage sei «nit sonders dann fur und fur von der zurustung des Turkenzugs, bestellung der proviand, benennung des musterplatzes und dergleichen vil langsamer handlung geuebt. so kompt darneben nitdestminder ain kontschafft uber die andere ernstlichen, und namblichen heut dieses tags ain post komen, wie der Turk aigner person fur Kriechischen Weissenburg<sup>1</sup> häruf sein soll.» Wenn dem so sei, werde der Türke die grössten Verheerungen anrichten, ehe man auf dem Reichstage nur über die notwendigsten Massregeln geeinigt sei.

Der Kaiser habe heute den Gesandten von Strassburg, Augsburg, Nürnberg und Ulm anzeigen lassen, dass er ihnen heute oder morgen die Schriften zustellen werde, worin ihre Herren zur Türkenhülfe und Darleihung von Pulver und Geschütz aufgefordert werden. Sie hätten darauf geantwortet, sie würden ihren Herren schreiben, «sich hierin wissen gebuerlichen ze halten.»

«Es haben vergangner tagen die churfursten etc. von Nueremberg alhär der kai. mt. ewer handlung und waruf die berue, überschickt, welche ir mt. den stenden ausserhalb den protestierenden zu besehen und zu beratschlagen zugestellt; dieselben sollen, als mich anlangt, irer mt. geraten haben, sie soll bei dem abschid, zue Augspurg gemacht, bleiben und sich daran nichts irren lassen.» Bittet um Auskunft über den Stand und die Aussichten der Nürnberger Verhandlungen, ferner um Bescheid «wie ich nehmals bei dem von Costenz auch geschriben, dweil andere abreiten, wesz ich mich halten soll etc., dann ich nunmer auch gern zu haus wölt, dieweil ich doch sorge, ich verthue vil und richt dargegen wenig aus.» — «Dat. Regenspurg den 22. junii abends spat a. etc. 32.»

## 149. Kaiser Karl V an den Rat.

Juni 22.  
Regensburg.*Str. St. Arch. AA 456 f. 55. Ausf.*

Bittet um 2 Fähnlein zur Grenzbesetzung gegen die Türken.

Fürchtet, dass die jetzt in Regensburg bewilligte Türkenhülfe, «darein ir auch ewren gepirenden tail, wie wir uns des genediglichen zu euch versehen, consentiert,» zu gering sei, um der Türkischen Uebermacht zu widerstehen. Bittet, dass Strassburg neben andern Ständen, die auch darum ersucht seien, noch eine «sondere particularhilf» leisten möge. Der Türke bedrohe schon die Österreichische Grenze und, wenn die Grenzpässe nicht schleunigst besetzt würden, sei zu besorgen, dass er das ganze Land verheere. Strassburg möge deshalb zur Unterstützung der Grenzbesetzung zwei Fähnlein Knecht bis zum 6. Juli nach Regensburg schicken und auf zwei

<sup>1</sup> In Siebenbürgen, jetzt Karlsburg.

oder drei Monat, «bis unser und der stende hilf volkumenlich ankumen mag» zur Verfügung stellen. «das wellen wir gegen euch und gemainer stat in allen ewren sachen, so die je ze zeitn an uns gelangen, genediglichen erkennen und zu gutem nimermer vergessen. wir schigken auch deshalb zu euch unsern getrewen lieben Balthasar von Rabenstein, unsern rat, solich unser genedig begern bei euch zu sollicitiern, damit ir des auch wissen haben mogt. daneben schreiben wir euch in ander weg umb puchsen, pulver und ander kriegsnotturft, wie ir dann in derselben schrift vernembn werdet<sup>1</sup>, der genedigen zuversicht, ir werdet uns damit auch nit lassen.» Dat. Regensburg 22. Juni a. 32.

## 150. Kaiser Karl V an den Rat.

Juni 24.

Regensburg.

*Str. St. Arch. AA 456. Druck.*

Es sei jetzt zu Regensburg beschlossen, dass die Stände im Hinblick auf den sicher bevorstehenden Einfall der Türken die sechsmonatliche eilende Hilfe, welche im Augsburger Abschied bewilligt worden wäre, auf den 15. August nach den Musterplätzen schicken sollten, welche für die einzelnen Kreise bestimmt wären. Strassburg solle deshalb als Mitglied des Rheinischen Kreises seinen Anteil im Betrage von 80 zu Ross und 450 zu Fuss nach Langenlois bei Krems in Oesterreich schicken. Nähere Bestimmungen über die Besoldung (12 fl. monatlich für den Reisigen, 4 fl. für den Fussknecht), die Stärke der Fähnlein (500 Knecht) etc. — Dat. Regensburg 24. Juni a. 32. — Lect. Juli 17.

I. Zettel: Aufforderung, zum 15. Juli jemand nach Speier zu schicken, um einen Hauptmann des Rheinischen Kreises wählen zu helfen. nr. 160.

II. Zettel: Aufforderung, an einem bestimmten Tage eine feierliche Betmesse zu veranstalten für Vergebung der Sünden und glücklichen Ausgang des Feldzugs.

## 151. Claus Kniebis an Jacob Sturm und Jacob Meyer in Nürnberg.

Juni 27.

Regensburg.

*Thom. Arch. Orig.*

Die Altgläubigen raten dem Kaiser wiederholt, den Augsburger Abschied aufrecht zu erhalten. Fürsten und Botschaften beabsichtigen abzureisen. Kniebis will auf Zureden von Sachsen und Hessen bleiben.

Ihr Schreiben vom 6. Juni (\*) habe er empfangen. Auf den Bericht der Kurfürsten aus Nürnberg über die Verhandlungen mit den Protestierenden hätten die Stände dem Kaiser geraten, bei dem Augsburger Abschied zu bleiben. Darauf hätte der Kaiser geantwortet, «welche kei. mt. schriften und gutbedunken uf hüt dienstag der usschütz bedocht und for die stende wider p. 164.

<sup>1</sup> Bezieht sich wohl auf ein Schreiben vom 12. Juni, in welchem Strassburg gebeten wird, leihweise Geschütz und Munition zu liefern. Ebenda fol. 48. Auffallend ist nur, dass dieser Brief dem Kanzleivermerk zufolge erst am 17. Juli in Strassburg zur Verlesung gekommen ist. Vgl. vorige Nummer. Ebenda fol. 50 befindet sich ein undatierter Anschlag der Dreizehn über die Kosten des auf Grund obigen Schreibens zu liefernden Kriegsmaterials. Nach einem Vermerk des Stadtschreibers «gewann aber dieser ratschlag keinen furgang».

brocht, doch in abwesen aller protestierenden stend; und ist aber einer von der stett gesandten, die nit zuo Augspurg protestiert und doch sunst unsers glaubens, ouch hinin gangen; der het den rotschlag gehört lesen uf dise meinung lutend, das keiserlich mt. es nochmols bi dem abschid zu Augspurg bliben lassen welle etc. als etlich denselben von stetten gesehen, haben si dem Menzischen canzler anzeigt, der hat sinethalben etlich der fursten und botschaften befragt und er dann der canzler im bescheid geben; haben der gesandt von Coln, Arnolt von Sigen, und der von Spir im geroten hinouzogon. also ist er wider usgangen; was aber die stend daruf witer beratschlagt, und ob inen des usschutz meinung gefall oder nit, hab ich nit wissen. aber wir von den protestierenden stetten haben von dem obg[enannten] Arnolt gehört, das er gesagt, das etlich fursten und der churfursten botschaften sich underredt, das si all hinweg wollen und ire diener als secretarien mit iren ingesigeln hie lassen, den abschid zu besigln. er ist ouch willens hut nach imbisz hinweg. doch so hab ich solichs dem Hessischen canzler angezeigt, der hat den Sechsischen gesandten, hern Hansen von Blonitz<sup>1</sup> und her Cristoffen<sup>2</sup>, des auch bericht; der hat dargegen gesagt, das er nit gloub, das die fursten und der churfursten botschaft on urlob kei. mt. und on beschlusz des abscheids verriten werden; ob aber glich solichs beschehe, so wurde doch unser abriten on wissen villicht mehr miszfalln kei. mt. dann der andern etc. darumb in fur guot angesehen, noch lenger zuo verharn und sehen, wie der handel sich witer enden wolle etc. hat uns domit uf dis mol wendig gemacht, weisz nit, so dises, wie obstet, eroffnet wurt, was in witer gefalln wurt oder nit.» Bei den Ulmer und Nürnberger Gesandten werde man weiteren Bericht erhalten. «Dat. umb ein stund ungeverlich nachmittag uf dienstag den 27. junii a. etc. 32.»

152. Jacob Sturm, Jacob Meyer, Jörg Besserer und Hieronimus Schleicher als Gesandte Strassburgs und Ulms zu Nürnberg an Claus Kniebis, Weiprecht Ehinger und Daniel Schleicher, Gesandte derselben Städte zu Regensburg.

Juni 28.  
Nürnberg.

*Thom. Arch. Copie.*

p. 164.

Man habe vernommen, dass in Regensburg «ain abschid vorhanden sein soll in sachen die religion betreffend vast dem Augspurgischen abschid gemesz». Dagegen sollen die Regensburger Gesandten laut einhelligem Beschluss aller in Nürnberg vertretenen evangelischen Stände mündlich Protest einlegen, und zwar auch im Namen der Städte Constanz, Lindau, Esslingen, Memmingen, Reutlingen, Isny und Biberach. «im fall aber, so der abschid nit dermassen eilends fallen wurd, ist man bedacht, ain schriftliche protestation hie ze stellen, dieselbig den churf., landgrävischen, euch und andern gesandten zuzeschicken, sich deren haben zugebrauchen.» — Dat. Fr. n. Johannis Bapt. a. 32.

<sup>1</sup> = Planitz.

<sup>2</sup> Zuname?

153. Der Rat an Jacob Sturm und Jacob Meyer in Nürnberg. Juni 28.

*Str. St. Arch. AA 441. Ausf.*

Keinenfalls die künftigen Anhänger der reinen Lehre preiszugeben. Den bezügl. Artikel eventuell zu umgehen. Für das Concil genüge die Bezeichnung «frei, christlich». Eventueller Protest gegen den Frieden.

Das Schreiben Sturms und Meyers an die Dreizehn d. d. Juni 22 (\*) sei heute im Rat verlesen. Man habe daraus zu grossem Verdruss vermerkt, dass die Gelehrten der evangelischen Stände zwiespältiger Meinung seien sowohl in dem Punkt, ob in den Friedensartikeln ausdrücklich gesagt werden sollte, dass im Concil «nur nach reinem Gotteswort beschlossen werden sollte», als auch in der Frage, ob die, welche später die Augsburger Confession annähmen, mit in den Frieden einzuschliessen seien<sup>1</sup>. Der Rat bittet, für die Beseitigung dieses Zwiespalts zu wirken, und übersendet einen neuen «Ratschlag der Gelehrten»<sup>2</sup>. Man solle dahin arbeiten, dass «das gotlich wort nit eingezeunet» werde, und dass den Evangelischen nicht verboten werde, sich derjenigen anzunehmen, die künftig der reinen Lehre anhängen. Wenn der Artikel in der Form, wie er von den Evangelischen vorgeschlagen ist, nicht durchgesetzt werden kann, so soll man ihn doch nur dergestalt bewilligen, «das dardurch das wort gottes andern unverpoten were», oder aber man soll ihn ganz umgehen und gar nicht erwähnen. Besteht der Kaiser ausdrücklich darauf, dass man sich der «Späteren» nicht annehmen dürfe, so soll man in Gemeinschaft mit dem Landgrafen «wider disen friden protestieren»; giebt aber der Kaiser zu, dass der Artikel umgangen und also «nichts zugelassen oder verboten» werde, so soll man damit zufrieden sein und auch versuchen, den Landgrafen — eventuell durch besondere Botschaft — zu bewegen, dass er sich damit einverstanden erkläre, um Trennung und Zwiespalt unter den Evangelischen zu verhüten.

nr. 145.

Im Artikel vom Concil könne man die Worte, dass darin «nach dem wort gottes geschlossen werden sollte», auslassen; denn nach dem Begriff des «freien christlichen Concils» verstehe sich das von selbst.

Für oben angeführten Fall, dass man mit dem Landgrafen gegen den Frieden protestieren sollte, wäre den vereinigten Ständen die Versicherung zu geben, «das wir gedenken, inen allen zuo laisten, was wir vermög unser christlich vereinigung inen schuldig sind».

Ein Schreiben gleichen Inhalts sei auch an Ulm geschickt<sup>3</sup>. Dat. Fr. 28. Juni a. 32.

<sup>1</sup> Sachsen, Brandenburg und Nürnberg rieten zur Nachgiebigkeit in diesen Punkten; ihnen entgegen standen Hessen und die Oberländer. Ebenda. Vgl. nr. 146 u. 159.

<sup>2</sup> Ebenda AA 439 (Ausf. mit Zusätzen von Bucers Hand). Das obige Ratsgutachten wird darin mit theologischer Weitschweifigkeit näher begründet. Am Schluss hat Bucer einige lateinische Notizen hinzugefügt, in denen er gegen Luthers Ansicht, dass man den vom Kaiser vorgelegten Friedensentwurf annehmen sollte, polemisiert.

<sup>3</sup> Ausf. im Ulm. Arch. Ref. T. XV.

## 154. Pfandbrief Herzog Ulrichs von Württemberg für die Stadt Strassburg. Juni 29.

*Str. St. Arch. AA 69 f. 99. Copie.*

Herzog Ulrich und Graf Georg von Württemberg bekennen, dass sie der Stadt Strassburg für Empfang einer Summe von 7500 fl. einen jährlichen Zins von 300 fl. schulden, für dessen pünktliche Zahlung sie die Einkünfte ihrer Herrschaften Mümpelgard und Blamont verpfänden. Dat. Sa. n. Joh. Bapt. a. 32.

nr. 149. 155. Gutachten der Dreizehn, was dem Kaiser auf seine Werbung wegen der Türkenhülfe zu antworten sei<sup>1</sup>. Juni [29].*Str. St. Arch. AA 456 f. 44-47. Conc. von Joh. Meyer.*

Die Türkenhülfe ohne Erlangung des Friedens nicht direct zu verweigern, sondern auf die Entscheidung der protest. Stände in Nürnberg zu vertrösten.

«Per herrn Bernharten Wormbser, herrn Martin Betscholt und herrn Batten von Dunzenheim: als gestern erkant, der Romischen kai. mt., unserm allergnedigsten herrn, uf ir mt. schriftlich ansuchen, neben der reichsstend bewilligten Turkenhilf ir mt. zwei fenlin knecht drei monat lang zu besatzung der Osterreichischen grenz wider den ankunf des Turken, bis ir mt. und des reichs hilf ankomen mocht, [zu schicken], abschlegig antwort zu geben, ist dieselb in dise weis bedacht worden»: es soll dem kaiserlichen Gesandten, Balthasar von Rabenstein, angezeigt werden, dass Strassburg gemeinsam mit andern protestierenden Ständen sich bisher vergeblich bemüht habe, vom Kaiser einen Frieden bis zum Concil zu erlangen, dass es daher bis jetzt gegen die Bewilligung der Türkenhülfe protestiert habe und dabei auch beharren müsse, weil es sich keinenfalls von den andern protestierenden Ständen absondern könne. Wenn der Frieden in Nürnberg zu stande komme, so sei Strassburg gern bereit, nach Beschluss der vereinigten Stände seinen gebührenden Anteil an der Türkenhülfe zu leisten. Der Gesandte möge demnach die Stadt beim Kaiser entschuldigen.

«Daneben bedenken die verordneten: nachdem hievor den gesanten zu Nürnberg zugeschreiben (\*), us vilerlei bedenken im selben schreiben anzogen, das si bei den vereinigten christlichen stenden uf han und in handlung pringen sollen, ob gleich der friden, derhalben zu Nurnberg gedagt, nit ins werk gebracht, die angeschlagen Turkenhilf durch die vereinigten stend [doch] geleistet wurde, und sich ein ersamer rat je seines teils zu demselben gutwillig angeboten, also das dennoch die Turkenhilf zu thun fur notwendig angesehen: damit dan kai. mt. als das zeitlich haupt nit also fur den kopf gestossen wurd und ir mt. solich abschlegig antwort zu ungnaden und als fur ein

<sup>1</sup> Das Datum ergibt sich aus einem Brief des Rats an J. Sturm u. J. Meyer in Nürnberg d. d. Juni 29 (Thom. Arch., Ausf.), worin die Werbung Rabensteins wie in obigem Gutachten als «gestern» geschehen bezeichnet wird.

ungehorsam uffassen und desdo mer den furhabenden friden zerschlahen lassen mocht: das dan irer mt. zu disem mal kein ganz abschlegig antwort gegeben, sonder dahin verzogen wurd, das man der andern vereinigten stend willen und gemüt in disem fall erlernen und demnach sich endlich entschliessen und kai. mt. mit undertheniger antwort <begnegen> [begeggen] wolt. damit mocht ir mt. ufgehalten, desdo mer den friden zu treffen geursacht werden, und demnach ein ersamer rat, nachdem und sich die sachen zu Nurnberg fridlich endeten, ir mt. antwort zuschreiben oder, so es nit nach eins ersamen ratz wolgefallen volnpracht, on antwort ersitzen lassen. es wurde auch sonder zweifel kai. mt. in gnedigen willen behalten, das, so sich die hoch not dermassen zutrieg, ein ersamer rat gemeiner christenheit zu gut hilf thun müst, dieselb von kai. [mt.] mit merer gnaden, so die gedacht solich hilf freiwilliglich und nit zwungenlich beschehen sein, ufgenomen wurd, und die kai. mt. in andern gemeiner stat ob und anligen, so jeder zeit an ir mt. gelangen mocht, zu wilfaren desdo genediger und geneigter zu sein<sup>1</sup>. und were obgeschribner antwort dis anzuhenken<sup>2</sup>:

Man habe bisher gegen die Türkenhülfe protestiert, weil die Zusicherung des gewünschten Friedens noch nicht erteilt sei. «es were aber nit on: ein ersamer rat hetten iren gesanten jetz zu Nurenberg besondern bevelch geben, mit den protestierenden stenden diser Turken halben zu handeln; derselben handlung und schliessung muest ein ersamer rat gewarten, kund auch kai. mt. on vorwissen derselben zu disem mal mit keiner antwort begeggen. wurde aber der friden jetzo zu Nurnberg getroffen, des ein ersamer rat durch ir mt. gnedigst zuthun undertheniglich hofte, und die protestierenden stend die Turkenhilf zu thun sich endschliessen, so wolte alsdan ir mt. ein ersamer rat zu seinem teil mit so undertheniger antwort begeggen, das er hofft, ir mt. ob dem gnedigst wolgefallen haben und tragen sollt.» Bitte, diese «ufzigeige antwort» nicht ungnädig aufzunehmen.

## 156. Claus Kniebis an den Rat.

Juli [6].  
Regensburg.

*Thom. Arch. Orig. (Zettel. Der Brief, zu dem er gehörte, scheint verloren.)*

Auf seine Erkundigung habe er «hüt den 6. tag juli» erfahren, dass wenig Hoffnung sei, vor St. Jacobs-Tag (Juli 25) einen Reichstagsabschied zu erlangen. «das wurde je beschwerlich, so doch die fursten hinweg und der wenigst teil von stetten noch hie ist. mogen ir erwegen, was zuo thuo sei oder nit.» Ehinger habe ihm gesagt, «das grof Ulrich von Helfenstein in kei. mt. namen werd gon Nurnberg und anderswohin etwas werben, sagt aber nit was; besorg, es werd an üch ouch gelangen.» — Dat. ut in literis<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Die Verworrenheit der Satzconstruction ist wohl auf Flüchtigkeit des Schreibers zurückzuführen.

<sup>2</sup> Am Rande von derselben Hand die Bemerkung: «dise letzt antwort ward erkant, kai. mt. zuzuschreiben, prout in missiven anni 32.»

<sup>3</sup> Vgl. Text.



## 157. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg. [Juli 15? 22?].

*Str. St. Arch. AA 453. Ausf.*

Hat ein Fähnlein zur Türkenhülfe bewilligt.

Erwiederung auf ein Schreiben vom 29. Juni (\*), betreffend die Antwort  
nr. 155. Strassburgs auf die kaiserliche Werbung wegen der Türkenhülfe. Ulm sei dem Kaiser «mit antwort, fast wie ewer fursichtigkait davon meldung gethon, begegnet.» Nun habe aber der kaiserliche Gesandte berichtet, wie die Stadt Wien in grösster Gefahr sei, in den nächsten Tagen von den Türken eingenommen zu werden, wenn nicht schleunigst Hülfe komme. «das alles und nit die Ro. kai. mt. als ain ainzechtige person, sonder zuvorderst gemainer cristenhait und teutscher nation eer nutz und wolfart, auch den notzwang unsers neben cristenmenschen an verderben beeder, seelen und leib, so scheinlich mit hochster grausamister tiranei vor augen, angesehen, sein wir zu erhaltung christenlicher und bruederlicher liebe und unsers vermainens nit unzeitlich bewegt und verursacht worden, Ro<sup>r</sup> kai<sup>r</sup> mt. ain venlin knecht zuzuschicken.» Hoffentlich werde ihnen «das von niemant zu ungut ufgnommen noch verstanden werden.» — Dat. Mo. n. Margarethe a. 32<sup>1</sup>. — Lect. Juli 27.

## 158. Der Rat von Constanz an den Rat von Strassburg. Juli 18.

*Str. St. Arch. AA 453. Ausf.*

Glaubt nicht recht an die Türkengefahr, weil einige altgläubige Städte von der Leistung der Hülfe entbunden sind.

«Wiewol wir bis dahar willens gewesen sind, unser ufgelegte anzal zu rosz und fusz wider den Turken als ain gmainen find aller christen ze schicken, so werdent doch so mancherlai mâr hin und hâr gesagt und geschriben, das wir schier gedenken müssend, das kain Turk vorhanden sig und vil lichter etwas gefarlichait in sachen sin möcht. zu welchem uns nit wenig ursach gibt, das Uberlingen, Ravenspurg, Rotwil und Koufburen jetzo des zugs erlassen sind und anhaimsch pliben werdent, wie uns gloplich ist angelangt, wiewol danebent war, das si den iren vergönnt habent, der kai. mt. oder andern zuzelofen. so hat die kai. mt. die prelaten des Swäbischen krais irer anzal volks erlassen und gelt darfur begert. nit wissen wir, wie die prelaten sich darin halten werdent. so nun wir achtent, das ir fur uch selbs, ouch vom landgraven von Hessen der sachen etwas gwisser oder mer dan wir kuntshaft habn moget, so langt an uch unser fruntlich pitt, ir wellend uns, was ir deshalb kuntshaft hapt, och ob oder wan ir uwere knecht usschicken werdent, und ob kainer gfarlichait sorg ze haben sig, hi

<sup>1</sup> Das Datum «Montag nach Margarethe» ist unbestimmt, weil Margarethe teils am 13. teils am 15. Juli gefeiert wird. Danach wäre unser Brief entweder auf den 15. oder den 22. zu setzen. Sachlich ist das erstere wahrscheinlicher, dagegen spricht der späte Empfangsvermerk Juli 27 mehr für das letztere.

disem poten schriftlich berichten, [damit] wir uns ouch darnach ze halten wissend<sup>1</sup>.» — Dat. 18. Juli a. 32.

159. Bericht [Jacob Meyers] über die Verhandlungen auf dem Tage zu Nürnberg. [Juni 3 — Juli 23].

*Str. St. Arch. AA 441. Orig. von Jacob Meyer. Beilagen ebenda AA 440. Copien von demselben.*

Anwesende Fürsten und Botschaften. Landgraf bittet die Strassburger, sich keinesfalls zur Preisgebung der künftigen Glaubensgenossen bewegen zu lassen. Instructionen der Städte fast gleichlautend. Ankunft von Mainz und Pfalz. Austausch der Gutachten über die Schweinfurter Artikel zwischen Sachsen und den Städten. Vorschläge der Unterhändler, Gegenvorschläge der Protestierenden. Vortrag Dr. Türks, Erwiderung Brücks. Die Unterhändler schicken zum Kaiser wegen neuer Vollmachten. Protest gegen eventuelle Bestätigung des Augsburger Abschieds. Entwurf des Kaisers zu einem «äusserlichen Frieden». Bei Beratung desselben Zwist zwischen dem Landgrafen und den andern Fürsten. Letzte Vorschläge des Kaisers. Hessen weigert die Annahme, die Andern nehmen an. Verhandlung über die Art der Ratificierung. Die Unterhändler erhalten ein Verzeichnis der beschwerten Stände.

«Uf mendag noch corporis Cristi [Juni 3] gon Nurenberg ankomen, und mit uns Bernhart Motzbeck von Eszlingen, Jos Weisz von Rutlingen, dorzuo Hans Conrat und Friderich Thum; haben do funden herzog Hans Friderich von Sachsen, herzog Franz von Brunzwig und Lunenburg, des lantgrofen ret Simon von Beuneberg und doctor.....<sup>3</sup>, margrof Jergen ret, beider grofen von Mansfeld ret.....<sup>4</sup>» Johann Friedrich ladet die Gesandten zu einer Versammlung am 4. Juni morgens ein. Inzwischen kommen auch die Gesandten von Constanz (Conrad Zwick), Ulm (Georg Besserer und Hieronimus Schleicher) und Biberach (Cristoph Greter) an. «und als wier uf das hus [zu Johann Friedrich] gon wolten, hand die lantgrefischen ret zuo her Jacoben [Sturm] geschickt und mit im wider zuo uns allen begert, das geschehen in unser herberg, und angezeigt: nochdem man zuo Schwinfort abscheiden, <und> [haben] sie ierem gn. hern den handel angezeigt, der seiner gelerten rat daruber gehabt und bedocht, das in dem articul berierend, das man sich deren, so furthien zuo dem wort sich neheren wurden, nit beladen solte, gar keinswegs zu bewilligen etc., als noch inhalt desselben

<sup>1</sup> Die Antwort Strassburgs an Constanz ist nicht vorhanden; doch wird sie jedenfalls ebenso gelautet haben wie die, welche Strassburg auf eine ähnliche Anfrage Berns (d. d. Juli 15, Strickler IV 1767) am 20. Juli erteilte. Darin heisst es: Wiewohl das Zustandekommen des Friedens noch nicht gesichert sei, so sei Strassburg doch schon mit der Aufbringung seines Anteils an der Türkenhilfe beschäftigt, um nicht für den Fall eines unglücklichen Krieges als schuldiger Teil hingestellt zu werden. Strickler IV 1780. S. unten nr. 160.

<sup>3</sup> Lücke. Wahrscheinlich ist zu ergänzen Dr. Johann Walter. Ausser diesen beiden hatte der Landgraf noch Johann Feige als Gesandten in Nürnberg, wie aus dem Nürnberger Abschied ersichtlich ist.

<sup>4</sup> Dem Nürnberger Abschied zufolge nur Dr. Johann Ruelhel.

ratschlags copien mit a bezeigt<sup>1</sup>, mit beger, glicher gestalt dorob zuo halten, als sie nit zwifelten, unsere hern und oberen solchs ouch bewegen und uns bevelch doruber gethon hetten etc. und es hette ier gn. her unseren hern und oberen derhalb geschriben (\*), achtend, dieselbigen wurden uns ier gemiet schriflich kont thun. doruf her Jacob generalia und dobei anzeigt, das etlich gesanten erst heut morgen ankomen, also das wier uns noch nüt mit einander besprochen oder unsere instructionen einander geofnet hetten; so aber solichs gesche, wolten wier inen nit verhalten.» Darauf Zusammenkunft aller anwesenden Stände, unter denen sich jetzt auch die Räte Wolfgangs von Anhalt und die Gesandten der Städte Braunschweig, Magdeburg, Memmingen, Kempten und Nürnberg befinden. Dr. Pfaff, als Vertreter des Kurfürsten von Mainz, und Philipp von Helmstet, als Vertreter des Pfalzgrafen, bitten um Entschuldigung, dass ihre Herren noch nicht angelangt seien; der Kaiser habe so viel zu thun, dass er sie noch nicht habe abfertigen können. Die Stände sollten sich deshalb noch einige Tage gedulden.

Am Mittwoch morgen [Juni 5] tauschen die städtischen Gesandten ihre Instructionen aus, die sich als beinahe gleichlautend erweisen<sup>2</sup>; nur «Ulm hat etwas milteren befelch, doch doneben den befelch, sich mit uns zuo verglichen.» Es wird beschlossen, dass Sturm, Zwick und Besserer zu den Landgräfischen gehen und «inen die meinung anzeigen» sollen.

«Uf donstag [Juni 6] umb die nün urn sind die beiden churf. Menz, Pfalz ankomen, und uf 220 pferd gehan.

«Uf fritag [Juni 7] sind die gesanten von steten all zuosamenkomen, und hat her Jacob anzeigt, das herzog Hans Friderich begere, unserer herren und oberen bedoch zuo vernemen, doruf deren von Costens ratschlag gehert, sovil beriert die in kunftigem herzuo komen werden, desglichen das concilium, das nun in allen einmietig gefallen, dasselbig usziehen und [zu] übergeben, und wiewol noch der umfrag der ratschlag Luteri und Pomeri gehert ward, der disem zuowider, doruf etlich uf meinung, als ob in derselb Luters ratschlag bas gefiel, heren liessen, doruf dan Conrat Zwick sich beschwert, solich inzuogeben (sic!), hat doch der mererteil fur guot angesehen, denselbigen mit underlassung etlicher wort, wie dan her Jacob die underzeigt, uszuziehen und zuo übergeben etc.; die hat her Jacob doctor Bricken übergeben. so ist uns der ratschlag Luteri und Pomerani ouch worden, inhalt desselben copien mit B bezeicht<sup>3</sup>.» Auch von Constanz, Anhalt, Mansfeld und Lüneburg werden Copien ihrer Ratschläge übergeben<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Im Str. St. Arch. AA 440 fol. 23-36 befinden sich drei Hessische Ratschläge über die Schweinfurter Artikel, alle in demselben Sinne verfasst; doch ist nur einer davon mit Datum (Mai 21) und mit Unterschrift der Theologen versehen, gedruckt bei Neudecker Urk. 199.

<sup>2</sup> Nämlich in dem Sinne, dass diejenigen, welche späterhin sich zum Evangelium bekehren würden, nicht im Stich zu lassen, sondern womöglich ausdrücklich in den Frieden einzuschliessen seien.

<sup>3</sup> Findet sich in den Strassburger Acten nicht; gedruckt bei Walch Luthers Schriften XVI 2208.

<sup>4</sup> Copien im Str. St. Arch. AA 439 fol. 40-69 u. 440 fol. 9-22.

Am Samstag [Juni 8] erste Verhandlung mit Mainz und Pfalz, am Montag [Juni 10] Mitteilung der neuen vom Kaiser vorgeschlagenen Mittel<sup>1</sup>. «der bedocht von disem teil [über jene Mittel] hat bei dem usschutz sich verzogen bitz donstag [Juni 13] morgen, do hat man denselben den churf. ubergeben.» (Beilage I). Die Kurfürsten finden darin «etlich wort dunkel und witleufig» und schlagen vor, dass zu besserer Verständigung ein engerer Ausschuss von beiden Seiten zusammenkommen solle. Die Stände bewilligen dies insoweit, «das man uf disem teil ier der churf. meinung heren, dieselb in geschrift empfohen und sich doruf unverwislich halten» wolle. Hierauf hält Dr. Türk am Freitag [Juni 14] einen Vortrag zur Erklärung der Artikel<sup>2</sup>. Dr. Brück erwidert am Dienstag [Juni 18]<sup>3</sup>, worauf «der kurf. rete uf donstag [Juni 20] muntlich geantwort: dwil gemeldet, so sie, die churf., bei kei. mai. wusten zu erhalten, das die meinung der declaration also noch lect[?]<sup>4</sup> derselben clorlich verstanden solt werden, wer ier beger, das man solche puncten, die disem teil für notwendig angesehen weren, anzeigte. so dan sie, die churf., vermeinten dieselben der kai. mt. bevelch gemesz, wolten sie billich antwort nit verhalten, so nit, wolten sie nit desto weniger dise meinung kei. mt. ouch ufs flissigts anbringen. doruf der usschutz dises teils uf denselben donstag nachmittag wider zuosamenkomen und beratschlagt, das die beschwerung muntlich furzetragen seien, welches uf fritag [Juni 21] nachmittag beschehen.» Die Kurfürsten antworten erst am 24. Juni: «dwil sie sich alwegen haben heren lossen, das sie von kei. mt. nit witer bevelch haben, und aber dis teil begert, so sie nit weiter bei kei. mt. truwen zuo erhalten, solichs anzeigen, haben sie dis teils neste schriftliche beschwerung kei. mt. zuogesandt mit 'beger, ier mt. [solle] inen weiter bevelch geben; so aber solichs ier mt. nit gelegen, das doch sein mt. inen ein anderen bevelch uf ein usserlichen friden zuo handlen geben welle etc., doruf in kei. mt. widergeschriben, er wel sich doruber beroten und alsdan inen solichs zuoschreiben; deshalb beten sie mit gedult zuo verharren, dan sie derselben antwort all stund wertig seien; sobald die kome, wellen sies nit verhalten.

<sup>1</sup> Ueber die Verhandlungen vom 8.-10. Juni verweisen wir auf Sturms Brief (nr. 146), wo dieselben anschaulicher dargestellt sind als in obiger Aufzeichnung.

<sup>2</sup> Copie Str. St. Arch. AA 440 fol. 58-67. Türk sucht darin die Bedenken der Stände gegen die vorgeschlagenen Mittel zu zerstreuen, indem er die einzelnen Artikel in einem den Evangelischen möglichst günstigen Sinne erläutert.

<sup>3</sup> Copie der Brück'schen Antwort ebenda fol. 68-73. Es ist darin ausgeführt, dass die von Dr. Türk gegebne Erläuterung der Artikel nur dann einen Wert für die Evangelischen haben könne, wenn sie officiell und schriftlich dem Vertrage angehängt werde; denn sonst würden die Gegner auf dem Buchstaben des Vertrages bestehen und danach den Evangelischen bei jeder Gelegenheit vorwerfen, dass sie den Frieden gebrochen hätten. Sei es daher die Absicht, den Artikeln eine officielle Declaration im mildernden Sinne anzuhängen, so seien die Evangelischen gern bereit, sich auf weitere Discussion darüber einzulassen; andernfalls bäten sie, dahin zu wirken, dass wenigstens usserlicher sachen halben uf einen gemeinen bestendigen lantfriden gehandelt und derselb ufericht mocht werden, domit sich meniclich gegen einander fridlich hielt, und man der religionsachen halben an allen orten und richten bitz uf das concilion unangefochten bleib. Man hoffe, dies um so leichter vom Kaiser zu erlangen, als ja das Concil voraussichtlich bald zustande kommen werde.

<sup>4</sup> oder 'lut. = laut.

- nr. 151. Mittler zit hat sich zuotragen, das man von Regenspurg vernomen hat, als ob die stend dis fridlichen anstands nit zuofriden und uf den Ougspurgischen abschid begert zuo verharren, deshalb wier und Ulm her
- nr. 152. Clausen und deren von Ulm gesanten geschriben, ob es sich so ilend zuotrüg, darwider zuo protestieren, und aber nochmols allhie zuo Nurenberg ein protestation angesetzt und inen ouch überschickt gon Regenspurg in eventum, ob man deren bedurft. ist nit überschickt, dan es nochmoln fur onnötig angesehen<sup>1</sup>.»

Am Donnerstag nach Ulrici [Juli 11] teilen die Kurfürsten endlich mit, dass der Kaiser einen «äusserlichen frieden bis zum concil» bewilligen wolle und übergeben Copie eines Friedensentwurfes in diesem Sinne (Beilage II). «doruf hat man bedocht genomen, und die einigungsverwanten, so die wal betrifft, sonder, die einigungsverwanten, so die wal nit betrifft, ouch sonder, und die so der wal und einigung nit verwant, ouch sonder glich wie zuo Schwinfort, beratschlagt, in welchem ratschlagen ein zueiung zwischen herzog Hans Friderich, Lunenburg, Anhalt, Mansfeld an eim, und den Hessischen reten ander teils zuotragen hat, welche doch durch zuothuon der stett gesanten verglichen; hat sich verzogen bitz samstag [Juli 13] zuo oben, und ist man zu allen teilen etlicher enderung beraten, inhalt der copien mit k bezeicht, welche uf sondag [Juli 14] dem engeren usschutz der fursten ubergeben ist; haben die genomen hinder sich zuo pringen an iere herren, und ist diser verwilt bitz samstag den 20. julii. do haben die churf. all stend berüft und furhalten lossen, das noch ubergebung obgemelter mittel sie, die untertedinger, solche keiserlicher mt. zuogesant schriftlich und mit muntlicher botschaft, deren antwort uf gesterigen fritag oben zuokomen. uf das nuon die stend on merung und minderung kei. mt. meinung vernemen mogen, wellen sie kei. mt. missive sampt ingeschlosznen articeln heren lassen, und dwil dous zuo vernemen, was kei. mt. entlich bevelch und meinung, sei ier zuoversicht, die stend werden sich derselben gemesz erzeigen, das die sach zuo end verlaufen mog. und ist doruf gemelt kei. mt. missive verlesen, welcher sie, die underthediger, kein copi geben wellen, doch als vil man behalten hat mogen, ist verfast in die feder lut derselben [copie] mit l bezeicht [Beilage III], doruf die articel, deren disem teil copias geben lut und inhalt derselben mit m bezeicht [Beilage IV]. doruf hat man zuo allen teilen bedocht genomen und hat sich vil handels und zueiung zuogetragen; namlich haben des lantgroven gesanten gedochte meinung nit wellen annemen, doch zuolest dohin gehandelt durch beger herzog Hans Friderichs, das der stet gesanten dorzwischen handeln mogen, das die lantgrefischen bewilligt, solichs alles hinder sich zu pringen. ist haruf gehandelt bitz mendag vor Jacobi [Juli 22], do hat man von der churf. fursten grofen und stetten [wegen] den churf., den underdedigeren, antwort geben, den gedochten friden anzuonemen, doch mit etlicher worter enderung, als die, «das die stend wider zusammenkomen und anders beratschlagen»; dobei begert, zuo vernemen, welcher gestalt die versicherung ufericht werden soll etc. [Beilage V]. solichs hat

<sup>1</sup> Diese Stelle scheint von derselben Hand, die das übrige geschrieben (Jacob Meyer), später eingeschaltet zu sein. Sie füllt den vorher infolge des Absatzes freigelassenen Raum gerade aus.

sich verzogen bitz uf mendag vor Jacobi [Juli 22], hat man den underthedigeren churf. solichs eroffnet mit vil onnotwendigen zuo schriben[den] worden<sup>1</sup>; doruf der kleiner usschutz zuo furderung der sach zuosamenverordent mit anzeig, das die churf. die undertediger ein notel der versicherung verfasst, welche man uf zinstag [Juli 23] gemeltem usschutz zu verlesen behendig, doch mit der zuosag, dieselbig nit abzuocopieren; ist aber, sovil man behalten hat mogen, diser inhalt lut deren summarischen copien mit n bezeich<sup>2</sup>; und uf beger, das kei. mt. gedochten underthedigern in ansehung, das sin mt. nit wol geschafft halb zuo vermogen sei, bevelch geben well, ob einicher stand molestiert wurd, inen solichs anzuzeigen und durch sie abgeschafft werde; ist solichs durch sie abgeschlagen, aber die, so vorgenommen seien<sup>3</sup>, begert anzuzeigen, welches ouch beschehen und uf kei. mt. oder ier mt. stathalter gewisen. es ist ouch begert, das ier churf. gnaden wellen bei kai. mt. dise stend entschuldigen, das die Türkenhilf us verhinderung diser underhandlung nit sobald ankomen moge, ouch verre des wegs etwas hinderung bringe etc.<sup>4</sup>. »

## BEILAGEN.

## I. Erwidrung der Stände auf die Friedensvorschläge der Unterhändler. [Juni 13].

Die Vorschläge seien den zuletzt in Schweinfurt vorgebrachten fast ganz gleich und daher nicht annehmbar. Nochmalige Darlegung der anstössigsten Punkte. Die Kurfürsten werden gebeten, die Stände beim Kaiser zu entschuldigen und dahin zu wirken, « das ier mt. sie gnediglich welle schützen und hanthaben bei ieren rechtmessigen angestellten protestationen und appellation und ierer mt. in recht gewirkten und gegebenen friden, damit sie bitz zuo gemeinen cristlichen freien concilion durch niemans diser sachen halben in schein vermeints rechtens oder sonst mit der that molestiert werden, wie sie sich dan ieres teils ouch an glich und recht begnügen zuo lassen geneigt, auch ungeru jemants darwider beschweren wolten. wissen aber die churfürsten uber gemelter kai. mt. bevolens mittel racht und weg, das kai. mt. solcher ierer mt. mittel etwo durch milterung und erklerung gnediglich moecht verenderen lassen, oder andere mittel furzuonemen, die bei ierer mt. zuo erhalten und Sachsen und der andern gewissen nit beschweren, auch guotem und christlichem friden dienstlich sein mochten, die wellen sie von den churf. nochmols gern vernemen und sich aller pillicheit daruffien wider heren lassen. »

<sup>1</sup> D. h. mit vielen Worten, die auch zu schreiben, überflüssig ist.

<sup>2</sup> Str. St. Arch. AA 440 fol. 82. Der Inhalt entspricht der vom Kaiser am 2. Aug. wirklich ausgestellten «Versicherung». Vgl. unten p. 169 A. 1.

<sup>3</sup> Sc. vom Kammergericht, Hofgericht etc., s. das Verzeichnis p. 168 A. 1.

<sup>4</sup> Hier bricht das Protokoll ab; indessen fehlen nur die Schlussbemerkungen über die Verrichtung des Abschieds und die Abreise. Vgl. den Abschied des Nürnberger Tages (Beilage VI). Auf die letzten Forderungen der Protestanten (Beil. V) erfolgte die kaiserliche Entgegnung erst am 2. Aug., s. p. 169 A. 1.

II. Erster Entwurf eines „äusserlichen Friedens“, von Mainz und Pfalz vorgeschlagen und von den Protestierenden abgeändert<sup>1</sup>. [Juli 11 u. 14].

[1] «Namlich das die Ro. kei. mt., unser allergnedigster her, als das obrest haupt im heiligen reich einen gemeinen bestendigen friden bitz zuo einem gemeinen freien cristlichen concilio zwischen ierer kei. mt., ouch allen stenden des reichs teutscher nation, geistlichen und weltlichen, ufrichten:

[2] Also und dergestalt, das keiner den anderen hiezzwischen demselben concilio des gloubens noch sonst keiner ursachen halben uberziehen, vergewaltigen noch jemans seiner rend, zins, zehenden und guter entsetzen sollen, sonder ein jeder den anderen mit rechter fruntschaft und cristlicher lieb meinen, ouch<sup>2</sup> in allen sachen des lantfridens demselben, wie der hievor zuo Worms ufgericht, und des reichs ordnungen, sovil den glouben nit betreffen, derselben inhalts vestenklich geleben und volziehen, und keiner den anderen derhalben wider gemelten lantfriden, des heiligen reichs ordnung, recht und billicheit uberziehen, vergewaltigen oder beschweren soll.

[3] Welchen obgenanten gemeinen friden die Ro. kei. mt. allen stenden im heiligen reich usschreiben, verkünden und bei einer namhaften schweren ansehnlichen penen zuo halten gepieten.

[4] So wellen<sup>3</sup> kei. mt. wider Sachsen und ier mitgewanten der religion halben durch ieren fiscal oder ier mt. kamergericht, noch an anderen gerichtsstuben oder zwangsnussen von ampts wegen noch [auf] jemans anhalten bitz zuo gemelten concilio nit procedieren lassen; ouch so derhalb einich rechtvertigungen oder verabschiedungen furgenomen weren, sollen dieselben bitz zuo gemelten concilio prorogiert werden.

[5] So erpieten sich ouch die Ro. kei. mt., allen fleisz furzuowenden und zuo furderen, damit das obgemelt concilion in einem halben jar usgeschriben und publiciert und dornoch in einem jar gehalten, oder im fall, so das nit erlangt werden mocht, das alsdan die gemeinen stend des reichs wider zuo einander uf ein gelegen molstat beruft und beschriben werden, zuo ratschlagen, was des gemelten concilii und sonst anderer notturtiger sachen halb ferner furzuonemen und zuo handlen sei.»

III. Erklärung des Kaisers an die Unterhändler, den Frieden betreffend. [Juli 20].

Die beiliegenden Artikel (Beil. IV) enthielten seine «entlich meinung und beschluss». Wenn die Protestierenden auf diese Artikel nicht eingingen, so gäbe es Anlass zu Bedenken, ob sie überhaupt zum Frieden geneigt wären. Es sei ihm zwar beschwerlich, die Kammergerichtsprozesse etc. zu sistieren,

<sup>1</sup> Die gesperrt gedruckten Worte sind die von den Protestierenden vorgeschlagenen Aenderungen oder Ergänzungen. Vgl. oben die Relation p. 164.

<sup>2</sup> Hier folgt im Entwurf der Unterhändler anstatt der gesperrt gedruckten Stelle nur: «den hievor ufgerichteten kei. mt. landfriden.»

<sup>3</sup> Hier folgt im Entwurf der Unterhändler: «beid churf. Menz und Pfalz die Ro. kei. mt. bitten und verhoffentlich vermogen, das ier mt.» etc (wie oben).

da «die anderen stend» auf dem Augsburger Abschied beharrten; indessen wolle er, um seine Friedensliebe zu zeigen, genehmigen, dass Mainz und Pfalz in seinem Namen den Protestierenden die gewünschte Zusicherung bezüglich der Prozesse geben; «doch das dieselb versicherung bei ier der churf. handen blib und nit dorus keme, domit die anderen stend dodurch nit unlustig wurden.»

#### IV. Die vom Kaiser bewilligten Friedensartikel.

[1] «Erstlich das die Ro. kei. mt., unser allergnedigster herr, als das obrist haupt im heiligen reich einen gemeinen bestendigen friden zwischen ierer mt. und allen stenden des heiligen reichs teutscher nation, geistlichen und weltlichen, ufrichten bitz zuo einem gemeinen frien cristlichen concilio, wie solichs uf dem reichstag zuo Nurenberg [a. 1524] beschlossen ist, oder wo das sein furgang nit haben wurde, bitz die gemeinen stend des reichs wider uf ein gelegen malstat zuo einander beruft und beschriben wurden, wie dan hernach in einem sonderen articul begriffen wurd:

[2] in der gestalt, das hiezzwischen demselben concilio oder das die stend, wie obstot, wider zuo einanderkomen und anders beratschlagt wurdet, keiner den anderen des gloubens noch sonst keiner anderen ursach halb bevehden bekriegen berauben fahen uberziehen belegeren, auch dorzuo durch sich selbs oder jemans anderen von sinetwegen nit dienen, noch einich schlosz stet markt befestigung dorfer hove oder weiler absteigen [?] oder on des anderen willen mit gewaltiger dat frevelich innemen oder gevorlichen mit brand oder in ander weg dermassen beschedigen, ouch niemans solchen deteren rat hilf und in kein ander wis beistand oder furschub thuon, ouch sie wissentlich oder geverlich nit herbergen behusen etzen oder drenken, enthalten oder gedulden, sonder ein jeder den anderen mit rechter fruntschaft und cristlicher lieb meinen soll.»

[3] Wie Beil. II, 3.

[4] Wie Beil. II, 5<sup>1</sup>.

#### V. Antwort der Protestierenden auf das Vorige.

[Juli 22].

«Hetten sich volgender antwort entschlossen bis uf des lantgrafen zuo Hessen rät, dan dieselben wurden sich ierer notturft von wegen iers hern sonderlich vernemen lassen. und erstlich betreffend den punct, so in kei. mt. articul stet, das der frid biz uf ein concilium oder biz die gemeinen stend berufen und dan anders beratschlagen etc, steen soll: wiewol es Sachsen und die anderen auch darfier hielten, das es vermög des letzteren articuls die meinung nit sei, das es bei den stenden des anderen teils ieres gefallens sten solt, so das concilium in bestimpter frist sein furgang nit hett, disen friden zuo veranderen oder ufzuoheben, beten sie doch die beiden churf. ganz fruntlich und underdeniclich zuo verhietung miszverstands, wan sie den handel nuonmer widerumb kei. mt. zuo erkennen geben wurden, bei ierer mt. zu arbeiten, domit solche wort, namlich «bis das die stend ein anders beratschlagen»», mochten ussen bliben und nit

<sup>1</sup> Der vierte Artikel des Entwurfs (Beil. II) bezüglich der Prozesse ist fortgelassen. Vgl. Beil. III.



gesetzt werden, dwil doch berurter letzter articul den verstand genuogsam geb, wie es im fall, das es sich mit dem concilio verzug, gehalten soll werden.

Die versicherung und rechtvertigung zuo disputieren belangend, hetten Sachsen etc. nest vermerkt, das kei. mt. den beiden churf. die notel der versicherung zuo handen stellen wurde; das bedanken sie sich gegen kai. mt. ganz underdeniclichen, und das sie bei den beiden churf. gelegt wurde, liessen sie ouch wol geschehen, hetten ouch dorin kein beschwerung; aber ir fruntlich und underdenig bitt were, das dieselbige versicherung alhie mechte begriffen und angesetzt und dan den churf. f. u. stenden dises teils copien zuogestellt und durch die kei mt. inhalt solcher notel, uf der beider churf. furwendung gnediglich ufericht, versiglet und singniert mocht werden. und im fall, so jemans Sachsen teils durch die anderen stand oder jemans andern mit rechtvertigung der religionsachen halben betrangt wolt werden, das sich alsdan die beiden churf. als handler, solichs bei der kai. mt. abzuschaffen, beflissigen wolten. wo aber der gegenteil nit stilston, sonder mit den angefangnen processen oder execution wurde(n) furfahren wollen, das dan Sachsen und den verwanten frei und vorbehalten blib, wesz inen vermog naturlicher und beschribner recht und anderer pillicheit gepurt. »

Die Protestierenden wollen ihrerseits dem Kaiser, wenn er den Frieden ausschreibt, allen schuldigen Gehorsam leisten, namentlich auch bezüglich der Türkenhülfe; nur bitten sie um Entschuldigung, wenn die Hülfe derjenigen Stände, deren Heimat weit von dem Musterplatz entfernt liegt, nicht zum festgesetzten Termin eintrifft.

Sie übergeben ferner ein Verzeichnis der am Kammergericht, Hofgericht etc. bereits anhängigen Prozesse<sup>1</sup> und bitten um deren Sistierung.

VI. „Abscheid den fridlichen anstand belangen zu Nurnberg ufericht.“

Juli 23.

(Gedruckt bei Hortleder I 67, Walch XVI 2210. Länig II 589).

Die Kurfürsten von Mainz und Pfalz thun kund: Zwischen dem Kaiser und den (protestierenden) Ständen, — deren Namen aufgezählt werden<sup>2</sup> —, hätte sich «des glaubens halben etliche zeit her miszverstand und irrung erhalten». Nachdem nun alle früheren Versuche eines Ausgleichs gescheitert wären, hätten sie, die Kurfürsten, sich mit kaiserlicher Bewilligung ins Mittel gelegt, um namentlich im Hinblick auf die drohende Türkengefahr, welcher mit geeinten Kräften begegnet werden müsste, eine Verständigung herbeizuführen. Obgleich es nicht gelungen sei, die Glaubenssache selbst zur Vergleichung zu bringen, so habe doch schliesslich auf ihr, der Kurfürsten, Ansuchen der Kaiser «einen beständigen, gemeinen Frieden» in folgender Weise bewilligt. (Folgen die Artikel wie in Beilage IV).

<sup>1</sup> Liegt bei fol. 86 (Copie). Es sind darin folgende Stände als verklagt angezeigt: Georg von Brandenburg und die Stadt Nürnberg durch den Bischof von Bamberg, Strassburg durch seinen Bischof, Constanz durch sein Domkapitel, Ulm durch den Probst zu Wengen, Bremen durch seinen Bischof, Reutlingen durch den bischöflichen Fiscal in Constanz, Herzog Ernst von Lüneburg durch den Erzbischof von Bremen, Magdeburg durch den Probst von St-Petersberg.

<sup>2</sup> Ebenso wie in Beil. X zum Schweinfurter Tage p. 131 (vgl. 121 u. 124); nur Philipp von Hessen ist ausgelassen, da er ja diesen Abschied nicht annehmen wollte. Vgl. am Schluss.

«Darzu hat die Ro. kai. mt. zu merer und bestendiger erhaltung solichs obgemelten gemainen friden[s] gnediglich bewilligt und zugesagt, das ir mt. alle rechtvertigung in sachen den glauben belangent, so durch ir mt. fiscal und andere wider den churfürsten zu Sachsen und seine zugewanten angefangen wern oder noch angefangen werden möchten, anstellen wellen bis zu nechstkünftigem concilio, oder so das concilium nit gehalten, [bis] durch die stend in ander weg darein gesehen werde, wie dann die kai. mt. uns des ain versicherung vermog ires gnedigen schreibens, uns deshalben gethon, zu unsern handen gnediglich zustellen wellen.»

Dagegen erbieten sich die protestierenden Stände, dem Kaiser schuldigen Gehorsam zu erzeigen und ihren gebührenden Anteil an der Türkenhülfe zu leisten.

Mainz und Pfalz wollen die von den Protestierenden gewünschten Aenderungen einiger Ausdrücke beim Kaiser befürworten und auch möglichst schnell die kaiserliche «Versicherung» des Friedens zu erlangen suchen. Die Erklärung des Kaisers hierüber wollen sie alsbald an Sachsen schicken<sup>1</sup>. «Im fall aber, so die kai. mt. nichts weiters nachlassen noch endern wolt, so soll dannoch dise abred in creften sein und bleiben und ires inhalts vollzogen und der nachgegangen werden.»

Die Gesandten des Landgrafen von Hessen haben sich geweigert, da es «diser zeit in irem bevelch nit were, disen abschid anzunemen,» unter Mitteilung ihrer Gründe, welche dem Kaiser vorgebracht werden sollen. Die Gesandten wollen ihrem Herrn den Abschied mitteilen, «der unzweifelichen zuversicht, sein lieb wurde sich darauf ires gemuets auch vernemen lassen<sup>2</sup>.»

Besiegelt von Mainz und Pfalz einerseits, von Herzog Johann Friedrich andererseits. Dat. Nürnberg Di. n. Mariae Magdalenaе a. 32.

Beil. V.

<sup>1</sup> Das Schreiben des Kaisers vom 2. Aug. (am 17. Aug. an Sachsen übersandt) verweigert die Aenderung des Wortlauts der Urkunde, giebt aber eine nähere Erläuterung in dem Sinne der Evangelischen; namentlich sollen die von letzteren angefochtenen Worte «bis die Stände anders beratschlagen» in dem Sinne verstanden werden: «bis uf einem reichstag in sachen der streitigen religion ander einsehens bescheen wurd.» Die «Versicherung» bezgl. der Einstellung der Prozesse hat der Kaiser dem Entwurf der Kurfürsten entsprechend ausgestellt (d. d. Aug. 2 gedruckt bei Walch XVI 2236, bei Lünig u. a.); jedoch befiehlt er ausdrücklich, «das diese versicherunge in alwege bei euern [der Kurfürsten] handen wolverwart und behalten und nit publiciert noch jemens copei davon gegeben werde, aus viel beweglichen ursachen und sonderlich zu verhuiten, das die andern stende des reichs desto weniger unlustig gemacht werden.» Er betont ferner in der «Versicherung», dass nur auf besondres Ansuchen im einzelnen Falle bei ihm oder seinem bevollmächtigten Statthalter die Sistierung der Prozesse verfügt werden würde. In dem offenen Mandat, durch welches er am 3. Aug. den Frieden verkündete (Walch XVI 2239, Str. St. Arch. AA 441), ist der Klausel bezgl. der Prozesse nicht die mindeste Erwähnung gethan, während der Inhalt im übrigen dem Nürnberger Abschied und der Versicherung entspricht. Sachsen drückte den beiden Kurfürsten am 27. Aug. seine Zufriedenheit mit der kaiserlichen Bewilligung aus; nur beschwerte es sich darüber, dass der Kaiser nicht durch directen Befehl dem Kammergericht das Procedieren in Glaubenssachen untersagt habe, und bat dringend um Abschaffung der bereits anhängigen Prozesse. Str. St. Arch. AA 440 fol. 89 ff. Gedruckt in der «Beschreibung der Stadt Göttingen» III 421.

<sup>2</sup> Der Landgraf musste sich nachträglich doch entschliessen, den Abschied anzunehmen, nachdem er auch von Mainz und Pfalz inständigst darum ersucht war. Schreiben v. 17. Aug. bei Neudecker Actenstücke 76.

**160. Strassburgs Beteiligung an der Türkenhülfe.**

Juli—August.

*Str. St. Arch. AA 456 u. 457.*

Beschickung des Kreistages zu Speier. Seit Mitte Juli Werbung von Kriegsvolk. Befehlshaber des Strassburger Contingents. Instruction des Obersten. Truppenzahl. Gründe, weshalb weniger geschickt wird, als der Anschlag beträgt. Abmarsch. Kosten des Zuges. Particularhülfe zweifelhaft.

nr. 148-50.

*Nach wiederholten Mahnungen zur Leistung der Türkenhülfe hatte der Kaiser am 20. Juli die Strassburger noch einmal in dringender Weise zu sofortiger Absendung ihres Contingents nach Wien aufgefordert. Der Rat, obwohl mit dem Gang der Nürnberger Friedensverhandlungen keineswegs zufrieden, hatte sich doch, schon ehe die letzte Mahnung erging, zur Willfährigkeit entschlossen. Das erste Zeichen hierfür war die Beschickung des Oberrheinischen Kreistages zu Speier am 14. Juli durch den Altammeister Mathis Pfarrer. In dem Abschied dieser im Hinblick auf die Türkengefahr berufenen Versammlung heisst es ausdrücklich, dass Hessen und Strassburg ungeachtet ihres Protests gegen den Augsburger Abschied die Türkenhülfe bewilligen wollten. Zum Befehlshaber des Oberrheinischen Kriegsvolks wurde in Speier Philipp von Thun, Herr zu Oberstein und Falkenstein, der bisherige Kreishauptmann, gewählt. Im übrigen enthält der Speierer Abschied Bestimmungen über Sold und Ausrüstung des Hauptmanns und der anderen Offiziere. Am Schluss steht die Bemerkung, dass der Strassburgische Gesandte „der siglung halb uf hindersichbringen acht tag bedacht genommen“; innerhalb dieser Zeit werde Strassburg seinen Entschluss der Stadt Speier mitteilen. Weiteres ist hierüber nicht bekannt, doch entsprach jedenfalls das fernere Verhalten Strassburgs dem Kreis-Abschied. Schon Mitte Juli bewarb sich die Stadt fleissig um Fussvolk und Reisige, wie z. B. aus einem Brief hervorgeht, den ein gewisser Keule am 22. Juli aus der Eifel an den Rat richtete. Er sagt darin, er hoffe bis zum 6. August, dem Musterungstermin der Strassburger Söldner, etwa 40 Reisige zusammenzubringen. Philipp von Ehingen, Comthur des deutschen Ordens, und Claus Zorn waren bereits am 17. Juli als Reiterführer in den Dienst der Stadt getreten. Zum Oberbefehlshaber des Strassburger Contingents wurde Bernhard Wormser, Stettmeister, ernannt; unter diesem sollte Schweiker v. Sickingen die Reisigen, und Engelhard v. Speichingen das Fussvolk befehligen<sup>1</sup>. Als Pfennigmeister wurde Friedrich Sturm bestellt, dem der Sold für die Truppen auf 6 Wochen vorausbezahlt wurde. In der Instruction, welche Wormser erhielt, wurde ihm aufgetragen, sich dem Kreis-*

<sup>1</sup> Strassburg trug Bedenken, ob man Sickingen, der noch wegen der bekannten Fehde seines Vaters mit Pfalz und Hessen unversöhnt war, zum Hauptmann machen dürfe. Es fragte deshalb beim Landgrafen und Pfalzgrafen an und erhielt von beiden die Antwort (Juli 23 u. Aug. 3), dass sie gegen Sickingens Wahl nichts einzuwenden hätten. Der Landgraf fügte allerdings hinzu, dass er eine anderweitige Wahl lieber gesehen hätte. — Engelhard von Speichingen sowie ein gewisser Volkmar von Konritz beschwerten sich nach Beendigung des Zuges wegen rückständigen Soldes etc., worüber sich im Str. St. Arch. AA 436 einige Briefe befinden.

hauptmann zwar unterzuordnen, aber doch darauf zu achten, dass die Truppen zu keinem andern Zweck als gegen die Türken verwendet würden. Im übrigen wurde er angewiesen, mit dem Kriegsvolk des befreundeten Landgrafen gut zusammenzuhalten. Die Stärke des Strassburger Contingents sollte nach dem Reichsanschlag eigentlich 450 Knechte und 80 Reisige betragen; doch wussten die Herren vom Rat diese Zahl herabzumindern, wie folgendes Verzeichnis<sup>1</sup> zeigt:

„Darauf ist geschickt 331 personen, die ainzig söld haben, und 51 personen dupelsöldner, hauptman etc und 3 jungn, item noch zwen furman; der capelan hat dupelsöld, also ist es zusamen 388 person. uf diese knecht ist ausgeben 61 übersöld, also trifft es sich in sölden 449 söld, da breste nit mer dann ein sold.

Item so seind der reuter, so gemustert seind 75 personen, darunder 7 kurisser; uf die personen seind ain kurisser gerechnet fur ain dupelsöld, thet 82 personen. so man aber die übersöld rechnet, der seind 17 übersöld, so man uf hauptleut und andere gibt, lut des registers; also auf die 75 personen und geruster pferd seind noch 17 reuter übersöld, das macht zusamen 94<sup>2</sup> raisiger söld; da seind 14 söld mer dann unser uflage ist, one boten, trosser und wägen.

Dieser bericht ist darumb, ob man sagen wölt, man hette die zal am fuszvolk und reutern nit ganz, das doch nit anders ze rechnen ist, dann uf die söld. so kan man mit den registern darthun, das es an zal der summen der söld zu fusz und rosze mer übertrifft, dann unser anlage ist, das man es umb ersparung des gelts nit underlassen hat, sonder aus hat muessen geben zu bekommung des volks, damit man uns nit mer auflege, dann andern, so sich mit gelt ire reuter und volk abkauft haben.

Diesen bericht ist not, vor dem obern hauptmann im zirk oder dem oberst im veld anzusaigen, wie vorstat.“

Der Abmarsch des Fussvolks zum Musterplatz bei Wien erfolgte schon am 29. Juli, derjenige der Reiter am 12. August. Nach einer am 2. December aufgestellten Berechnung beliefen sich die Unkosten, welche Strassburg durch den beinahe viermonatlichen Feldzug hatte, auf 12050 fl.<sup>3</sup>

Darüber, ob Strassburg dem Kaiser die erbetene Aushülfe mit Geschütz und Munition gewährte, haben wir keinen Aufschluss, ebensowenig über die Frage, ob Strassburg dem zum Generalproviandmeister des Feldzugs ernannten Pfalzgrafen Ott Heinrich die vom Kaiser erbetenen 25000 fl. vorgestreckt hat.

nr. 149.

<sup>1</sup> Str. St. Arch. AA 436 fol. 61.

<sup>2</sup> Muss wohl heissen 92, ebenso gleich nachher 12 statt 14.

<sup>3</sup> Ueber den Feldzug selbst ist bekannt, dass derselbe ohne eigentliche Schlacht mit dem schimpflichen Rückzuge der Türken endigte, nachdem sich ihre Hauptmacht an der kleinen Festung Günz gebrochen hatte. Am 7. August hatte die Belagerung der letzteren begonnen, am 18. November langte Suleiman wieder in Constantinopel an. Während dieser Zeit kam das Reichsheer kaum in Thätigkeit und nach Beseitigung der Gefahr löste es sich auf trotz der Bemühungen König Ferdinands, es zur Eroberung Ungarns zusammenzuhalten. Zinkeisen II 730 ff. Vgl. nr. 165.

161. Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen an den Rat. August 21.  
Torgau.

*Str. St. Arch. AA 444. Ausf.*

Zeigt den am 16. August erfolgten Tod seines Vaters an, «der genedigen zuvorsicht, ihr werdet desselben unsers lieben herrn und vaters todlichen abgang, als der euch zu gnaden und allem christlichen gueten je allwegen gewandt gewest, mit uns auch mitleiden tragen.» — Dat. Torgaw Mi. n. assumpt. Mariae a. 32. — Lect. Sept. 5.

162. Der Rat an Landgraf Philipp. September 14.

*Marb. Arch. Ausf. Zettel im Const. Arch. O. VI 2 f. 12. Copie.*

Beschwert sich, dass der Kaiser dem Kammergericht noch nicht Stillstand geboten hat. Bittet um Mitteilung der noch ausstehenden Erklärung von Mainz und Pfalz darüber. Zettel: Anstellung eines Sollicitators am kaiserlichen Hof.

Dankt für des Landgrafen Schreiben (\*) und Uebersendung der zwischen dem Kaiser und den Kurfürsten von Mainz, Pfalz und Sachsen gewechselten Briefe hinsichtlich des Nürnberger Friedstands. «dieweil wir aber usser hochermelten beider churf. Menz und Pfalz schreibn vermerken, [dass] di Romische kai. mt. der rechtfertigung halbn, so mit uns und unser mitgewandten furgenomen werden mochten, weder irer mt. camergericht noch andern gerichtzwegn stillzustan gepoten, besonder daz man bi irer mt. ansuchn solle, vorbehalten habn will, daz achten wir uns und andern unsern mitgewandten beswerlich und weiters nachzgedenken von noten sein, wi und welcher gestalt derselbn beswerden vorkomen werden mocht.» Auch der Landgraf, welcher, wie man höre, den Nürnberger Frieden nachträglich angenommen habe, möge auf Abhülfe der Beschwerden denken und dem Kurfürsten von Sachsen schreiben, dass derselbe sogleich Nachricht gebe, wenn die Antwort der Unterhändler auf das Gesuch wegen der beim Kammergericht anhängigen Sachen eintreffe. Strassburg habe grosses Interesse daran; denn die beiden Prozesse<sup>1</sup>, welche der Bischof am Kammergericht gegen die Stadt angestrengt habe, seien zur Zeit noch nicht inhibiert. Dat. Sa. n. nativ. Mariae a. 32.

Zettel: «Wir haben auch gedacht, dweil man umb die rechtvertigungen, so gegen den verainigten stenden durch di gaistlichen oder ander in sachen des glaubens und religion furgenomen seind und noch werden mochten, bi der kai. mt. jeder zit ansuchen solt, ob man ain gemainen sollicitatorn uf aller stend costen und unterhaltung an kaiserischen hof gelegt, in solchen sachen zu gebrauchen.» Man möge auf dem Braunschweiger Tage<sup>2</sup> darüber beraten.

<sup>1</sup> Wegen Reformierung der Stifter St. Arbogast und St. Stephan. Vgl. darüber den Anhang.

<sup>2</sup> Am 11. November, vgl. p. 136 u. nr. 191.

## 163. Landgraf Philipp an den Rat.

September 21.  
Spangenberg.*Str. St. Arch. AA 454. Ausf. Zettel ebenda.*

Antwortet auf das Schreiben vom 14. September, dass ihm «der angenommen fride und anstand nie wolgefallen, und ist uns noch heude bei tage zu keinem gefallen, wie dan ewere geschickten, so zu Nurnberg gewesen, gut wissens tragen. aber ir sollet es davor haben, so euch noite<sup>1</sup> angehen wurde, das wir euch mit gnedigem beistand trewlich zusetzen und nit lassen wollen.» Verspricht, Strassburgs Brief an Sachsen zu schicken und, was ihm an weiteren Nachrichten zukommt, «furtherlich» mitzuteilen. Dat. Spangenberg 21. Sept. a. 32. — Lect. Oct. 12.

Zettel: Er werde seinen Gesandten auf dem Braunschweiger Tage Befehl geben, wegen der von Strassburg gewünschten Anstellung eines Sollicitators am kaiserlichen Hofe zu handeln.

## 164. Der Rat von Esslingen an den Rat von Strassburg. October [2].

*Str. St. Arch. AA 455. Ausf.*

Dankt für einen Ratschlag über seinen Streit mit der Württembergischen Regierung und dem Kloster Sindelfingen. Hat auch den Landgrafen um Rat gebeten.

«Euer fürsichtigen ersamen weishait schreiben (\*) mit anzeigung, wes wir uns in den angezeigten beegenten beschwerden von der Wirtembergischen regierung und den munchen von Sindelfingen der pfarrverwaltung halben in unserm Dorf zu Faihingen auf den Fildern<sup>2</sup> und zu abschaffung derselbigen bearbeiten sollen, haben wir ferners inhalts und im besten vernomen. bedanken uns zum hochsten derselbigen getrewen mitgetailten rats, weren auch demselbigen also nachzukomen und zu geleben gemeint gewesen, wo wir mitler weil durch unsere guete nachparliche freund der stat Ulm in zuschickung etlicher schriften nit bericht, das der furgenomen tag gen Schmalkalden aus ursachen were abgeschriben worden. dweil uns dan, wie vormals wir e. f. e. w. auch schriftlichen zu erkennen geben (\*), an den beegenten beschwerden vil und hoch gelegen, und zu gedenken, es werde an demselbigen nit erwinden, besonder sich fur und fur mit der that understeen, uns und die unsern in unserm christenlichen vorhaben zu verhindern, wie dan nach solichem sie die von der regierung sich mit der that underfangen, alle zins renten nutzungen und gueter, so den klostern, in unser stat gelegen, zugehörig und durch sie die klosterspersonen erkaufft, denjenigen, so sich noch bei uns gehorsamlichen enthalten, zu entziehen und inen selbs zuzuaignen, derhalben dan hoch von noten sein will, nochmals der sachen nachgedenken zu haben, mit was massen soliche beegnete beschwerden abgewennt und wir nit also thetlich von vilgemelter regierung angefochten: haben wir uns, jedoch auf e. f. e. w. verbesserung, entschlossen, den durchleuchtigen unsern gnedigen fursten nnd herren, landgrave Philippsen zu H e s s e n etc., schriftlichen und bittlichen umb hilf und rat undertheniglichen

p. 136.

<sup>1</sup> = Not.<sup>2</sup> Dorf sw. von Stuttgart.

anzusuchen.» Sendet Copie dieses Schreibens<sup>1</sup> und bittet um Strassburgs Unterstützung beim Landgrafen. Dat. Mi. 3. Oct. a. 32.<sup>2</sup> — Lect. Oct. 9.

**165. Landgraf Philipp an den Rat.**

October 15.

Cassel.

*Str. St. Arch. AA 454. Ausf.*

p. 171 A 3. «Nachdem uns durch gleubliche kuntschaft angelangt, das der Turkisch keiser zuoruckgezogen und ein streifend rott hinder ime gelassen, dieselb streifend rott dan wol bis auf den halben teil geschlagen sein sol, derhalben kai' mat. kriegsvolk, sonderlich die raiszigen, widerumb im abzug sein sollen: demnach so ist unser gnedig beger, weil der welt leuft und list wol aufzumerken, ir wollet vleissig aufsehens haben, ob sich irgends von denselbigen raiszigen und sonderlich fuisvolk <sich> ein versamlung zusamenthun wurden, das ir uns dasselb aufs furderlichst zu wissen thuit.» — Dat. Cassel Di. n. Dionisii a. 32<sup>3</sup>.

**166. Die Dreizehn an den Rat von Ulm.**

October 17.

*Ulm. Arch. Ref. T. XV. Ausf.*

nr. 162. Zu ihrem Antrag auf Anstellung eines Sollicitators am kaiserlichen Hof habe jetzt der Kurfürst von Sachsen seine Zustimmung geäußert<sup>4</sup> und ausserdem mitgeteilt, dass er seinen Rat, Hans v. d. Planitz, demnächst zum Kaiser schicken werde, um wegen Sistierung der Prozesse zu handeln. Wenn die oberländischen Städte demselben ihre Beschwerden zuschrieben, so würde er für deren Abhülfe bemüht sein. Dat. Do. n. Galli a. 32<sup>5</sup>.

**167. Die Dreizehn an den Rat von Ulm.**

November 6.

*Ulm. Arch. Ref. T. XV. Ausf.*

Billigen die Sendung eines Sollicitators durch Ulm an den Kaiser und schicken Instruction für denselben. Sind für Recusation des Kammergerichts. Planitz am kaiserlichen Hof.

nr. 110. Das Ulmer Schreiben (\*), betreffend das kammergerichtliche Erkenntnis in der Sache des Probsts zu Wengen, sowie die darüber geführte Correspondenz

<sup>1</sup> Liegt bei, d. d. Oct. 1. Die Ursache des Streits war danach die, dass Esslingen in seinem Dorf Faihingen einen evangelischen Pfarrer wünschte und sich deshalb an das Kloster Sindelfingen, dem die Pfarrverwaltung zustand, wandte. Dieses beschwerte sich über ein solches Verlangen bei seinem Schirmherren, der Württembergischen Regentschaft, welche nun ihrerseits den Esslingern gebot, das Stift unbehelligt zu lassen. Sie berief sich dabei auf königliche Instructionen. In dem Brief an den Landgrafen bat Esslingen um Verwendung bei der Regentschaft und schlug vor, mit eventueller Zurückziehung der evangelischen Hülfstruppen gegen die Türken zu drohen.

<sup>2</sup> Der Mittwoch fiel auf den 2. October.

<sup>3</sup> Diese Aufforderung des Landgrafen gab Anlass zu einem Schreiben Strassburgs an Esslingen, worin dieses gebeten wird, Kundschaft zu machen etc. Esslingen sagte dies am 30. Oct. zu. Str. St. Arch. AA 433.

<sup>4</sup> D. d. Oct. 5. Ebenda (Copie).

<sup>5</sup> Ulm dankte für diesen Brief am 25. Oct. Ebenda (Conc.).

mit Sachsen und Hessen hätten sie erhalten und weiter vor Meister und Rat gebracht, «die inen eurn furgenomen sollicitatoren, — dieweil der von euch der sprachn und anderer geschicklichait gerumbt —, das er in aller protestirenden stend, oder so sich di fursten dessen beswerten, in der erbarn oberlendischn stet und unserm gemainem costen geschickt und erhalten werde, gefalln lassen; schicken euch auch hiemit und dabi instruction (\*) zu, wes der von unsern wegn bi der kai. mt. und herr Hansen, edler von der Plawnitz werbn und sollicitirn soll.» Da ihnen der Name des Sollicitators noch unbekannt sei, so hätten sie keine Credenz für ihn ausstellen können; bitten, dass Ulm dies im Namen aller oberländischen Städte besorge<sup>1</sup>. Es werde auch gut sein, die Procuratoren am Kammergericht von allem zu benachrichtigen, «wiwol wir danebn nit claine fursorg tragen, es wert dis alles, dieweil di forcht des Turken, so disen friden verursacht, hinweg, bi der kai. mt. und derselbn camergericht wenig erschiessen, sonder vil merer von noten sein, durch ander mittl sich der furgenomen rechtverftung zu endschutten, also das alle protestirend stend samenthaft das camergericht als verdecktlich in sachn, den glaubn und religion belangend, recusirten, us ursachen, di wol zu finden, und denen ir auch nachdenken mogn.» Ob Hans von der Planitz längere Zeit am kaiserlichen Hof verharren werde, wisse man nicht bestimmt; doch halte man dafür, «so der siner handlung der churf. lehen und regalien halben an hof abgevertigt, daz er alsdann lenger daselbst nit verziehen wert.» Nichtsdestoweniger haben sie auf Wunsch Ulms im Namen der Städte ein Schreiben an ihn verfasst, welches sie übersenden<sup>2</sup>, um es durch den Sollicitor an seine Adresse befördern zu lassen. Dat. Mi. n. omnium sanctorum a. 32.

## 168. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

November 7.  
Immenhausen.*Str. St. Arch. AA 454. Ausf.*

«Wir haben ewer schreiben (\*) und angezeigte zeitung [über] grave Henrichen von Nassaw, das hispanisch und italianisch kriegsvolk, wie wol und ehrlich sie sich gehalten — dem herren sei die rach befolen —, item das kei. mt. uf Italien verruckt, seins weitem inhalts und auch den eingelegten zettel eines gemeinen sollicitators halben, alles zu gnedigem danknemigem gefallen vernommen. und sovil di rechtfertigung der religion halben betrifft, werdet ir nume von unser diener einem, den wir an euch geschickt, allen bericht verstanden haben. wir wollen aber nichtsdestoweniger ewer schreiben an churfursten zu Sachsen langen laszen, demselbigen weiter nachzudenken. des sollicitators halben haben wir unsern reten itzt uffen tage zu Brunschwig befel gethan, deshalb anregung zu thun.» — Dat. Immenhausen 7. Nov. a. 32. — Empf. Nov. 15.

nr. 169.

nr. 162,63.

<sup>1</sup> Es geschah am 14. Nov. Die Credenz ist von Ulm und Esslingen untersiegelt und für Jacob Krafft, Bürger zu Ulm, ausgestellt. (Ebenda.) Esslingen hatte schon am 26. Oct. in einem besondern Schreiben an Strassburg seine Zustimmung zu der Bestellung des Sollicitators erteilt. Str. St. Arch. AA 429. Vgl. nr. 177.

<sup>2</sup> Ebenda. Planitz wird darin gebeten, den Sollicitor in seinen Werbungen beim Kaiser um Stillstand der Religionsprozesse nach Kräften zu unterstützen.



## 169. Der Rat an Landgraf Philipp.

November 12.

*Marb. Arch. (Stadt Strassburg). Ausf.*

Schriften an Kaiser und Kammergericht wahrscheinlich ohne Erfolg. Hält es fürs Beste, das Kammergericht seiner Parteilichkeit wegen in Glaubenssachen zu recusieren. Wünscht Zusammenkunft deswegen.

Hat die Copien der beiden Schriften, welche die Fürsten namens der protestierenden Stände an den Kaiser und das Kammergericht bezüglich des Nürnberger Stillstands gerichtet haben, erhalten (\*)<sup>1</sup> und ist mit denselben einverstanden; doch glaubt er nicht an einen Erfolg, da der Türkenkrieg, der den Kaiser zur Bewilligung des Friedens bewegt, nunmehr zu Ende sei, und da Kammerrichter und Beisitzer sich unzweifelhaft «der ordnung, darauf si angenommen und geschworen», behelfen würden, wie denn auch gegen Strassburg und Ulm schon ungeachtet des Stillstands weiter procediert worden sei. Deshalb habe man auf andere Mittel gedacht, und zwar in folgender Weise: «nachdem offenbar im reich, was der kai. camerrichter verruckter zeit gegen zwaien der camergerichts advocaten und procuratorm in offener audienz des glaubens halben gehandelt, welcher massen er sich auch dazumaln ains vermeinten bevelchs, die religion belangende, und wie er darob gegen allen personen des camergerichts ze halten verpflichtet, auch genaigt were etc., mit vil andern hitzigen worten vernemen und hören lassen; daraus wol zu erachten und abzunemen, wie er sich im rat und, so unser und unserer mitverwandten protestanten sachen referiert auch geurteilt werden sollen, gegen den beisitzern anhalten und erzeigen thu, das si darumben und aus menschlicher forcht, — damit nit auch gegen inen gleichermassen gehandelt oder aber si in craft angemaszten bevelchs durch den camerrichter an andere ort, daher dann ime solicher berümppter bevelch gegeben worden sein solle, getragen und si daselbst verunglimpft, zuletzt auch mit ungnaden von iren diensten verschoben werden möchten —, darzu verursacht, das si oft ire stimmen und vota in dergleichen sachen nit frei geben oder darzu dasjenig reden dürfen, das si wol wissen und versteen, auch an freien unparteiischen orten von der sachen zu reden oder zu urteilen wol wiszten und one zweivel thun wurden; sodann darzu auch unser widerteil, der bischof, sich in seinen rechtlichen producten und schriften selbst horen laszt und berümen thut, wie das er als ein furst des waren alten christlichen glaubens in sonderm schutz und verspruch kai<sup>r</sup> mt., darumb seine sachen in sonderheit auch an das camergericht gehörig, dasselbig auch sich dero zu beladen derwegen pflichtig sei etc.: so können oder mogen wir demnach leichtlich abnemen, wie unparteiische richter wir des orts in solchen und dergleichen sachen haben thuen, was rechtens und gerechtigkeit wir uns des ends getrösten sollen, und weren haruf bei uns entslossen, den kai. camerrichter und beisitzer in allen des glaubens und religion unsern anhengigen und kunftigen sachen als verdecktigen richter ze waigern und recusieren, sofern e. f. g.

<sup>1</sup> Das Schreiben an das Kammergericht d. d. Oct. 21 ist gedruckt bei Harprecht V Beil. 43. Es wird darin namentlich um Einstellung der Prozesse gegen Ulm und Strassburg ersucht. Vgl. den Anhang.

solichs auch thunlich und geraten zu sein gutbeduncken wurde.» Damit die Recusation nun womöglich in aller Stände Namen geschehe, halte man es für notwendig, dass ein Tag aller Einungsverwandten angesetzt würde, um die Zweckmässigkeit der Recusation des nähern zu erörtern und zu begründen. Der Landgraf möge diesen Vorschlag sorgfältig erwägen und, wenn er ihn billige, den Kurfürsten zur Berufung einer Versammlung veranlassen. Dat. Di. 12. Nov. a. 32.

170. Basel an die Dreizehn.

November 24.

*Basl. Arch. miss. 50 f. 86 b. Conc.*

Danken für das «getrew warnend» Schreiben Strassburgs (\*), dem zufolge der Kaiser beabsichtigen solle, mit dem Italienischen und Spanischen Kriegsvolk im Herzogtum Mailand Winterquartiere zu beziehen. «ist nit on, es werden dergleichen reden, wie uwer schriben des meldung thut, bi uns ouch usgossen; so ligt der hebstlich legat mit grossem pracht zu Luzern; mögen aber noch nit eigentlich erfahren oder wissen, wo hinus sich di sachen thenen<sup>1</sup> werden.» Doch hätten sie weitere Kundschaft angeordnet. Dat. Mo. 24. Nov. a. 32.

171. Die Strassburger Prediger an [den Rat von] Bern. November 26.

*Vollständig gedruckt bei Strickler IV 2019. (Bern. Arch.).*

Bitten um energischen Schutz der Evangelischen gegen die 5 Orte. Vom Kaiser nichts zu befürchten. Bedrohung des Evangeliums und der Freiheit in der Schweiz.

Freuen sich über Capito's Erfolge bei Herstellung der Ordnung und des kirchlichen Friedens auf der letzten Berner Synode. Haben gehört, dass die Fünf Orte die Evangelischen grausam verfolgen, und bitten deshalb um Schutz der letzteren, soweit es in Berns Macht steht. Man dürfe die Glaubensgenossen nicht aus übertriebener Friedensliebe und Furcht vor Anfeindung preisgeben und unterdrücken lassen. «dann die lieb suochet nit das ir, sonder was andern zuotreglich ist. es louft etwan mit under menschlich blödigkeit, als jetzt möcht bi etlichen des keisers gewalt und sin kriegsvolk angesehen werden. aber gott bi uns ist gröszer weder alles; der hilft, wa im vertraut würt. zu dem so stot des keisers sinn und gemüet Hispanien zuo; ouch ist er keins kriegs begirig und weiszt, dasz er üch nit mag schaden zuofügen on bewegung tütscher nation; dann er ist beredt, dasz unser fürsten und stett bedenken, das inen zuoglich ouch gilt, und ir nit mügen schaden liden on jener nachteil. so hat der keiser sin gelt zuo lieb; er hats nit wöllen angrifen in gröszerm obligen. auch ist der dem glouben nit als fient als fürgeben würt; sonst wurde er uns kein solichen friden zuogesagt haben, dwil sich unsere fürsten und stett nie haben wöllen begeben deren, so usserhalb ires verstands oder einigung sich des evangeliums jetzt annämen oder in zukunft annemen werden, wiewol die pfaflheit häftig getriben hat. doch ist dem papst nichts zuo vil; er möchte etwas anfohen, damit üwer

nr. 122.

<sup>1</sup> = dehnen?

forchtsamen nachburen gar erschreckt und von der warheit abgetriben wurden. alsdann ist zuo ermesen, ob nit soliche bosheit der fienden werde fürschriften und ouch dise trutzen, den si jetzt guote wort geben.» Es sei darauf abgesehen, unter dem Vorwand der Religion die Freiheit der Eidgenossen zu vernichten. Wiederholung der Bitte, die evangelischen Glaubensgefährten aus christlicher Liebe vor Vergewaltigung zu schützen. Dat. 26. Nov. a. 32.

172. Der Rat von Constanz an den Rat von Strassburg. November 26.

*Str. St. Arch. AA 455 nr. 51. Ausf.*

«Wir habent unsern lieben burger und sindicum, Joachim Maler, zaiger dieses abgevertigt an uwer lieb der beswerden halb, die uns vom bischof von Costanz und sinem tumbcapitel sampt andrer siner anhengigen pffahait begegnet, werbung ze thun, wie uwer lieb ab ime wurt vernemen<sup>1</sup>.» Bittet um Förderung seines Anliegens. Dat. 26. Nov. a. 32. — Lect. Dec. 2.

173. Landgraf Philipp an den Rat.

December 2.  
Cassel.

*Marb. Arch. Conc.*

Antwortet auf das Schreiben vom 12. November, dass er sich Strassburgs Gutachten, das Kammergericht «in sachen der religion zu recusiren, nit misfallen» lasse. Er wolle es «der gelegenheit und notdurft nach» dem Kurfürsten mitteilen, auch selbst weiter über die Sache nachdenken und ihnen dann seine und des Kurfürsten Ansicht mitteilen. «Dat. Cassel am montag den 2. tag christmonats a. etc. 32.»

174. Der Rat an Landgraf Philipp.

December 3.

*Marb. Arch. Ausf. perg.*

nr. 172. Bittet dem Ueberbringer dieses, dem Constanzer Syndikus Joachim Maler, auf seine Werbung wegen der Beschwerden der Stadt Constanz gegen Bischof und Domkapitel möglichste Förderung zu Teil werden zu lassen. Es handele sich im Grunde um den Bestand des Evangeliums in Constanz, und es sei Pflicht aller Evangelischen, auf Mittel und Wege zu denken, wie man den Constanzern helfen könne. Der Landgraf möge sorgen, dass die in der Instruction Malers vorgeschlagenen Schriften ausgefertigt würden, oder, wenn dies nicht genügen sollte, andere Ratschläge erteilen. Dat. Di. n. Andreae a. 32.

<sup>1</sup> Es handelte sich um Begutachtung einer (beiliegenden) Instruction, welche Maler behufs einer Werbung an Sachsen und Hessen mitführte. Darin beschwert sich Constanz, dass die Thurgauer auf Betrieb des Domkapitels die Zehnten und andere Gefälle, welche sie den Klöstern in der Stadt schuldig sind, nicht dem Rat als der evangelischen Obrigkeit entrichten, sondern den papistischen, entwichenen Geistlichen. Die Bitte der Constanzer geht dahin, dass die Fürsten namens der Einigungsverwandten bei dem Domkapitel, bei den Kurfürsten von Mainz und Pfalz, sowie bei dem Schwäbischen Adel Vorstellungen machen sollten, damit der Stadt zu ihrem Recht verholfen würde.

**175. Landgraf Philipp an die Dreizehn.**

December 12.  
Friedewald.

*Str. St. Arch. AA 454. Ausf.*

Die Eidgenossen haben vom Kaiser nichts zu befürchten. Feindseligkeit des Erzbischofs von Köln.

Das Schreiben (\*), «darin ir unserm freuntlichen lieben ohemen, dem churfürsten zu Sachsen, und uns der rechtlichen sachen halb, us der religion flieszend, unterthenigen dank saget», habe er empfangen. Was in dem Schreiben weiter aus Italien berichtet sei von angeblichen Massregeln des Kaisers, die Städte Zürich, Bern u. a. mit Gewalt vom Evangelium abtrünnig zu machen, lasse er «in seinem wert beruhen. achtens aber dafür, das kai. mat. gegen gemelten stetten und andern irer obliegende und ehehaften gescheft halbir nit lichtlich etwas furnemen werden; dan wo ir maiestat solichs zu uben je willens gewesen, hett sie das in teutscher nation und deweil sie ir dapfer kriegsvolk bei enander gehabt, furgenommen. doch sol man in dieszen sachen nichts vorachten.

Zum letzten, das ir seit bericht worden, wie das denen von Paderborn von dem erzbischof zu Collen etwas geschwinder handlung des evangelii halbir begegnet sein solle, ist es nit on, das sie von dem bischof vast geschwinde angegriffen, an wilchem wir gar kein gefallen gehabt.» Ausserdem habe auch der Erzbischof einen Hessischen Prädicanten, der in einem Kölnischen Flecken «seinen gescheften nachgezogen», gefangengesetzt und halte ihn noch in Haft. Doch hoffe er, der Landgraf, ohne Zuthun der andern Stände die Freilassung zu erwirken. Dat. Friedewald Do. n. concept. Mariae a. 32.

**176. Landgraf Philipp an den Rat.**

December 13.

*Ulm. Arch. Ref. T. XV. Copie. Beilage ebenda.*

Uebersendet Copie der Antwort, welche das Kammergericht auf seine und des Kurfürsten Forderung, dass die Prozesse in Religionssachen suspendiert würden, gegeben hat. Dat. Fr. n. conc. Mariae a. 32. nr. 169.

Beilage: Das Kammergericht an Sachsen und Hessen.

Es habe den Kurfürsten von Mainz um Mitteilung der Urkunde über den Nürnberger Anstand gebeten; derselbe habe jedoch auf den Kaiser verwiesen. Nun habe man den Kaiser um Auskunft über den Frieden ersucht<sup>1</sup>, bis jetzt aber noch keine Antwort erhalten. Dat. 2. Dec. a. 32. p. 169 A. 1. p. 183 A. 1.

**177. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.**

December 15.

*Ulm. Arch. Ref. T. XV. Conc.*

Erfolge des Sollicitators Kraft am kaiserlichen Hof. Kaiserlicher Befehl ans Kammergericht und Hofgericht. Verehrung für Dr. Held befürwortet.

Jacob Kraft, der als Sollicitator der Protestierenden zum Kaiser abgefertigt worden, sei gestern nach Ulm zurückgekehrt. Das Ergebnis nr. 167.

<sup>1</sup> Das Schreiben des Kammergerichts an den Kaiser ist erst einen Tag später als das obige ausgefertigt, d. h. am 3. December. S. Harprecht V Beil. 45.

seiner Sendung sei aus den beiliegenden Schriften ersichtlich<sup>1</sup>. Strassburg möge davon auch den Landgrafen und Kurfürsten in Kenntniss setzen. Befürwortet eine «Verehrung» an Kraft von wegen der evangelischen Stände oder wenigstens im Namen der Städte. Ubersendet Copie der kaiserlichen Weisung an das Kammergericht bezüglich der Prozesse<sup>2</sup> und bittet, dieselben den evangelischen Procuratoren zuzustellen, damit sie sich ihrer bedienen. Den entsprechenden kaiserlichen Befehl an das Hofgericht zu Rotweil habe Ulm vorläufig, da gerade Vacanz sei, zurückbehalten; bittet um Strassburgs Gutachten über die beste Art der Insinuation.

Weist schliesslich daraufhin, dass sich Dr. Mathias Held, der kaiserliche Vicekanzler, auf Ersuchen des Sollicitators «in beruerten handlungen nit weniger getrew, muesam, fleissig, als ob die sein aigne person berürt, erzaigt und bewisen hat», und bittet zu bedenken, «wie und welcher gestalt derselb, — undankperkait und das zu furhueten, das er hienach, wo sich gegen ime nit erzaigt, mer hindern dann furdern mocht —, zu verehren und zu bedenken sei. in dem allem wellen wir unsers tails zu furstand gemainer protestierender stend gern mit anhangen und bei uns nichts erwinden lassen; dann uns will us gehorten ursachen je bedunken, das diser man pillich zu verehern (*sic!*), und sein getrew dienst, hierinnen furgewendt, als unerkantlich nit in wind zu schlahen seien.» — Dat. So. n. Luciae a. 32.

## 178. Der Rat von Strassburg an den Rat von Ulm.

December 20.

*Ulm. Arch. Ref. T. XV. Ausf.*

Hat den neuen kaiserlichen Befehl für das Kammergericht den Procuratoren übersandt. Verehrung für Kraft und Dr. Held.

Erwidert auf den Brief vom 15. December, dass das Kammergericht trotz des kaiserlichen Befehls vom 6. November<sup>3</sup> die Prozesse nicht eingestellt habe. Nun habe man das jetzige Schreiben des Kaisers vom 3. December, wie es Ulm gewünscht, nach Speier geschickt und den Procuratoren befohlen, auf öffentliche Verlesung desselben zu dringen und nochmals gegen die Verhandlung von Religionssachen zu protestieren.

Trägt Bedenken, bei Sachsen und Hessen wegen einer Verehrung für J. Kraft anzuhalten, «dweil wir nit aigentlich wissen mogn, ob ir chur. und f. g. in disen sollicitator gewilligt, dieweil si on das ire treffenliche

<sup>1</sup> Relation Krafts ebenda (Orig.). Sie ist ganz kurz und enthält im wesentlichen nur die Mitteilung, dass nach Werbung bei Dr. Held der unten erwähnte kaiserliche Erlass an das Kammer- und Hofgericht erfolgte. Krafts Aufenthalt in Mantua dauerte nur vom 1. bis 8. Dec. Die Vermittlung des von der Planitz nahm er nicht in Anspruch.

<sup>2</sup> D. d. Mantua, Dec. 3. (Ebenda. Auch im Str. Bez. Arch. G. 356 fol. 82 eine Copie.) Es ist einfach ein Befehl, dem Nürnberger Abschied gemäss alle Prozesse in Religionssachen ruhen zu lassen. Eine Erklärung, was unter Religionssachen zu verstehen sei, fehlt. S. unten p. 183 A. 1.

<sup>3</sup> Gedruckt bei Harprecht V Beil. 44. Es war der erste Befehl, durch den der Kaiser den Stillstand der Prozesse anordnete, freilich — wie auch der zweite vom 3. December — ohne Definition, was Religionssachen seien.

botschaft am Hof haben<sup>1</sup> und gleiche geschriften an daz Camergericht hievor usgangn.» Man möge diesen Punkt bis zur nächsten Zusammenkunft der Stände beruhen lassen und inzwischen dem Kraft von wegen der oberländischen Städte eine Verehrung thun. Auch wegen des Geschenks an Dr. Held könne man sich auf der nächsten Versammlung entscheiden, nachdem man inzwischen gesehen, «ob die usgangn schriften erschieszlich sein werden oder nit».

Bezüglich des kaiserlichen Befehls an das Rotweiler Hofgericht halte man für das Beste, dass Ulm denselben gleich nach der Vacanz durch den Procurator oder einen besondern Gesandten vorbringen lasse, und sich desselben in ähnlicher Weise bediene wie vor dem Kammergericht. Dat. Fr. n. Otiliae a. 32.

## 179. Landgraf Philipp an den Rat.

December 26.

Cassel.

*Str. St. Arch. AA 454. Ausf. Zettel ebenda.*

Ubersendet einen Bericht (\*) über den bisherigen Verlauf seines Streits mit Heinrich und Wilhelm von Nassau über die Erbschaft Wilhelms des Jüngern, Landgrafen von Hessen. Man werde daraus ersehen, wie ungerecht die Schiedsrichter und namentlich der Kaiser gegen ihn verfahren sind. Protestiert gegen das Vorgehen des Kaisers, das einem deutschen Fürsten gegenüber unerhört sei<sup>2</sup>. Bittet andern Berichten über diese Sache keinen Glauben zu geben. «Dat. Cassel am tage Steffani a. etc. 32.»

Zettel: Er habe auch für gut befunden, die Richter förmlich zu recusieren.

## 180. Herzog Friedrich, Pfalzgraf bei Rhein, an den Rat.

December 29.

Oppenheim.

*Str. St. Arch. AA 568. Ausf.*

Bittet um die Erlaubnis, eine Anleihe im Strassburger Gebiet aufnehmen zu dürfen. Dat. Oppenheim 29. Dec. a. 32.

<sup>1</sup> Nämlich Hans von der Planitz und Joachim von Pappenheim. S. oben nr. 166 ff. Dieselben erhielten fast gleichzeitig mit Kraft ebenfalls günstigen Bescheid vom Kaiser. (Schreiben an den Kurfürsten d. d. Mantua 1532 Dec. 7. Copie ebenda.)

<sup>2</sup> Vgl. Arnoldi Nassau-Oran. Gesch. III § 36 ff. Der Streit datiert vom Jahr 1500 und betrifft namentlich die Grafschaft Katzenelnbogen.